

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Globalisierung & Eine Welt	11
Klima & Energie	13
Konsum & Verbraucherschutz	15
Landwirtschaft & Gentechnik	16
Naturschutz & Biodiversität	18
Stadt & Region	20
Tierschutz & Ethik	20
Umweltpolitik & Umweltrecht	21
Verkehr & Tourismus	24
Wasser & Meere	26
Wirtschaft & Ressourcen	27

VERBÄNDE



Thema: Nachhaltigkeitskodex	30
Aus den Verbänden	31
Ehrenamt	31
Preise	32

SERVICE

Rezensionen	33
Internet	35
Impressum	35
Termine	36

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst Umweltbildung	37
Biodiversität: Neue Dekade soll Umweltbewusstsein voranbringen	

THEMEN DES MONATS

Ressourceneffizienz

Zwei Schritte vor, einer zurück

Der Rebound-Effekt schränkt die Wirkung von Effizienzprogrammen ein

Seite 2

Landwirtschaft

Mehr Ignoranz geht nicht

Die Agrarwende ist überfällig, doch die deutsche Landwirtschaftspolitik zeigt sich beratungsresistent

Seite 4

Nachhaltiger Konsum

Verbraucher bleiben in der Pflicht

Entscheidungen für nachhaltigen Konsum sind komplex, lassen sich aber nicht an Experten delegieren

Seite 6

Interview: Umweltbewegung

„Wahrheiten kritisch hinterfragen“

Die Umweltverbände müssen zusammenrücken und auch öffentlich Druck auf die Politik machen

Seite 23

THEMENHEFT

Strukturpolitik

Beilage

Ressourceneffizienz

Zwei Schritte vor, einer zurück

Der Rebound-Effekt schränkt die Wirkung von Effizienzprogrammen ein

Eine europäische Studie zeigt, dass der sogenannte Rebound-Effekt die Einsparungen beim Ressourcen- und Energieverbrauch zu zehn bis 30 Prozent wieder aufhebt. Deshalb ist der unerwünschte Effekt schon bei der Konzeption von politischen Instrumenten zur Effizienzsteigerung zu berücksichtigen. Werden die Maßnahmen geschickt kombiniert, kann der Rebound-Effekt geringer ausfallen. ■ VON JENNY TROELTZSCH, ECOLOGIC

Ob Energieverbrauch, Materialeinsatz oder Abfallmanagement: Die Steigerung der Effizienz ist ein Hauptziel in Umweltprogrammen und Wirtschaftsplänen, in der Politik genauso wie in Unternehmen oder Verwaltungen. Allerdings hat die gute Sache einen Haken: den Rebound-Effekt. Dabei geht es um eine geplante Effizienzsteigerung, die in der Realität nicht oder nur teilweise erreicht wird. Der Grund liegt meist in der Reaktion von Nutzern oder Verbrauchern – sowohl Privatpersonen als auch Unternehmen – auf politische, marktliche oder technische Veränderungen. Der Rebound-Effekt gleicht mindestens einen Teil der beabsichtigten Umweltverbesserungen wieder aus. Dadurch begrenzt er politische Maßnahmen und technische Verbesserungen zur Energie- und Ressourceneinsparung. Bei der Energieeffizienz ist der Effekt am bekanntesten und bisher am besten untersucht. Doch in vielen Bereichen gibt es große Wissenslücken.

Experten zweifeln nicht an Existenz des Rebound-Effekts

Drei europäische Institute haben jetzt in einer Studie im Auftrag der EU-Kommission den Kenntnisstand zum Rebound-Effekt ermittelt und Maßnahmen zu einer Verringerung des Effekts untersucht.⁽¹⁾ Neben dem irisch-britischen Umweltforschungsunternehmen GVSS und der Pariser Agentur Bio Intelligence Service war auch das Ecologic Institut in Berlin an dem Projekt beteiligt. Die Studie fasst Belege für den Rebound-Effekt in einer Literaturanalyse zusammen, unter anderem anhand von zehn Fallstudien im Energie-,

Verkehrs- und Telekommunikationssektor. Außerdem wurden 44 ExpertInnen interviewt. Auf dieser Basis werden in der Studie Maßnahmen vorgeschlagen, die den Rebound-Effekt reduzieren und damit die Wirksamkeit der Energie- und Ressourceneinsparmaßnahmen erhöhen können.

Das Projekt unterscheidet den direkten, indirekten und ökonomieweiten Rebound-Effekt:

- ▶ Der direkte Effekt entsteht, wenn zum Beispiel neue technische Geräte wie Kühlschränke zwar energieeffizienter sind, nun aber wegen der geringeren Energiekosten größere Geräte angeschafft werden. Der Rebound-Effekt wirkt sich also direkt auf das gleiche Produkt aus.
- ▶ Auch beim indirekten Rebound-Effekt werden durch eine Effizienzsteigerung Kosten eingespart, hier aber in andere Produkte oder Dienstleistungen investiert, die Energie verbrauchen. Wegen der geringeren Energiekosten für die Nutzung eines effizienteren Kühlschranks werden dann also mehr andere elektrische Geräte gekauft und genutzt.
- ▶ Die dritte Art, der ökonomieweite Rebound-Effekt, ist wirksam, wenn eine höhere Energieeffizienz tatsächlich einen allgemeinen Rückgang des Energieverbrauchs bewirkt. Das führt zu sinkenden Energiepreisen, die das gesamtwirtschaftliche Wachstum ankurbeln – und damit den Energie- und Ressourcenverbrauch wieder erhöhen.

Bei den vorliegenden Untersuchungen steht der direkte Rebound-Effekt im Vordergrund, weil er am einfachsten nachzuweisen ist.

Die Aussagen aus der Literatur und von den interviewten InteressenvertreterInnen zeigen: Dass der Rebound-Effekt existiert, ist allgemeiner Konsens. Der Effekt kann in vielen Fällen signifikant sein, variiert aber stark in seinem Ausmaß – je nach Branche, Produkt, Service, Ort oder Zeiträumen. Für die Höhe des Rebound-Effekts liegt bisher nur eine begrenzte Anzahl von empirischen Studien vor, weil bisher kaum entsprechende Daten erhoben werden. Die Studie analysiert vorhandene Fallbeispiele zur Energieeffizienz in Haushalten und Unternehmen, zu Beleuchtung, Privatfahrzeugen, öffentlichem Verkehr und zu Gebäuden.

Direkter, indirekter und ökonomieweiter Rebound-Effekt addieren sich

Die meisten dieser Fallstudien diskutieren den direkten Rebound-Effekt in Verbindung mit der erhöhten Energieeffizienz bei Energiedienstleistungen, Verkehr, Be-

Rebound-Effekt

Strombetriebene Haushaltsgeräte sind von 1985 bis 2008 um 37 Prozent energieeffizienter geworden, dennoch stieg der Stromverbrauch insgesamt um 22 Prozent, weil mehr und größere Geräte angeschafft wurden. Solche Effekte nennt man Rebound (englisch für „Rückprall“). Sie sind seit dem 19. Jahrhundert bekannt, wurden aber bisher kaum beachtet.

- ▶ [www.de.wikipedia.org/wiki/Rebound_\(Ökonomie\)](http://www.de.wikipedia.org/wiki/Rebound_(Ökonomie))

leuchtung sowie beim Heizen und Kühlen in Haushalten. Die Berechnungen ergaben, dass bei der Erhöhung der Energieeffizienz für Heizen und Kühlen, Pkws und andere Energiedienstleistungen der direkte Rebound-Effekt in Industrieländern zwischen zehn und 30 Prozent liegt. Empirische Studien in Österreich kamen bei der Beheizung von Räumen auf einen Rebound-Effekt zwischen 20 und 30 Prozent. Eine andere Untersuchung aus Großbritannien ergab für den Personentransport und das Heizen von Gebäuden einen Rebound-Effekt von 15 Prozent.

Deutlich weniger Beispiele liegen für den indirekten Rebound-Effekt vor. Untersucht wurde hier vor allem die Energieeffizienzsteigerung in Haushalten. Ein Beispiel ist die Analyse von zwölf Energieeffizienzprogrammen in Deutschland, die einen indirekten Rebound-Effekt von 5,3 Prozent ergab. Wesentlich höhere Zahlen nennt eine britische Studie, die einen indirekten Rebound-Effekt bei erhöhter Energieeffizienz von bis zu 30 Prozent diskutiert.

Der ökonomieweite Rebound-Effekt bei der Verbesserung der Energieeffizienz wird in den analysierten Studien mit etwa zehn Prozent angegeben und ist damit geringer als der direkte Effekt. Ein Fallbeispiel aus Großbritannien bezieht sich auf die Energieeffizienzprogramme des Landes zwischen 2005 und 2010. Für den gesamten

Rebound-Effekt werden hier 26 Prozent ermittelt. Die Zahl setzt sich aus 15 Prozent direktem und elf Prozent ökonomieweittem Rebound-Effekt zusammen.

Effizienzmaßnahmen brauchen Begleitung auf mehreren Ebenen

Neben Belegen für den Rebound-Effekt suchte die hier vorgestellte Studie auch nach verschiedenen Instrumenten, die dem Effekt entgegenwirken. Da der Rebound-Effekt effizienzsteigernde Maßnahmen und staatliche Effizienzprogramme in ihrer Wirkung beeinträchtigt, müssen seine Auswirkungen schon bei der Festlegung der Programme und Maßnahmen berücksichtigt werden. Effizienzmaßnahmen sollten sich höhere Ziele setzen und durch weitere Instrumente begleitet werden.

Die Studie empfiehlt vor allem Maßnahmen, die fiskalische, technologische und Verhaltensveränderungen kombinieren. Wie die vorhandene Literatur zur Energieeffizienzsteigerung zeigt, kann dem Rebound-Effekt zum Beispiel über höhere Energiekosten entgegengewirkt werden, sodass bei reduziertem Energieverbrauch keine wesentlich geringeren Kosten entstehen. Auch Maßnahmen, die einen nachhaltigen Konsum und Lebensstil fördern, sind zur Begleitung von Energieeffizienzmaßnahmen notwendig. In der Studie wird ein

„Politik-Werkzeugkasten“ vorgeschlagen, der möglichst viele Informationen über die wissenschaftlichen Belege für den Rebound-Effekt und über Instrumente zum Entgegenwirken enthält. Um das Verständnis für den Rebound-Effekt zu erhöhen und Modelle für verschiedene Bereiche und Maßnahmen zu entwickeln, gibt es auf jeden Fall weiteren Forschungsbedarf.

Anmerkungen

- ▶ (1) Weitere Informationen zur hier vorgestellten Studie: Maxwell, D. u. a. (2011): Addressing the Rebound Effect. Europäische Kommission, Brüssel. www.ec.europa.eu/environment/eussd/pdf/rebound_effect_report.pdf
Projektwebsite: <http://rebound.eu-smr.eu>
- ▶ (2) Sorrell, S. u. a. (2007): The Rebound Effect: an assessment of the evidence for economy-wide energy savings from improved energy efficiency. UK Energy Research Centre, London. www.blakealcott.org/pdf/Rebound_Report_UKERC.pdf

Jenny Tröltzsch studierte Wirtschaftsingenieurwesen. Am Ecologic Institut in Berlin arbeitet sie zur ökonomischen Bewertung von Klimaschutz und -anpassung und zu weiteren Fragen des Ressourcenmanagements.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 86880-0,
E-Mail: jenny.troeltzsch@ecologic.eu
www.ecologic.eu



Nachhaltigkeit

A-Z



E wie Energieeffizienz

Energiesparpotenziale schlummern überall: im privaten Haushalt, in der Industrie und im öffentlichen Bereich. Umgehend könnten bis zu 30 Prozent Energie – und auf diese Weise auch CO₂-Emissionen und Kosten – gespart werden, würden die bereits existierenden technischen Möglichkeiten genutzt. Wie das geht, zeigen 50 Beispiele aus der Praxis – Bausteine für die baldige Umsetzung der Energiewende.

M. Heib, T.-R. Teschner, A. Gröger

Der KlimaSchatz

50 Praxisbeispiele, wie wir mit Energieeffizienz Kosten senken, Arbeitsplätze schaffen und das Klima schützen können

144 Seiten, Klappenbroschur, komplett in Farbe, 19,95 Euro, ISBN 978-3-86581-272-8

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft



Nachhaltige Landwirtschaft

Mehr Ignoranz geht nicht

Die Agrarwende ist überfällig, doch die deutsche Landwirtschaftspolitik zeigt sich beratungsresistent

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung empfiehlt der Bundesregierung, den ökologischen Landbau deutlich auszuweiten. Aber diese ignoriert ihre eigenen Berater mit einer Hartnäckigkeit, die kaum zu übertreffen ist. Fehlt den PolitikerInnen der Mut oder liegt es wirklich an mangelnder Einsicht? ■ VON MINOU YUSSEFI-MENZLER, SÖL

Im August 2011 hat der Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) – kurz Nachhaltigkeitsrat – seine Empfehlung an die Bundesregierung vorgestellt: „Gold-Standard Ökolandbau: Für eine nachhaltige Gestaltung der Agrarwende“. Darin hat er sich für eine Ausweitung der ökologischen Landwirtschaft von derzeit sechs auf 20 Prozent der deutschen Anbaufläche entsprechend der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie⁽¹⁾ ausgesprochen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen nach Ansicht des Nachhaltigkeitsrates Politik, Landwirtschaft und Forschung ihre gemeinsamen Anstrengungen für den biologischen Landbau verstärken. Der Ökolandbau müsse als Leitbild und „Gold-Standard“ für eine nachhaltige Landwirtschaft etabliert werden, neue Marktzugänge müssten geschaffen und ein Aktionsplan ökologischer Landbau auf- und umgesetzt werden. Das Gremium empfiehlt der Bun-

desregierung insbesondere einen massiven Ausbau der Forschungsförderung: 20 Prozent der Mittel für die Agrarforschung sollten künftig dem Biolandbau zur Verfügung stehen. Das würde bedeuten, die Ökoforschungsgelder von heute acht auf circa 80 Millionen Euro jährlich aufzustocken.

Regierung ignoriert eigene Berater

Die Empfehlungen des Nachhaltigkeitsrats greifen das auf, was viele Verbände, Wissenschaftler und unabhängige Gremien seit Jahren fordern. Endlich haben sie Gehör gefunden. Ein politikberatendes Expertengremium hat den Schneid, den ökologischen Landbau als das darzustellen, was er ist: ein wichtiger Beitrag zum Erhalt der Bodenfruchtbarkeit und der Artenvielfalt sowie zum Gewässerschutz. Der Anteil der Ökoflächen kann sogar als Indikator für die Nachhaltigkeit der Landbewirtschaftung dienen: Jeder zusätzliche Hektar Ökolandbau bedeutet weniger Belastung für die Gewässer durch Spritzmittel und Dünger. Kein anderes Anbausystem schützt wirkungsvoller die natürlichen Ressourcen.

Und die Regierung? Ignoriert's. Das Agrarministerium sieht keinerlei Handlungsbedarf, bügelt alle Vorschläge des Nachhaltigkeitsrates ab und auch die Bundesregierung missachtet seine Empfehlungen komplett. Als Begründung führt der Parlamentarische Staatssekretär Peter Bleser (CDU) an, dass der Ökolandbau hinsichtlich seiner Wirkungen beim Klima- und Gewässerschutz sowie bei der Sicherung der biologischen Vielfalt und der Bodenfruchtbarkeit keine nennenswerten Vorteile gegenüber dem konventionellen Landbau aufweise. Wie kann das sein? Mit dieser ungeheuerlichen Ignoranz widerspricht das Ministerium einschlägigen wissenschaftlichen und politischen

und die Regierung? Ignoriert's. Das Agrarministerium sieht keinerlei Handlungsbedarf, bügelt alle Vorschläge des Nachhaltigkeitsrates ab und auch die Bundesregierung missachtet seine Empfehlungen komplett. Als Begründung führt der Parlamentarische Staatssekretär Peter Bleser (CDU) an, dass der Ökolandbau hinsichtlich seiner Wirkungen beim Klima- und Gewässerschutz sowie bei der Sicherung der biologischen Vielfalt und der Bodenfruchtbarkeit keine nennenswerten Vorteile gegenüber dem konventionellen Landbau aufweise. Wie kann das sein? Mit dieser ungeheuerlichen Ignoranz widerspricht das Ministerium einschlägigen wissenschaftlichen und politischen

politische ökologie

Die Buchreihe für Querdenker und Vordenkerinnen

oekom
verlag

Bürgerbeteiligung 3.0

Zwischen Volksbegehren und Occupy-Bewegung



Die *politische ökologie* macht sich auf die Suche nach einer neuen Balance zwischen staatlicher Handlungsfähigkeit und demokratischer Mitbestimmung.

Nicht nur in den USA, Spanien oder Israel haben die Bürger(innen) es satt, dass die Politik mehr Rücksicht auf die Lobbyinteressen nimmt als auf ihre Bedürfnisse. Auch hierzulande erhebt sich Volkes Stimme lauter als bislang gegen die Intransparenz politischer Entscheidungen. Durch die Verschärfung ökonomischer, sozialer und ökologischer Krisen scheint eine Toleranzgrenze überschritten zu sein. Auffallend kreativ und vielschichtig sind die modernen Protest- und Mitbestimmungsformen. Doch bringt eine stärkere Bürgerbeteiligung beispielsweise mehr Umweltschutz?

Mit Beiträgen von C. Leggewie, K. Selle, F. Ekardt, B. Hennig, M. Zschiesche, R. Roth, T. Bussemer u.v.m.

„Bürgerbeteiligung 3.0 – politische ökologie (Band 127) | 144 Seiten | 16,90 EUR (zzgl. Versand)
_ISBN 978-3-86581-283-4 | **Erhältlich bei:** www.oekom.de, kontakt@oekom.de



Erkenntnissen der vergangenen Jahre auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene. Und nicht nur das: Die Bundesregierung wirft ihre eigenen Ziele über Bord. 20 Prozent Ökoanteil wollte schon die ehemalige rot-grüne Regierung bereits bis 2010 erreicht haben, und bis auf das Zieljahr hielt die Große Koalition an dem Vorhaben ebenso fest wie jetzt Schwarz-Gelb. In seiner Stellungnahme drängt der Nachhaltigkeitsrat nun endlich auch darauf, den Ökoanbau stärker zu fördern – und tut dies sogar im Gleichklang mit dem Sachverständigenrat für Umweltfragen. Dieser schlägt in seinen „Empfehlungen zum Fortschrittsbericht 2012 zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie“ übrigens endlich wieder eine Zeitvorgabe für das 20-Prozent-Ziel vor. Außerdem soll es mit einem steigenden Anspruchsniveau fortgeschrieben werden. Und die Regierung? Ignoriert's.

Rückwärtsgewandte Wachstumsideologie

Statt auf Nachhaltigkeit und Zukunft setzt die Regierung auf rückwärtsgewandte Wachstumsideologien. Und befindet sich damit im Widerspruch zum Trend, der sich auf internationaler Ebene abzeichnet. Diverse namhafte internationale Organisationen haben die Zeichen der Zeit erkannt: Die Probleme in den Bereichen Umwelt- und Ressourcenschutz, Nahrungssicherung und Klimawandel drängen und Lösungen müssen jetzt angegangen werden.

Bereits 2008 forderten über 500 Wissenschaftler im Weltagrарbericht, der im Auftrag der Vereinten Nationen und der

Weltbank erarbeitet wurde, einen Paradigmenwechsel in der Landwirtschaft. Damals war die Resonanz vieler internationaler Institutionen und der wissenschaftlichen Gemeinde zunächst verhalten bis ablehnend. Mittlerweile sind die wesentlichen Botschaften und Fragestellungen des Berichts auf dem besten Wege, vorherrschende Meinung zu werden.

So hat inzwischen auch die Welternährungs- und Landwirtschaftsorganisation FAO erkannt, dass „Weiter so“ keine Option ist. Das Paradigma eines intensiven Ackerbaus werde den Aufgaben des Jahrhunderts nicht gerecht, so die FAO. ⁽³⁾ Mit dieser Bewertung beendet sie quasi die Ära des Leitbildes industrielle Landwirtschaft und bestätigt, dass die Erhaltung der Ressourcen nur mit einem bodenschonenden Anbau, größerer Artenvielfalt und einem Verzicht auf Anreize für die verschwenderische Nutzung von Düngemitteln möglich ist.

Auch im Zukunftsbericht „Nachhaltiger Lebensmittelkonsum und nachhaltige Lebensmittelproduktion in einer Welt mit begrenzten Ressourcen“ des Ständigen Ausschusses für Agrarforschung der EU ist die Rede davon, dass die Landwirtschaft von morgen „robust, widerstandsfähig gegen ökologische und ökonomische Krisen, lokal und regional ausgerichtet“ sein müsse. Die Forschung müsse sich neu, von unten nach oben und mit viel Raum für ungewöhnliche Ansätze und eine „radikal veränderte Landwirtschaft“ organisieren. Diese programmatischen Schlussfolgerungen gehen teilweise deutlich über die Formulierungen des Weltagrарberichts hinaus.

Wann, wenn nicht jetzt?

Warum traut sich unsere Bundesregierung also nicht, diese Forderung aufzugreifen, einen Schritt weiterzugehen und endlich Nägel mit Köpfen zu machen? Warum bekennt sie sich nicht zu einer Form der Landbewirtschaftung, deren Nachhaltigkeit belegt ist? Eine Politik, die dies nicht beachtet, kann rückwärtsgerichteter nicht sein. Wenn ein Staatssekretär sagt, Ökolandbau sei im Grunde nur Luxus für Reiche, dann wirkt das angesichts der Tat-

Der Weltagrарbericht

2008 legten 500 WissenschaftlerInnen im Auftrag der UN und der Weltbank einen Bericht über Stand und Perspektiven der globalen Landwirtschaft vor. Dieser Weltagrарbericht fordert umweltgerechten Landbau und die Förderung von Kleinbauern anstelle von Gentechnik, Agrochemie und Saatgutpatenten.

► www.weltagrарbericht.de

sachen geradezu wie ein lächerlicher Versuch, vom Ernst der Lage abzulenken. Es wird die Chance verpasst, konkrete Schritte hin zu einer zukunftsfähigen Landwirtschaft zu beschreiten. Kann sich Bundeskanzlerin Angela Merkel nicht selbst beim Wort nehmen, wenn sie sagt: „Welches andere Land, wenn nicht Deutschland, kann auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit mutig vorangehen? Wann, wenn nicht jetzt, wollen wir damit beginnen?“ ⁽⁴⁾

Leider haben weder Angela Merkel noch ihre politischen Weggefährten den Mut, einen solchen Weg zu gehen, denn er erfordert, das gesamte existierende System infrage zu stellen. Und sie beachten nicht, dass zu unseren knappsten Ressourcen inzwischen womöglich die Zeit gehört. Jene Zeit nämlich, die uns bleibt, um eine Wende zur wahrhaftigen Nachhaltigkeit zu realisieren.

Anmerkungen

- (1) www.nationale-nachhaltigkeitsstrategie.de
- (2) www.fao.org/docrep/014/i2215e/i2215e00.pdf
- (3) Rede auf der RNE-Jahrestagung 2011 in Berlin

Minou Yussefi-Menzler studierte Agraringenieurwesen und arbeitet bei der Stiftung Ökologie & Landbau (SÖL) in Bad Dürkheim. Sie ist Chefredakteurin der Zeitschrift Ökologie & Landbau. Dort erschien ihr Artikel zuerst in Heft 1/2012.

Kontakt:
Tel. +49 (0)6322 / 98970224,
E-Mail: menzler@soel.de,
www.soel.de



Der Nachhaltigkeitsrat

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) berät die Bundesregierung in Fragen der Nachhaltigkeit und soll helfen, die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie weiterzuentwickeln. Er spricht Empfehlungen aus und benennt konkrete Handlungsfelder.

► www.nachhaltigkeitsrat.de

Nachhaltiger Konsum

Verbraucher bleiben in der Pflicht

Entscheidungen für nachhaltigen Konsum sind komplex, lassen sich aber nicht an Experten delegieren

Die bisher größte Konferenz zur nachhaltigen Konsumforschung in Hamburg hat gezeigt: Viele der Fragen, vor denen Verbraucherinnen und Verbraucher stehen, lassen sich nicht allgemeingültig beantworten. Stattdessen sind differenzierte Lösungen ein Schlüssel zum Ziel. Der andere Schlüssel heißt Freiwilligkeit – wo es möglich ist. ■ VON RALF GRÖTKER

Privaten Konsumenten und Konsumentinnen steht in der Regel nicht das nötige Wissen zur Verfügung, um die Nachhaltigkeit ihres Kaufverhaltens wirklich zu beurteilen. Mit dieser Behauptung kritisierte der Karlsruher Technikethiker Armin Grunwald das, was er die „Privatisierung der Nachhaltigkeit“ nannte.⁽¹⁾ Die Replik auf diese Kritik führte eine internationale wissenschaftliche Konferenz im vergangenen November in Hamburg bereits im Titel: „Sustainable Consumption – Towards Action and Impact“, kurz SuCo11. Ein Hauptthema der dreitägigen Konferenz war die Beurteilung der Auswirkungen individuellen Konsumverhaltens.

Die SuCo11 war ein „Kassensturz“ von etlichen Jahren gemeinsamer Anstrengung: Der Kongress verkörperte den Höhepunkt des Themenschwerpunkts „Vom Wissen zum Handeln – Neue Wege zum nachhaltigen Konsum“ aus dem Förderprogramm Sozial-ökologische Forschung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). Erstmals kamen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus einer Vielzahl von Disziplinen zusammen, die zu Fragen des nachhaltigen Konsums forschen: Soziologen, Psychologinnen, Ökonomen, Politikwissenschaftlerinnen und Ethiker. Präsentiert wurden über hundert Vorträge, zwei Roundtables sowie Poster. Mehr als 250 Teilnehmende reisten aus 30 Ländern an.

Um das Ergebnis vorwegzunehmen: In der Tat mangelt es den Konsumentinnen und Konsumenten an Wissen, um die Nachhaltigkeit ihres Verhaltens in allen Facetten zu beurteilen. Nur: Bei den Expertinnen und Experten sieht es kaum besser aus. Die Materie ist unüberschaubar komplex. Die Probleme fangen damit an,

dass unter Nachhaltigkeit oft verschiedene Dinge verstanden werden. Das führt zu unterschiedlichen, zum Teil wenig kompatiblen Verfahren und Standards, um Nachhaltigkeit zu messen.⁽²⁾

Ist vegetarisch besser als Biofleisch?

Am stärksten fallen jedoch Probleme ins Auge, von denen man auf den ersten Blick gar nicht sagen kann, ob es dabei nur um verzwickte Entscheidungsfragen geht oder um Zielkonflikte. Sollte man zum Beispiel auf den Genuss von Fleisch völlig verzichten, weil Fleisch immer ressourcenintensiv in der Erzeugung ist, oder ist es besser, einen Sonntagsbraten beim Biobauern zu kaufen und damit eine nachhaltige Form der Landwirtschaft zu unterstützen?

Nach derzeitigem Wissensstand lässt sich lediglich sagen, dass es unter ökologischen Gesichtspunkten auf jeden Fall empfehlenswert ist, kein Fleisch zu essen. Die 1,8 Tonnen CO₂, die von den 7,5 Tonnen CO₂-Emissionen je EinwohnerIn und Jahr in Deutschland allein auf den Nahrungsmittelverbrauch entfallen, ließen sich bei entsprechender Umstellung der Ernährung auf die Hälfte reduzieren. Nach den auf der Konferenz vorgestellten Berechnungen verursacht eine vegetarische Ernährung nur 1,2 Tonnen CO₂ pro Jahr, eine vegane sogar lediglich 750 Kilogramm. Selbst eine Diät, die den Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung folgt, liegt noch 22 Prozent unter dem durchschnittlichen CO₂-Ausstoß (S. 106).⁽³⁾

Schwieriger, wenn nicht gänzlich unmöglich wird ein Vergleich zwischen „kein Fleisch“ und „Biofleisch“ ausfallen oder generell zwischen „bio“ und „nicht bio“. Hier spielt der Expertendiskurs darüber mit hi-

nein, ob bio aufgrund des gegenüber der konventionellen Landwirtschaft höheren Flächenverbrauchs nicht in wesentlichen Aspekten sogar weniger nachhaltig sei. Hier scheint es sich eher nicht um ein Wissensdefizit zu handeln, das durch Expertenwissen leicht behoben werden könnte.

Zu viele Öko-, Bio- und Fairtrade-Label?

Im Vordergrund der Konferenz stand folgerichtig die Frage, wie Verbraucher befähigt werden könnten, Konsumententscheidungen besser auf ihre eigenen Wertmaßstäbe hin auszurichten – also bewusst einen Schwerpunkt auf Regionalität, auf Fairness oder auf ökologischen Landbau nach besonders hohen Standards zu legen. Zertifizierung oder Labelling ist ein Weg in diese Richtung. Allerdings bringt der Versuch, mit Siegeln mehr Übersicht und Orientierung zu bieten, auch neues Durcheinander. Label wie der Blaue Engel, das EU-Biosiegel, die Verbandszeichen der verschiedenen Bioverbände oder Fairtrade folgen keinem gemeinsamen Prinzip. Die Zertifikate werden mehr oder weniger rigoros vergeben, sie werden mal von privaten Organisationen verwaltet, mal durch Träger, die von der öffentlichen Hand kontrolliert werden. Außerdem werden unterschiedliche Aspekte von Nachhaltigkeit beachtet. Die Produktionskette wird dabei mal mehr, mal weniger komplett analysiert.

Das Öko-Institut wurde vor diesem Hintergrund vom Bundesverbraucherministerium beauftragt, ein Gutachten zur Verbesserung der Nachhaltigkeitszertifizierung zu erstellen. Verschiedene Optionen standen zur Auswahl, darunter die Schaffung eines neuen Zertifikats sowie eine Art „Zertifikat für Zertifikate“.

Interessanterweise entschieden sich die Expertinnen und Experten nach eingehender Prüfung für eine andere Variante: die informelle Beratung von Organisationen, die Zertifikate vergeben – mit dem Ziel, auf diese Weise einem (wenn auch unscharf definierten) allgemeinen Standard von „guter Zertifizierung“ ein Stück näherzukommen. Für die Wahl dieser Option sprachen auch Kosten-Nutzen-Erwägungen: Ein neues Zertifikat hätte erst eingeführt werden müssen; ein Meta-Zertifikat hätte neue Nachbarschaften hergestellt, die nicht allen Akteuren recht gewesen wären. Entscheidend war vor allem auch der Wunsch, bereichsspezifisches Know-how zu nutzen, statt nach einer Standardlösung zu greifen.

Den Haushalten Ökotechnik verordnen?

Zu ähnlichen Resultaten gelangten andere Nachhaltigkeitsforschende, die ihre Arbeiten auf der SuCo11 vorstellten. Anstelle von formalisierten Lösungen mit starkem Verpflichtungscharakter schnitten in der Evaluation solche Strategien besser ab, die auf Vielfalt und Eigenverantwortung setzen. Eine ganze Reihe von BMBF-Themenswerppunkten, der auch auf der Konferenz mit einer Reihe von Präsentationen vorgestellt wurde, befasste sich mit der Einführung von intelligenten Messsystemen zur Dokumentation des Energieverbrauchs in Privathaushalten, dem sogenannten Smart Metering. Insgesamt scheint die Ausgangslage auf dem Gebiet nicht besonders vielversprechend zu sein. Während 40 Prozent der Verbraucherinnen und Verbraucher glauben, mithilfe von intelligenten Messsystemen monatlich mehr als fünf bis zehn Euro Stromkosten sparen zu können, sind über 90 Prozent nicht bereit, für ein solches Smart Meter mehr als einen Euro im Monat auszugeben (S. 153). Dessen ungeachtet konnten in Versuchen mithilfe von Smart Metering Einsparungen von 3,7 Prozent erzielt werden. Hier liegt der Schluss nahe: Wäre es nicht besser, wenn die Messsysteme einfach für alle Wohnungen vorgeschrieben würden? Eine Haushaltstypenanalyse kam zu einem anderen Ergebnis. Tatsächlich kann Smart Metering nur in einem Teil

der Haushalte nennenswerte ökonomische Vorteile erschließen. Die meisten Kilowattstunden lassen sich einsparen, wenn die Verwendung der intelligenten Messsysteme auf freiwilliger Basis erfolgt. Auch unter Effizienzgesichtspunkten verursacht die freiwillige Smart-Meter-Nutzung weniger Kosten pro eingesparte Kilowattstunde als eine Verwendungspflicht (S. 157).

Lösungen so verschieden wie Menschen

Immer wieder sprechen also Fallbeispiele dafür, dass beim privaten Verbrauch wie auch auf institutioneller Ebene das Zugeständnis von Freiwilligkeit und die Bereitschaft, auf die Besonderheiten konkreter Situationen einzugehen, besser zum Erreichen von Nachhaltigkeitszielen geeignet sind als von oben verordnete Generallösungen.

Wichtiger als der Streit um „private“ oder „öffentliche, politische“ Nachhaltigkeit scheint also ein genaues Verständnis darüber zu sein, wie auf einzelne Konsumfelder bezogene politische Interventionen aussehen können. Hoher Energieverbrauch im Haushalt beispielsweise lässt sich bei vielen älteren, alleinstehend lebenden Menschen beobachten, die in schlecht isolierten Häusern leben und mit Klimawandel oder Energieeffizienz wenig anfangen können. Hohe Heizkosten verursacht aber auch die „Öko-Elite“. Diese eher wohlhabende Klientel leistet sich nämlich relativ viel Wohnraum. So verschieden, wie die beiden Milieus sind, so verschieden müssten auch Interventionen zur Förderung nachhaltigeren Konsums gestaltet sein (S. 101).

Die Forderung nach ausdifferenzierten Interventionsansätzen unterstrichen auch die Keynote Speaker. So plädierte die Alltagssoziologin Elizabeth Shove von der Universität Lancaster in ihrem Eröffnungsvortrag dafür, anstelle einzelner Konsumhandlungen ganze Gewohnheitscluster in den Blick zu nehmen – also etwa anstelle der morgendlichen warmen Dusche, die das wöchentliche Bad verdrängt hat, die „Praxis des Nasswerdens“. Der Konsumforscher Alan Warde von der Uni Manchester betonte andererseits, wie sehr Konsumverhalten durch Gewohnheiten

geprägt ist und dementsprechend kaum durch bewusste Entscheidungen verändert werden kann.

Über solche eher allgemeinen Überlegungen hinaus kommt es aber auch darauf an, jene Felder möglichst klar zu umreißen, die durch moderate politische Maßnahmen zur Steuerung von Konsumverhalten kaum zu erreichen sein werden. Die auf der SuCo11 vorgestellten Milieuuntersuchungen, Haushaltssurveys und Ländervergleiche (S. 81) deuten an, wo die Grenzen „privater Nachhaltigkeit“ liegen könnten. Während etwa Ernährung durch Werte beeinflussbar ist, wird Mobilität eher durch sozio-demografische Faktoren bestimmt. Wer es sich leisten kann, möchte auf das eigene Auto, mit Sicherheit aber auf den Flug in den Urlaub nicht verzichten. Hier liegen deutliche Grenzen dessen, wofür der einzelne Verbraucher, die einzelne Verbraucherin aus freien Stücken Verantwortung übernehmen mag.

Anmerkungen

- ▶ (1) Grunwald, A. (2010): Wider die Privatisierung der Nachhaltigkeit. Warum ökologisch korrekter Konsum die Umwelt nicht retten kann. GAIA 19/3, S. 178–182. – Die Debatte, die in GAIA durch den Beitrag ausgelöst wurde, ist dokumentiert auf: www.oekom.de/zeitschriften/gaia/archiv/archiv/heft/481.html
- ▶ (2) Vgl. dazu auch den Beitrag im Sammelband des Themenschwerpunktes: Fischer, D. u. a. (2011): Nachhaltiger Konsum: Wie lässt sich Nachhaltigkeit im Konsum beurteilen? In: Defila, R. u. a. (Hrsg.): Wesen und Wege nachhaltigen Konsums. Ergebnisse aus dem Themenschwerpunkt „Vom Wissen zum Handeln – Neue Wege zum nachhaltigen Konsum“. oekom, München, S. 73–88
- ▶ (3) Die Seitenzahlen hier und im Folgenden beziehen sich auf den Abstractband der Konferenz. Download: www.sustainableconsumption2011.org. Präsentationen und Poster werden aus Urheberrechtsgründen nicht veröffentlicht. Einzelanfragen an: soefkonsum@ikaoe.unibe.ch

Bei der Konferenznachbereitung wurde eine umfangreiche Argumentationskarte erstellt. Detailliert vorgestellt wird sie im Abschlussbericht: www.kurzlink.de/suco11-map.pdf

Der Kulturwissenschaftler und Journalist Ralf Grötter ist Wissenschaftsautor für Sozialforschung und Philosophie beim Journalistenbüro Schnittstelle in Berlin.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 69001814,
E-Mail: groetker@explorat.de,
www.jb-schnittstelle.de



ABFALL, CHEMIE & EMISSIONEN

Elektroschrott**Einigung bei WEEE-Richtlinie**

■ Im Dezember haben sich die EU-Institutionen im Trialogverfahren auf einen Kompromiss zur Richtlinie über Elektro- und Elektronikaltgeräte (WEEE) geeinigt und den Weg für die zweite Lesung in EU-Parlament und Ministerrat freigemacht.

Laut dem Berichterstatter für das EU-Parlament Karl-Heinz Florenz (CDU) gilt das Sammelziel von vier Kilogramm Elektroschrott pro Kopf und Jahr in den ersten vier Jahren nach Inkrafttreten der überarbeiteten Richtlinie zunächst weiter. Alternativ soll ab Anfang 2012 die durchschnittliche Sammelmenge der letzten drei Jahre gelten, falls diese Menge größer ist als das Vier-Kilogramm-Ziel. Ab 2016 müssen 45 Prozent des Gewichts der neu in den Markt eingeführten Elektrogeräte als Elektroschrott eingesammelt werden. Ab 2019 haben die EU-Mitgliedstaaten die Wahl: entweder 65 Prozent des Gewichts der neu eingeführten Geräte oder 85 Prozent des entstehenden Elektroschrotts. Einige Staaten haben zwei Jahre länger Zeit.

Sechs Jahre nach Inkrafttreten der Richtlinie sollen alle E-Geräte erfasst werden (open scope) – Ausnahmen müssen präzise definiert sein. Weitere Neuerungen betreffen rechtliche Definitionen, ein Herstellerregister und eine Rücknahmepflicht für große Einzelhändler mit einer Ladenfläche für Elektronikartikel über 400 Quadratmeter. Das zurückzugebende Gerät darf nicht größer als 25 Zentimeter sein. Die Mitgliedstaaten können Ausnahmen machen, wenn bereits ein ebenso effizientes Sammelsystem existiert.

Beim Export von Elektroaltgeräten in Drittstaaten muss in Zukunft der Unternehmer nachweisen, dass es sich um gebrauchsfähige Geräte handelt und nicht um Schrott. [jg]

- ▶ Mitteilung der polnischen EU-Ratspräsidentschaft: www.kurzlink.de/pm-21-12-2011
- ▶ Berichterstatter: www.karl-heinz-florenz.de

Asbestlasten**Giftmülltransporte gestoppt**

■ Umweltverbände und Bürgerinitiativen haben geplante Asbestmülltransporte durch Norddeutschland vorläufig verhindert. Es handelt sich um 170.000 Tonnen asbesthaltige Altlasten einer stillgelegten Firma auf einer illegalen Deponie im niedersächsischen Wunstorf. Der Asbestmüll sollte auf Sondermülldeponien in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein verbracht werden. Der Landtag in Schwerin hat inzwischen gegen eine Öffnung der Sondermülldeponie Ihlenberg gestimmt. Es handelt sich dabei um die frühere DDR-Deponie Schönberg wenige Kilometer vor Lübeck.

Der BUND-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern forderte eine umweltmedizinische Expertise, da beim Abbagern und bei der Beförderung gefährliche Fasern freigesetzt würden. Zudem betrügen die Kosten für eine Sicherung vor Ort nur ein Drittel der veranschlagten Mitteln für den Transport. Etwa 7.000 Lkw-Ladungen seien nötig, um den Giftmüll abzutransportieren. Das wäre der größte Mülltransport, der jemals in Deutschland stattgefunden hat. [jg]

- ▶ www.bund-mv.de

EU-Abwasserrecht**Großstädte ohne Kläranlagen**

■ Die EU-Kommission hat im Dezember einen Bericht über die Umsetzung der europäischen Richtlinien zu städtischem Abwassermanagement vorgelegt. Im Berichtsjahr 2007 waren zwar viele Fortschritte zu verzeichnen, doch sogar Großstädte in den älteren EU-Mitgliedstaaten wie Triest in Italien oder Frejus in Südfrankreich hatten noch keine geeigneten Kläranlagen. In den 2004 beigetretenen osteuropäischen Mitgliedstaaten waren nur zwei Drittel der Städte und Gemeinden an Sammelsysteme angeschlossen. [jg]

- ▶ www.eu-koordination.de (EU-News – 09.12.2011)

Industrieunfälle**Seveso III weiter umstritten**

■ Der EU-Umweltministerrat hat im Dezember weiter über die Überarbeitung der Seveso-Richtlinie diskutiert. Streitpunkte bei der Neufassung der Richtlinie zur Beherrschung der Gefahren bei schweren Unfällen mit gefährlichen Substanzen (Seveso III) sind die Ausweitung auf weitere Stoffe und Kategorien sowie die Frage, wie weitgehend die Öffentlichkeit über die betroffenen Anlagen informiert werden soll. Auch der Zugang zu Gerichten ist noch nicht endgültig geregelt. Voraussichtlich am 1. Februar wird das Europäische Parlament in erster Lesung über die neue Fassung der Richtlinie abstimmen. [jg]

- ▶ Bericht: www.kurzlink.de/18354/11.pdf

Gefährliche Chemikalien**Weichmacher im Trinkwasser**

■ Die Umweltorganisation ChemSec hat davor gewarnt, bestimmte Materialien bei der Sanierung von Wasserrohrleitungssystemen zu verwenden. Das seit Frühjahr 2011 wegen möglicher Gesundheitsgefahren in Babyflaschen verbotene hormonähnlich wirkende Bisphenol A (BPA) könnte beim sogenannten Reliningverfahren sonst direkt ins Trinkwasser gelangen.

Relining wird angewandt, um alte Rohrsysteme inwendig mit neuen Rohren auszulegen. Das ist preiswerter als unterirdische Leitungen vollständig zu ersetzen. Allerdings enthalten die dabei verwendeten Epoxidharze und -härtter teilweise umstrittene Substanzen. Härten die Materialien nicht vorschriftsmäßig aus, kann BPA ins Trinkwasser gelangen.

ChemSec fordert eine bessere Überwachung der BPA-Werte und eine EU-weite Regelung, um Gesundheitsschäden zu verhindern. Unternehmen müssten dringend Alternativen entwickeln. BPA dürfe auf keinen Fall flächendeckend ins Trinkwasser abgegeben werden. [jg]

- ▶ ChemSec: www.kurzlink.de/bpa-in-waterpipes

EU-Chemikalienverordnung

Erfolg gegen Hormongifte

■ Weitere besonders besorgniserregende Substanzen sollen in den entsprechenden Anhang der EU-Chemikalienverordnung REACH aufgenommen und damit strengen Zulassungsverfahren unterzogen werden. Die Kandidatenliste wurde im Dezember um 20 Substanzen erweitert, darunter das bei der Herstellung von Farben, Reifen und Klebstoffen verwendete Octyphenol sowie verschiedene Chrom- und Kobaltverbindungen und Trichlorethylen. Das Umweltbundesamt (UBA) bezeichnete die Übernahme von Octyphenol auf die Liste als „ersten Erfolg gegen einen hormonähnlichen Stoff“. Die REACH-Liste enthält bisher 73 gefährliche Substanzen. Bis Ende des Jahres sollen es 136 sein. Die Stoffe werden von den EU-Mitgliedstaaten vorgeschlagen und in einem Ausschuss diskutiert, bevor sie auf die Kandidatenliste kommen. [jg]

► UBA: kurzlink.de/uba-pm-61-2011

Phosphatbelastung

Waschen und Spülen fast öko

■ Waschpulver und Geschirrspülmittel müssen in Zukunft fast völlig frei von Phosphorzusätzen sein. Damit sollen Gewässer in Europa besser geschützt werden. Darauf haben sich das EU-Parlament und der Ministerrat im Dezember geeinigt. Ab Juni 2013 darf demnach die übliche Dosis Waschpulver nicht mehr als 0,5 Gramm Phosphor enthalten. Für Phosphor in Spülmitteln gilt: höchstens 0,3 Gramm ab Januar 2017. Umweltschutzorganisationen wie der WWF lobten den EU-Beschluss, kritisierten aber die langen Umstellungsfristen für Unternehmen. Phosphate und andere Phosphorverbindungen können in Gewässern zu erhöhtem Algenwachstum führen. Durch den entstehenden Sauerstoffmangel ersticken Fische und andere Wasserlebewesen. [mbu]

► Dokumente: www.kurzlink.de/kom-detergents
 ► WWF: www.kurzlink.de/wwf-phosphat-publ

EU-Biozidverordnung

Neue Regeln beschlossen

■ Ende November haben sich EU-Parlament und Ministerrat auf eine neue Biozidverordnung verständigt. Die Verordnung über die Bereitstellung auf dem Markt und die Verwendung von Biozidprodukten gilt für Insektizide, Desinfektionsmittel und Repellents (die zum Beispiel in Insektenspray enthalten sind). Sonstige medizinische Substanzen und in der Landwirtschaft verwendete Pestizide sind ausgenommen.

Die neue Verordnung enthält eine einheitliche europäische Liste mit zugelassenen Wirkstoffen, EU-weite Zulassungsbestimmungen und Regeln für das Inverkehrbringen behandelter Waren. Wenn Parlament und Rat endgültig zugestimmt haben, können Hersteller ab 2013 ihre Produkte mit einer Zulassung EU-weit vermarkten.

Einige von den Ministern zunächst verworfene, aus Umweltsicht positive Vorgaben der EU-Kommission und Änderungsvorschläge durch das Parlament wurden verteidigt. So bezieht die Definition zu Nanomaterial nicht nur aktive, sondern auch nicht aktive Substanzen ein, außerdem müssen Nanomaterialien in Biozidprodukten separat bewertet werden und unterliegen einer strengeren Genehmigungsprozedur sowie einer Kennzeichnungspflicht. [jg]

► PAN, Susanne Smolka, Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 3991910-24, E-Mail: susanne.smolka@pan-germany.org
pan-germany.org, www.pan-germany.org

Fahrzeuglärm

Entwurf für EU-Verordnung

■ Die EU-Kommission hat Mitte Dezember vorgeschlagen, die Lärmgrenzwerte für leichte und mittelschwere Fahrzeuge in zwei Schritten um jeweils zwei Dezibel zu senken. Bei schweren Fahrzeugen sollen die Werte in einem ersten Schritt um einen, dann um zwei Dezibel sinken. Der Richtlinienentwurf enthält außerdem neue Prüfverfahren für die Typgenehmigung unter realen Verkehrsbedingungen

und für Mindestgeräuschpegel von Elektro- und Hybridfahrzeugen.

Der ökologische Verkehrsclub Deutschland (VCD) forderte einen weiteren Schritt zur Reduktion von Verkehrslärm. Der Verordnungsentwurf müsse spürbar verbessert werden, sonst würden die Entlastungen durch das Verkehrswachstum wieder zunichte gemacht. Besonders kritisch sieht der VCD die „schwache Regulierung“ für den Lkw-Verkehr. Dieser sei für rund die Hälfte des Verkehrslärms verantwortlich, obwohl er nur drei Prozent der Fahrzeuge stelle. „Es ist unverständlich, warum im vorliegenden EU-Entwurf Lkws im Vergleich zu Pkws weniger reduzieren müssen“, monierte der VCD-Verkehrslärmexperte Gregor Kolbe. [jg]

► EU-Vorschlag: www.kurzlink.de/kom-2011-856
 ► VCD: www.kurzlink.de/vcd-pm-13-12-2011

Flugverkehr

Lärmschutz in Gefahr?

■ Die EU-Kommission hat im Dezember Gesetzesvorschläge präsentiert, die Europas Flughäfen leistungsfähiger machen sollen. Unter anderem soll die Festlegung lärmbedingter Flugzeitbeschränkungen transparenter werden. Umweltverbände und Anwohner befürchten jedoch, dass Nachtflugverbote, wie sie in Deutschland bestehen, ausgehebelt werden könnten.

Das sogenannte Flughafenpaket umfasst ein Strategiepapier sowie drei Gesetzesvorschläge über Zeitnischen, Bodenabfertigung und Fluglärm. Damit Fluglinien die ihnen zustehenden Anflugberechtigungen (Zeitnischen) auf Flughäfen tatsächlich nutzen, sollen diese zu Marktbedingungen gehandelt werden können. Dadurch könnten in den kommenden 13 Jahren 24 Millionen Fluggäste mehr befördert werden.

Unklar bleibt, was die Aussage bedeutet, dass lärmbedingte Betriebsbeschränkungen „in einem angemessenen Verhältnis zu dem ermittelten Lärmproblem stehen“ müssen. Der verkehrspolitische Sprecher der Grünen im EU-Parlament Michael Cramer geht davon aus, dass „unter dem

Strich die Kosten des Lärmschutzes und nicht der Nutzen für die lärmgeplagte Bevölkerung den Ausschlag geben sollen.“ Er befürchtet, dass das Wettrennen um die niedrigsten Lärmschutzstandards an EU-Flughäfen weitergeht. Auch bei Bürgerinitiativen vor Ort wächst die Angst vor einer Aufweichung der Nachtflugverbote.

Fliegen verursacht erheblichen Lärm, unter dem über zehn Millionen EuropäerInnen leiden. Ab einer bestimmten Alltagsbelastung drohen gesundheitliche Schäden. [mbu]

- ▶ www.europa.eu/rapid (Reference: MEMO/11/857)
- ▶ www.michael-cramer.eu

Industrieemissionen I

Teure Dreckschleudern

■ Laut einer Studie der Europäischen Umweltagentur EEA hat die Luftverschmutzung aus Industriebetrieben im Jahr 2009 jeden EU-Bürger und jede Bürgerin etwa 200 bis 330 Euro gekostet. Für Europa insgesamt liegen die Folgekosten für Gesundheit und Umwelt zwischen 102 und 169 Milliarden Euro. Drei Viertel der Gesamtschadenskosten gehen auf die lediglich sechs Prozent der 10.000 schädlichsten Unternehmen zurück. Berücksichtigt wurden Großkraftwerke, Raffinerien, Produktions- und Verbrennungsanlagen, Abfallverwertungsanlagen und Weiterverarbeitungsstätten. Nicht gezählt wurden Privathaushalte, die meisten Landwirtschaftsbetriebe und der gesamte Verkehr.

Fünf der zehn schmutzigsten Betriebe Europas stehen in Deutschland: in Jänschwalde (Brandenburg), Bergheim-Nieder- außen, Eschweiler und Grevenbroich (alle Nordrhein-Westfalen).

EU-Umweltkommissar Janez Potočnik hat 2013 zum Jahr der Luft erklärt. Schon für 2012 sind Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität geplant. [tg, jg]

- ▶ EEA-Studie: www.kurzlink.de/airpollution-2009
- ▶ DNR: Politikmaßnahmen zur Luftreinhaltung im Arbeitsprogramm der EU-Kommission: www.eu-koordination.de/umweltnews/news/-/1198

Industrieemissionen II

Wirtschaftsminister gegen besten Stand der Technik

■ Anlässlich der Anhörung zur nationalen Umsetzung der neuen EU-Richtlinie über Industrieemissionen (IED) im Januar in Bonn hat der Deutsche Naturschutzring (DNR) vor einem „Paradigmenwechsel im deutschen Immissionsschutzrecht“ gewarnt. Die zuständigen Amtschefs hatten im Vorfeld der im Dezember stattfindenden Konferenz der Landeswirtschaftsminister bei vier Gegenstimmen und drei Enthaltungen beschlossen, auf die bestehenden „Belastungen für den Industriestandort Deutschland“ Rücksicht nehmen zu wollen. Deshalb forderten sie für die Umsetzung der Richtlinie in Deutschland, weniger strenge Emissionsgrenzwerte je nach geografischem Standort und lokalen Umweltbedingungen zuzulassen. Das bedeutet: Falls die genannten Bedingungen ungünstig sind und zu „unverhältnismäßig höheren Kosten“ führen, sollen Ausnahmen gelten.

Der DNR nannte den Beschluss skandalös und einen Angriff auf die geltende Rechtslage. „Die Anwendung der besten verfügbaren Technik muss weiterhin unabhängig vom Standort der Anlage gelten“, sagte DNR-Generalsekretär Helmut Röscheisen. Die angestrebte Änderung könne dazu führen, dass in hoch belasteten Gebieten wie dem Ruhrgebiet die Zunahme an Luftschadstoffen durch neue Industrieanlagen gerade mit der ohnehin vorhandenen Belastung als Industrieablenkungsraum begründet wird. Andererseits könnten Reinluftgebiete durch den Bau etwa von Zement- und Kohlekraftwerken mit Luftschadstoffen „aufgefüllt“ werden.

Auch der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) kritisierte den deutschen Entwurf zur Umsetzung der IED und verlangte umfassende Korrekturen. Besonders die Öffentlichkeitsbeteiligung sei bisher defizitär. [jg]

- ▶ DNR, Helmut Röscheisen, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-99, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de
- ▶ www.bbu-online.de

Nanotechnologie

Immer mehr besorgniserregende Studien

■ Nanoskalige Ceriumpartikel können über die Lunge aufgenommen werden und bis zur Leber wandern. Das haben ForscherInnen der Marshall University in Huntington im US-Bundesstaat West Virginia in Tierversuchen herausgefunden. Die Partikel könnten – je nach Dosis – Leberschäden verursachen, berichtete der Wissenschaftsdienst Science Daily. Ceriumoxidpartikel sind unter anderem in Zusätzen für Dieselkraftstoffe enthalten. Diese Additive sollen den Diesel eigentlich effizienter machen und Partikelemissionen reduzieren. Die mögliche Toxizität von Nanopartikeln müsse angesichts ihrer wachsenden Verwendung in der Industrie besser untersucht werden, forderten die Autoren der Studie.

Eine Studie an der Universität Peking hat ergeben, dass allergiekrankte ArbeiterInnen vermutlich besonders stark auf inhalede Nanopartikel reagieren. Nanopartikel – in diesem Fall Eisenoxide – würden in einen Proteinkomplex, sogenannte Exosome, eingebaut und als „trojanische Pferde“ in die Lunge gelangen. Das Immunsystem ohnehin schon sensibilisierter Menschen könne darauf heftig reagieren.

Nanoskalige Titandioxide und Zinkoxide haben nachweisbar einen Einfluss auf Pflanzen und Böden, haben ebenfalls chinesische WissenschaftlerInnen herausgefunden. Sie können beispielsweise das Wachstum von Weizen hemmen. Außerdem fanden sich sowohl in den Pflanzen als auch in den Böden Nanopartikel.

Auch in Gewässern können Nanopartikel sich sowohl schnell verbreiten als auch im Sediment anreichern. Am Institut für Umweltgeowissenschaften der Universität Wien laufen zurzeit mehrere Studien zum Verhalten von Nanopartikeln in Gewässern. [jg]

- ▶ 1. Studie: www.kurzlink.de/nano-diesel
- ▶ 2. Studie: www.kurzlink.de/nano-and-allergy
- ▶ 3. Studie: www.envinews.eu/redirect/57690
- ▶ 4. Studie: www.kurzlink.de/nano-water

GLOBALISIERUNG & EINE WELT

Rio+20-Gipfel

Erster Textentwurf

■ Das Sekretariat der UN-Konferenz für Nachhaltige Entwicklung (UNCSD) hat einen ersten Entwurfstext für den Rio+20-Gipfel im Juni veröffentlicht. Der sogenannte Zero Draft fasst die Beiträge der Staaten und Partner auf 20 Seiten zusammen. Das im Januar veröffentlichte Dokument zieht zunächst eine überwiegend negative Bilanz der umwelt- und entwicklungspolitischen Anstrengungen seit 1992.

20 Jahre nach dem ersten Weltgipfel, der Umwelt und Entwicklung gemeinsam behandelte, soll vom 20. bis 22. Juni im brasilianischen Rio de Janeiro ein weiteres Nationentreffen zu nachhaltiger Entwicklung stattfinden. Die vorgesehenen Hauptthemen sind umweltgerechtes Wirtschaften und ein neuer institutioneller Rahmen für die globale Umweltpolitik, etwa mit einer UN-Umweltorganisation. Weitere wichtige Punkte sind die nachhaltige Nutzung der Meere und der anderen Ressourcen und erstmals auch der Konsum. Anders als beim „Erdgipfel“ 1992 sollen die Staaten aber keine Verpflichtungen eingehen, sondern sich freiwillig eigene Ziele für den Wandel zur „Green Economy“ setzen.

Europäische Nichtregierungsorganisationen (NGOs) bewerteten den Entwurfstext unterschiedlich. Während ihn einige große NGOs als relativ ambitioniert bezeichneten, sprach der Evangelische Entwicklungsdienst von einem „Greenwashing der bisherigen Weltwirtschaftsordnung“. Verteilungsgerechtigkeit, nachhaltiger Konsum und die Grenzen des Wachstums fehlten in dem Entwurf. Bei Greenpeace hieß es, wenn aus Rio+20 mehr als ein elitärer Gesprächskreis werden sollte, müssten die Staats- und Regierungschefs sich jetzt endlich engagieren. Bisher wollen viele Staatschefs gar nicht selbst nach Rio reisen. NGOs sind eine der sogenannten Major Groups, die bei UN-Verhandlungen beteiligt werden müssen, ohne Stimmrecht zu haben.

Welche Zukunft wollen wir?

Für den Weltnachhaltigkeitsgipfel Rio+20 im Juni in Brasilien liegt der erste Entwurf eines Abschlussdokuments vor. Einiges darin ist wichtig, vieles unverbindlich und manches gefährlich, findet Lili Fuhr von der Heinrich-Böll-Stiftung.

„The Future We Want“ – die Zukunft, die wir wollen – ist das Motto der großen UN-Konferenz, die im Juni anlässlich des 20. Jahrestages des Erdgipfels ebenfalls wieder in Rio stattfindet. Während Rio+20 vor zwei Jahren noch als großartige Idee daherkam und alle feierten, dass es den Staaten gelungen war, sich in der UN-Generalversammlung auf das Thema „Green Economy“ zu einigen, werden inzwischen auf allen Seiten die Erwartungen erheblich gesenkt. Welchen Fortschritt können wir von einem dreitägigen Treffen der Staats- und Regierungschefs erwarten, die gerade vollauf damit beschäftigt sind, sich aus dem derzeitigen Krisenumpf selbst an den Haaren herauszuziehen?

Der im Januar veröffentlichte Zero Draft – der erste Entwurf für eine Abschlusserklärung des Gipfels – gibt eine Ahnung davon. Beim Lesen fällt als Erstes auf, dass die Schuldzuweisung sehr leicht fällt: Klar, die letzten 20 Jahre sind nicht optimal gelaufen. Schuld daran sind aber nicht etwa politische Entscheidungen oder große Wirtschaftsakteure, sondern die „multiplen Krisen“. Das klingt logisch: Wegen der Finanz-, Wirtschafts-, Energie- und Ernährungskrise haben wir es nicht geschafft, Armut und Hunger zu beseitigen. Andersherum würde es aber eher der Wahrheit entsprechen.

Der Rio+20-Gipfel hat zwei größere Themenstränge. Der eine heißt „Green Economy im Kontext von nachhaltiger Entwicklung und Armutsbekämpfung“, der andere dreht sich um die Reform der UN-Institutionen, die sich um Umwelt und nachhaltige Entwicklung kümmern.

Green Economy soll hier als Mittel zum Zweck dienen, und der Zweck bleibt nachhaltige Entwicklung. Können also die KritikerInnen aufatmen? Wohl nicht, denn das Konzept ist so vage, dass jeder und jede alles darunter verstehen kann und soll. Es wird nicht einmal definiert, was nicht dazugehört. Das ist alarmierend, denn für einige Staaten zählen auch Atomkraft, Gentechnik oder Megastaudämme zur Green Economy. Unter dem Begriff findet sich im Zero Draft die Idee der EU für eine Green

Economy Roadmap mit Indikatoren und einem Umsetzungsprozess bis 2030 genauso wieder wie der Vorschlag für Sustainable Development Goals. Solche Nachhaltigkeitsentwicklungsziele sollen bis 2015 entwickelt werden und die UN-Millenniumsziele ergänzen. Auch wirklich gute und wichtige Ideen wie die Aufwertung des UN-Entwicklungsprogramms UNEP tauchen im Zero Draft auf, ihre Umsetzung ist aber keineswegs sicher.

Drei politische Großtrends, die sich durch das ganze Dokument ziehen, sind besonders problematisch:

- ▶ das Setzen auf freiwillige Selbstverpflichtungen statt rechtlicher Verbindlichkeit, hier etwa beim Waldschutz und generell bei der Umsetzung der nationalen Green-Economy-Pläne;
- ▶ das fast blinde Vertrauen auf Investitionen des Privatsektors, um die große Transformation zu finanzieren, da öffentliche Gelder ja angeblich knapp sind – was bei der Banken- und Eurorettung aber offenbar nicht gilt;
- ▶ die Verwandlung von natürlichen Ressourcen wie Wald, Boden oder Biodiversität in „Naturkapital“, das damit handelbar wird und sich in Finanzmarktprodukte umbauen lässt. Das soll nicht nur die Umwelt retten, sondern auch die Finanzwirtschaft.

Zur Klimakrise sagt der Zero Draft dagegen sehr wenig, und das auch nur in Klammern. Man verlässt sich auf die Umsetzung der Ergebnisse des Gipfels von Durban. Für eine Begrenzung der globalen Erwärmung auf zwei Grad wird das zwar nicht reichen, denn in Durban wurde ein neuer globaler Vertrag auf 2020 verschoben. Aber das scheint die Staats- und Regierungschefs wenig zu kümmern. Vorfreude ist bekanntlich die größte Freude.

Die Geografin Lili Fuhr ist Referentin für Internationale Umweltpolitik bei der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin. Sie betreibt das Blog www.klima-der-gerechtigkeit.de.

**Kontakt: Tel. +49 (0)30 / 28534-304,
E-Mail: fuhr@boell.de, www.boell.de**

Bei brasilianischen NGOs stieß das Papier auf breite Ablehnung, wie die Agentur NPLA berichtete. Das Zivilgesellschaftskomitee, das im Juni parallel zum UN-Gipfel einen „Peoples Summit“ organisiert, erklärte, die Vorschläge liefen lediglich auf eine ökologisch weniger schädliche Praxis innerhalb des Wirtschaftssystems heraus, das für die derzeitigen Krisen verantwortlich sei. (siehe auch Kommentar S. 11) [jg, mb]

- ▶ Forum Umwelt & Entwicklung, Claudia Kabel, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-74, E-Mail: c.kabel@forumue.de, www.forumue.de/projekte/rio-20
- ▶ Entwurf und weitere Dokumente: www.eu-koordination.de/umweltnews/news/-/1250
- ▶ NPLA: www.npla.de/de/poonal/3688

Waldschutz

Kritik an UN-Programm REDD

■ Organisationen, die mit indigenen Waldbewohnern zusammenarbeiten, haben die Einstellung des UN-Waldschutzprogramms REDD+ gefordert. Von der Initiative zur Verringerung von CO₂-Emissionen durch Entwaldung und Schädigung von Wäldern profitierten vor allem Großunternehmen und nicht die Lokalbevölkerung, die seit Generationen in und von den Wäldern lebe, hieß es auf der Weltklimakonferenz im südafrikanischen Durban im vergangenen November (siehe S. 13). Die Indigenen müssten stattdessen Platz für riesige Monokulturen zur Aufrechterhaltung der im Norden produzierten CO₂-Emissionen machen. [IPS]

- ▶ www.kurzlink.de/ips-redd

Yasuní-ITT-Initiative

Jahresziel erreicht?

■ Die von Ecuador geforderten 100 Millionen Dollar bis Ende 2011 sind dem Fonds zur Rettung des Yasuní-Regenwaldes (umwelt aktuell 11.2011, S. 11) zugesagt worden. Das erklärte zumindest die ecuadorianische Regierungsbeauftragte

für das Projekt Yasuní-ITT Yvonne Baki im Dezember. Doch die Vorbereitungen für die Ölbohrungen in dem indigenen Gebiet laufen trotzdem weiter. Außerdem legte der ecuadorianische Präsident Rafael Correa die Zielmarke für den Yasuní-Fonds höher. Bis Ende 2013 müssten 750 Millionen Dollar eingezahlt sein, damit das Gebiet erhalten werden könne.

Die konkreten Zusagen belaufen sich Baki zufolge auf etwa 105 Millionen Dollar. Allerdings enthält der Betrag auch knapp 47 Millionen Dollar für „Technische Zusammenarbeit“ aus Deutschland. Nach Angaben deutscher Ministerien handelt es sich dabei jedoch um 35 Millionen Dollar für konventionelle Waldschutzprojekte. Auch das Geld aus Italien stammt aus einem als nicht legitim bewerteten Schuldenaustausch. Nun wird der ecuadorianischen Regierung vorgeworfen, die Initiative nur aufgrund ihrer Popularität und mit Blick auf die Präsidentenwahl 2013 am Leben zu halten. [tg]

- ▶ www.klimaretter.info/politik/hintergrund/10172

Brasilien

Präsidentin kann Regenwald noch retten

■ Die neue Gesetzesinitiative zur Lockerung des brasilianischen Waldgesetzes ist im Senat verabschiedet worden. Jetzt kann nur noch Präsidentin Dilma Rousseff durch Einlegen ihres Vetos die Abholzung von 765.000 Quadratkilometern Regenwald verhindern. Das Waldgesetz sieht bisher vor, dass ein Viertel der ursprünglichen Vegetation jedes Privatgrundstücks erhalten oder wiederaufgeforstet werden muss. Dies würde das neue Gesetz deutlich abschwächen. So müssten Grundstücke bis 440 Hektar Größe nicht wiederaufgeforstet werden. Zudem ist eine Amnestie für frühere illegale Abholzung vorgesehen.

Nach Umfragen lehnen vier Fünftel der BrasilianerInnen die Ausweitung von Nutzflächen auf Kosten des Regenwaldes ab. Auch Rousseff hatte im Wahlkampf

2010 versprochen, kein Gesetz mit einer Amnestie zu unterschreiben. Außerdem hat sich Brasilien verpflichtet, bis 2020 die Abholzung im Amazonasgebiet um 80 Prozent zu verringern. Deshalb hoffen Umweltschützer trotz der starken brasilianischen Agrarlobby auf Rousseffs Veto. [tg]

- ▶ www.klimaretter.info/umwelt/hintergrund/10080

Mexiko

Genmais bedroht Vielfalt

■ Mexiko sieht in der Gentechnik den Ausweg aus der erwarteten Versorgungskrise seines Landes. Umweltminister Juan Elvira Quesada sagte im November der Zeitung La Jornada, „dass auf wenigstens zwei Millionen Hektar Mais mit Biotechnologie ausgesät werden kann“. Nachteile sehe er nicht. Der Schutz der natürlichen Maissorten und ihrer Ursprungsorten sei gewährleistet.

Die mexikanische Maisproduktion ist 2011 wegen Klimaveränderungen wesentlich geringer ausgefallen als erwartet. Es wird damit gerechnet, dass nun die Maisaussaat im Nordosten um 50 Prozent abnimmt, da der Wasserspiegel der Stauseen absinkt. Allerdings benötige Genmais auch nicht weniger Wasser, schreibt La Jornada. Außerdem gebe es Daten aus den USA, wonach die Genmaiserträge langfristig sinken. Gegen Genmais spreche auch die verstärkte Nutzung von Herbiziden. Die Folgen in Mexiko wären besonders gravierend, da es das Ursprungsland von Mais ist und eine breite Sortenvielfalt aufweist. Trotzdem fordern Unternehmen neue Genehmigungen für die Aussaat von Genmais in Mexiko. Derzeit liegen der Regierung 49 Anträge auf Versuchsaussaat vor. [tg]

- ▶ www.kurzlink.de/genmaismexiko

Ausführliche Berichte und Hintergrundinformationen über Globalisierung & Eine Welt lesen Sie im vierteljährlichen Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung: www.forumue.de (Rundbriefe)

KLIMA & ENERGIE

UN-Klimaverhandlungen

Kyoto II soll kommen, aber erst 2020

■ Nach intensiven Debatten haben Delegierte aus 194 Staaten auf der Weltklimakonferenz der Vereinten Nationen Anfang Dezember im südafrikanischen Durban beschlossen, bis 2015 einen neuen rechtlich bindenden Klimavertrag auszuhandeln. Dieser soll Klimaschutzziele für alle Länder mit hohem CO₂-Ausstoß beinhalten – auch für Staaten wie die USA, China und Indien, die sich in Durban weigerten, große Schritte für den Klimaschutz zu machen. Das Abkommen soll 2020 in Kraft treten. In der Zwischenzeit soll das Kyoto-Protokoll, das in diesem Jahr ausläuft, verlängert werden. Bis zum Mai sollen alle Staaten, die an einer zweiten Verpflichtungsperiode teilnehmen, ihre Emissionsziele bei den Vereinten Nationen einreichen. Die teilnehmenden Staaten sind jedoch für nur etwa 15 Prozent der weltweiten Emissionen verantwortlich. Russland, Japan und Kanada haben bereits angekündigt, sich nicht zu beteiligen.

Außerdem handelten die Delegationen die Details für einen Grünen Klimafonds aus, der bedürftigen Staaten finanzielle Mittel für saubere Technologien und die Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels bereitstellen soll. Die genaue Finanzierung dieses Instruments wurde auf der Konferenz nicht abschließend geklärt. In ihrem Beschluss nahmen die Staaten überdies Stickstoff-Trifluorid (NF₃) in die Liste der Treibhausgase auf, die bereits CO₂, Methan, N₂O, HFCs, PFCs und SF₆ umfasst.

Ferner nahmen die Staaten die umstrittene CCS-Technologie zur unterirdischen CO₂-Speicherung in den Clean Development Mechanism auf. Damit können Industrieländer nun in CCS-Projekte in Entwicklungsländern investieren und damit ihre Emissionsbilanz verbessern.

Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) nannte die Beschlüsse in Dur-

ban einen „wegweisenden Erfolg“, wie Zeitungen berichteten. „Wir haben jetzt das Fundament und die Dynamik dafür, ein internationales Klimaschutzabkommen zu erreichen, das erstmalig für alle gilt“, sagte Röttgen. Dieser Erfolg sei nur durch das Bündnis der EU mit zahlreichen Entwicklungsländern und kleinen Inselstaaten möglich gewesen.

Umweltschutzverbände und Wissenschaftler warnten dagegen, dass es 2020 für einen neuen Klimavertrag zu spät sei. Die Ergebnisse von Durban seien nur ein löchriger Rettungsschirm fürs Klima. „Die Chance, in Durban einen echten Durchbruch zur Begrenzung der Erderwärmung auf unter zwei Grad hinzubekommen, wurde nicht genutzt“, fasste der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger zusammen. [ff]

► Offizielle Seite: www.unfccc.int/2860.php

► BUND: www.bund.net/durban

EU-Klimaziele 2030

Energieversorger fordern neues Klimapaket

■ Ein Bündnis aus drei europäischen Energieversorgern hat die EU-Kommission Ende November aufgefordert, ein zweites anspruchsvolles Klima- und Energiepaket aufzulegen. Das Paket müsse verbindliche Ziele für Treibhausgasreduktionen, erneuerbare Energien und Energieeffizienz bis 2030 enthalten, erklärten die Unternehmen Eneco (Niederlande), Dong Energy (Dänemark) und SSE (Großbritannien). Die Industrie brauche Zeit, um nachhaltige und bezahlbare Wege vorzubereiten, mit denen die langfristigen Klimaziele von 80 bis 95 Prozent Treibhausgasreduktion bis 2050 erreicht werden könnten.

Das Bündnis ist der Ansicht, dass der europäische Stromsektor seinen Anteil an einer klimafreundlichen Energieversorgung leisten sollte. Langfristige Planungssicherheit sei jedoch eine Voraussetzung dafür. Mit der derzeitigen Politik werde es nicht möglich sein, die langfristigen Ziele zu erreichen. Die EU-Kommission müsse

Klarheit schaffen und mittelfristige verbindliche Ziele vorantreiben. [sl]

► Hintergrund: www.eu-koordination.de/publikationen/themenhefte/klima-a-energie

Klimawandel

Extremes Wetter

■ Mitte November hat der Weltklimarat IPCC einen Sonderbericht zu Extremwetterereignissen veröffentlicht. Untersucht wurden der Zusammenhang zwischen dem menschengemachten Klimawandel und extremen Wetterereignissen sowie mögliche Anpassungsstrategien.

Dem Bericht zufolge ist in den kommenden Dekaden weltweit häufiger mit starken Regenfällen, heftigen Stürmen und intensiven Dürreperioden zu rechnen. Außerdem sei davon auszugehen, dass Naturkatastrophen an Intensität zunehmen. Von den Auswirkungen seien besonders Entwicklungsländer betroffen, da diese nicht über die Infrastruktur und Wirtschaftsleistung für Anpassungsmaßnahmen verfügten. Doch auch die Industrienationen blieben nicht verschont, so der Bericht. Mit einer Wahrscheinlichkeit von 90 bis 100 Prozent werde sich die Länge, Häufigkeit und Intensität von Hitzewellen und Dürreperioden über den meisten Landgebieten erhöhen.

„Dies ist ein weiterer Weckruf“, sagte EU-Klimakommissarin Connie Hedegaard. „Es ist frustrierend zu sehen, dass viele Regierungen trotz allen Wissens und aller rationaler Argumente keinen politischen Handlungswillen für umgehende Klimaschutzmaßnahmen zeigen.“ An dem Bericht arbeiteten in den letzten zwei Jahren 220 Wissenschaftlerinnen aus aller Welt. Es ist die erste umfassende vergleichende Untersuchung zu dem Thema.

Auch das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) veröffentlichte im November einen alarmierenden Bericht. Danach klafften die globalen CO₂-Emissionsreduktionsziele und der tatsächliche Ausstoß stark auseinander. Seit 2009 sei die Lücke zwischen dem geplanten und

dem tatsächlichen Ausstoß von sechs auf elf Gigatonnen CO₂ gewachsen. Um einen globalen Temperaturanstieg von zwei Grad mittelfristig nicht zu überschreiten, müssen umgehend Energieeffizienzmaßnahmen ergriffen, der Ausbau erneuerbarer Energien vorangetrieben und Maßnahmen zur Verringerung der Schiffs- und Luftfahrtemissionen eingeleitet werden. [ej]

- UNEP-Bericht: www.kurzlink.de/uneprep2011
- IPCC-Sonderbericht: www.kurzlink.de/ipccprep2011.pdf

Energieversorgung

Energiefahrplan 2050

■ Die EU-Kommission hat Mitte Dezember ihren Energiefahrplan 2050 vorgelegt, in dem sie Szenarien für die Energieversorgung der Zukunft aufzeichnet. Danach will die Kommission auch im Jahr 2050 Atomkraft und Kohle nicht ausschließen.

In fünf Modellen berechnet die Kommission, wie sich eine Energieversorgung auswirkt, die unterschiedlich stark auf erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Atomenergie und CO₂-Speicherung (CCS) setzt und gleichzeitig die Treibhausgase bis 2050 um 85 Prozent senkt. Das Ergebnis: Eine Energieversorgung mit viel Energieeffizienz und erneuerbaren Energien kostet die Steuerzahler nicht mehr als ein hoher Anteil an Kohle und Atomenergie.

Allerdings war der Energiefahrplan schon vor seiner Veröffentlichung bei Wissenschaftlern und Umweltverbänden in Kritik geraten, weil die Preise für Atomkraft und CCS eher zu niedrig, die für erneuerbare Energien dagegen zu hoch angesetzt seien. Auch berücksichtige der Energiefahrplan keine externen Kosten etwa durch Umweltschäden bei Gewinnung und Einsatz fossiler Energien. Trotz dieser Mängel zeigt der Energiefahrplan nach Ansicht von Greenpeace, dass eine moderne Energieversorgung zwar auf Kohle und Atom verzichten kann, nicht aber auf Energiesparen und Erneuerbare. [sl]

- Greenpeace: www.kurzlink.de/2050-energy

EU-Energieeffizienzrichtlinie I

Emissionshandel gerettet?

■ Der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments hat Ende Dezember bei der Abstimmung zur EU-Energieeffizienzrichtlinie dafür votiert, dass in der dritten Handelsperiode des Emissionshandels von 2013 bis 2020 1,4 Milliarden Zertifikate zurückgehalten werden sollen, um den Auswirkungen der Richtlinie Rechnung zu tragen. Falls das Plenum und der Ministerrat zustimmen, könnte dies die Zertifikatspreise deutlich stabilisieren. Zuletzt war der Preis pro Emissionszertifikat unter sieben Euro gefallen.

Rückenwind für den Handel mit Treibhausgasemissionsrechten kam auch vom Europäischen Gerichtshof. Dieser beschied, dass die Einbeziehung von Fluglinien aus Drittstaaten in den Emissionshandel rechtmäßig sei und wies damit Klagen US-amerikanischer und kanadischer Airlines zurück.

Bei der Abstimmung zur Energieeffizienzrichtlinie stimmten die Abgeordneten des Umweltausschusses außerdem für verbindliche Energiesparziele und dafür, den Energieverbrauch öffentlicher Gebäude um jährlich 2,5 Prozent zu senken. Im gesamten Wohnungsbestand soll der Energieverbrauch bis 2050 um 80 Prozent sinken. [sl]

- www.sueddeutsche.de/1.1240239

EU-Energieeffizienzrichtlinie II

Die heiße Phase beginnt

■ Der Industriausschuss des EU-Parlaments hat im Januar seine erste Lesung zur Energieeffizienzrichtlinie (siehe vorhergehenden Beitrag) auf den 28. Februar verschoben. Grund sind die über 1.800 Änderungsvorschläge, die dem Ausschuss vorliegen. Während ein großer Teil der EU-Abgeordneten verbindliche Ziele unterstützt, besteht noch Uneinigkeit darüber, ob Energieintensitäts- oder Einsparziele verabschiedet werden sollen. Ein Kompromiss könnte sein, die Ziele an den

Output zu knüpfen. Anders als Berichterstatter Claude Turmes (Grüne, Luxemburg) verlangt ein Teil der Abgeordneten außerdem, dass die in der Richtlinie vorgesehene jährliche Einsparung von 1,5 Prozent beim Endkundenverbrauch nicht nur über einen Energieeffizienzauftrag an Energieversorger oder einen Energieeffizienzfonds, sondern auch auf andere Weise erbracht werden kann, sofern die Ambition gesichert ist.

Auch bei den EU-Mitgliedstaaten nehmen die Vorstellungen zur Richtlinie konkretere Formen an. Die dänische EU-Ratspräsidentschaft erarbeitet derzeit einen Kompromiss für den Energieministerrat am 14. Februar. Berichten zufolge gehört dazu möglicherweise auch eine Regelung, wie das EU-Energieeffizienzziel auf die Mitgliedstaaten aufgeteilt werden kann.

Ende November hatte der Rat der EU-Wirtschaftsminister die Erwartungen noch heruntergeschraubt und verbindliche Energiesparziele vertagt. Mehrere Länder wollten keine Energieaudits für Großfirmen oder höhere Sanierungsquoten für öffentliche Gebäude vorschreiben.

Deutschland hat unterdessen zu zentralen Punkten der Richtlinie noch immer keine Position. Der Deutsche Naturschutzing (DNR) sprach im Januar von einer „Blockadepolitik“ des Bundeswirtschaftsministeriums. Minister Philipp Rösler (FDP) wehre sich gegen alles Verbindliche mit dem Argument, es sei Zwang, sagte DNR-Energieeffizienzexpertin Stefanie Langkamp. „Damit zeigt er, dass ihm Energieversorger wichtiger sind als Verbraucher und Umweltschutz.“ Die Bundesregierung könne nicht Energiesparziele in Deutschland und Europa vereinbaren und sich dann weigern, die nötigen Maßnahmen zu ergreifen, kritisierte DNR-Präsident Hubert Weinzierl. Kritik kam auch von Wissenschaftlern. In einem offenen Brief warnten sie die Bundesregierung vor einem Scheitern der Energiewende, sollte der Energiebedarf nicht dauerhaft sinken.

Anders als viele EU-Staaten stellte sich Deutschland bislang gegen den Vorschlag, dass Energieversorger Verbrauchern Energiesparangebote machen – obwohl dies Experten zufolge die höchste Einsparung

bringt. Allein damit könnten deutsche Verbraucher laut einer Studie des IFEU-Instituts 14 Milliarden Euro an Energiekosten sparen. Zudem könnten 120.000 neue Arbeitsplätze geschaffen und der Energieverbrauch von zehn Großstädten in der Größe von Köln eingespart werden. [am, sl]

- Brief: www.kurzlink.de/energiesparen-appell
- IFEU-Studie: www.kurzlink.de/ifeu

Energieeffizienz

Erwartungen an Ökodesign

■ Nach Ansicht des Europäischen Umweltbüros (EEB) könnte 2012 im Gegensatz zum letzten Jahr für die Weiterentwicklung beim Ökodesign erfolgreich verlaufen. 2011 waren nur zwei neue Ökodesign-Anforderungen beschlossen worden. Im Jahr davor waren es noch drei und 2009 sogar neun gewesen. Der Prozess wurde durch die eingeschränkten Mittel der Beamten und die Komplexität vieler Themen behindert. Doch für 2012 werden einige neue Standards erwartet. So enthält die Agenda die lange erwartete Einführung der Maßnahmen für Boiler und Warmwasserbereiter, wodurch bis 2020 bis zu 400 Terawattstunden Energie in der EU gespart werden könnten. Außerdem sollen unter anderem neue Standards für Computer, rechnerübergreifende Standbys, Ventilatoren, Wäschetrockner und Staubsauger eingeführt werden. [tg]

- Netzwerk zu Ökodesign: www.coolproducts.eu

Erneuerbare Energien I

20 Prozent überschritten

■ 2011 hat Deutschland eine historische Marke überschritten. Zum ersten Mal betrug der Anteil erneuerbarer Energien am Stromverbrauch mehr als 20 Prozent. Im Vorjahr waren es noch 17 Prozent gewesen. Damit hat sich der Anteil der umweltfreundlichen Energien seit dem Jahr 2000 verdreifacht. Auch beim End-

energieverbrauch legten die Erneuerbaren zu, nämlich auf zwölf Prozent. Bis 2020 hat sich Deutschland gegenüber der EU verpflichtet, diesen Anteil auf 18 Prozent anzuheben. [sl]

- www.erneuerbare-energien.de

Erneuerbare Energien II

Investitionen in intelligente Stromnetze verdoppeln

■ Die European Climate Foundation (ECF) hat im Dezember in einer Studie errechnet, dass die EU-Investitionen in sogenannte Smart Grids nach 2020 verdoppelt werden müssen. Nur so sei das Ziel einer emissionsfreien Elektrizitätswirtschaft bis 2050 zu erreichen.

Intelligente Stromnetze (Smart Grids) erlauben den Transport von Strom nicht nur von den Elektrizitätswerken zu den Endverbrauchern, sondern in beide Richtungen. Der Energiefluss wird dabei gemessen und überwacht.

Damit die Emissionen um 20 Prozent reduziert und der Anteil an erneuerbaren Energien auf 20 Prozent gesteigert werden können, sind laut EU-Kommission in den nächsten Jahren Investitionen von 628 Milliarden Euro notwendig. Zwischen 2020 und 2030 müssten diese noch einmal auf 1,2 Billionen Euro verdoppelt werden, so die ECF-Studie. [UWD, sl]

- Studie: www.kurzlink.de/smartg (pdf, en)

Forschung & Entwicklung

Geld für Klima und Atom

■ Ein Drittel der EU-Mittel für Forschung und Innovation von 2014 bis 2020 soll in Klimaprojekte fließen, so ein Vorschlag der EU-Kommission von Ende November. Das sind mehr als 25 von insgesamt 80 Milliarden Euro. Die Mitgliedstaaten und die EU-Abgeordneten müssen dem Plan noch zustimmen.

Der Europäische Verband für Windenergie EWEA zeigte sich enttäuscht darüber, dass weiterhin wenig Geld in nicht nukleare Energieerzeugung fließen werde. Der Haushalt 2012 fördert Atomkraft mit 1,3 Milliarden Euro, Windkraft nur mit 24 Millionen. „Es ist einfach verrückt, wie sich in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit und schmerzlicher Einschnitte in nationale Haushalte scheinbar mühelos Milliarden für den Fusionsforschungsreaktor ITER aufreiben lassen“, kritisierte Rebecca Harms, Europaabgeordnete der Grünen. Eine Studie der Heinrich-Böll-Stiftung zu Atomkraft ergab ferner, dass die staatliche Förderung von Atomkraft die Entwicklung von erneuerbaren Energien massiv bremse. [sl]

- Studie: Systems for Change. Download (1,6 MB): www.boell.org/downloads/HBS-Frogatt_web.pdf

KONSUM & VERBRAUCHERSCHUTZ

Geflügelhaltung

Antibiotikaresistenzen schaden Mensch und Tier

■ Nachdem in deutschen Supermärkten vielfach antibiotikaresistente Keime auf Hähnchenfleisch nachgewiesen wurden, verlangt der landwirtschaftspolitische Sprecher der Grünen im Europäischen Parlament Martin Häusling ein Eingreifen der EU. Er forderte EU-Verbraucherkommissar John Dalli auf, Inspektoren nach Deutschland zu schicken, die den illegalen Einsatz von Antibiotika in der Tiermast überprüfen sollen. Im Januar hatten Stichproben des BUND in Berlin, Hamburg, Köln, Nürnberg und der Region Stuttgart ergeben, dass zehn von 20 Stücken Frischfleisch Keime enthielten, die gegen Antibiotika resistent sind.

Das sei die Folge des Medikamentenmissbrauchs, sagte der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger und sprach sich für das Ende der industriellen Tierhaltung aus. Die ►

Nachhaltigkeit

A-Z



K wie Konsumkultur

Verändert der Online-Gebrauchwarenhandel individuelles Konsumverhalten? Wie lassen sich stromverbrauchende Alltagsgewohnheiten am Arbeitsplatz verändern? Diese und andere Fragen zeigen, dass es beim »nachhaltigen Konsum« um weit mehr geht als um den Kauf von Bio- oder Fair-Trade-Produkten. Die HerausgeberInnen des vorliegenden Buches gewähren Einblicke in eine Forschungslandschaft, die in unserer konsumorientierten Gesellschaftsordnung zunehmend an Bedeutung gewinnt.

R. Defila, Antonietta Di Giulio,
R. Kaufmann-Hayoz (Hrsg.)

Wesen und Wege nachhaltigen Konsums

Ergebnisse aus dem Themenschwerpunkt

»Vom Wissen zum Handeln – Neue Wege zum Nachhaltigen Konsum«

Ergebnisse Sozial-ökologischer Forschung 13
498 Seiten, broschiert, 44,95 Euro,
ISBN 978-3-86581-296-4

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de

 **oekom**
Die guten Seiten der Zukunft

Agrarexpertin des Umweltverbandes Reinhold Benning appellierte an Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU), verbindliche Regeln zur Reduzierung des Antibiotikaeinsatzes zu erlassen.

Im Januar legte Aigner einen entsprechenden Entwurf zur Änderung des Arzneimittelgesetzes vor, der dem BUND aber nicht weit genug geht. Laut dem Entwurf soll der Einsatz von Antibiotika begrenzt, ihre Verwendung in der Tierhaltung genauer erfasst und die Datenerhebung neu geregelt werden.

Nach EU-Angaben sterben jährlich 25.000 Menschen an den Folgen bakterieller Entzündungen, die nicht mit einem Antibiotikum behandelt werden können. Der Schaden für das Gesundheitswesen betrage etwa 1,5 Milliarden Euro. [mbu]

- ▶ BUND-Analyse zu Keimen in Hähnchenfleisch: www.bund.net/antibiotika-resistenzen
- ▶ Bundesagrarministerium: www.bmelv.de
- ▶ EU-Grüne: www.greens-efa.org

LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

EU-Agrarreform

Ende der Subventionen für EU-Agrarexporte in Sicht?

■ Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) will sich in Brüssel dafür einsetzen, dass die Zuschüsse für die Ausfuhr von Agrarprodukten aus der Europäischen Union gestrichen werden. Das meldete Spiegel online im Dezember. Bisher war die Bundesregierung dafür eingetreten, den Export von landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus der EU zum Beispiel nach Asien oder Afrika finanziell zu unterstützen, damit die Preise dem Weltmarktniveau angepasst werden. Umwelt- und Entwicklungsorganisationen hatten dies kritisiert, weil Bauern in den meist ärmeren Ländern oft nicht mit Billigprodukten aus der EU konkurrieren können. 2011 flossen nach Angaben des Bundeslandwirtschaftsminis-

teriums (BMELV) 164 Millionen Euro aus dem EU-Agrarbudget in die Subventionierung von Agrarexporten. Von diesen Zahlungen profitieren aber nicht nur Landwirte, sondern auch Großkonzerne wie Nestlé oder Müllermilch. Durch die Subventionen konnten diese Firmen die relativ teuren Produkte europäischer Bauern dennoch günstig auf dem Weltmarkt verkaufen. Die Subventionen sind seit Langem umstritten und stehen bei der laufenden Reform der EU-Agrarpolitik auf dem Prüfstand. [mbu]

- ▶ BMELV: www.bmelv.de
- ▶ EU-Agrarpolitik ab 2014: www.ec.europa.eu/agriculture/cap-post-2013/index_de.htm

Lebensmittelverbrauch

EU-Staaten sollen Verschwendung halbieren

■ Der Agrarausschuss des Europäischen Parlaments hat Ende November die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten aufgefordert, die Verschwendung von Lebensmitteln bis 2025 um die Hälfte zu reduzieren.

Derzeit landen in privaten Haushalten und Supermärkten in der EU jährlich fast 50 Prozent Nahrungsmittel in der Abfalltonne, die noch genießbar sind. Gleichzeitig leben fast 79 Millionen Bürgerinnen und Bürger unterhalb der Armutsgrenze und 16 Millionen sind auf soziale Unterstützung angewiesen.

Die Abgeordneten des Agrarausschusses verlangten in ihrer Resolution dringend Maßnahmen, um diese Missstände zu beheben. Weil die Lebensmittelverschwendung alle Ebenen von der Produktion über den Vertrieb bis zum Verbrauch betreffe, müsse die Wirtschaftlichkeit in der gesamten Nahrungskette verbessert werden. Zudem sollte ein Bewusstsein für die Bedeutung von Nahrung geschaffen werden, das bereits in den Schulen beginnen soll, sagte der Berichterstatter Salvatore Caronna (Sozialdemokraten, Italien). [mbu]

- ▶ Resolution: www.kurzlink.de/eu-foodwaste.pdf

Agrarpolitik**Kritischer Agrarbericht 2012**

■ „Zusammen arbeiten – für eine andere Landwirtschaft“ – so lautet der Schwerpunkt des diesjährigen Kritischen Agrarberichts, den das AgrarBündnis im Januar veröffentlicht hat. Darunter versteht das Bündnis von Umwelt-, Tierschutz- und Ökoanbauverbänden die Abkehr von der industriellen Agrarproduktion hin zu einer tier- und umweltgerechten, bäuerlichen Landwirtschaft. Um das zu erreichen, fordern die AutorInnen des Agrarberichts dazu auf, sich in die laufende Reform der EU-Agrarpolitik einzumischen.

Unter anderem warnt der Bericht vor einer bis zu zehnfachen Überproduktion von Geflügelfleisch. Bundesweit seien Ställe für bis zu 36 Millionen Hähnchen geplant. Ein ruinöser Preiskampf auf dem Rücken von Tieren und Umwelt sei zu befürchten. Kritisiert wird auch die Ausgestaltung der Energiewende, die immer mehr zur Bedrohung für die Artenvielfalt auf dem Land werde. Vor allem der Wald werde zum Rohstofflieferanten herabgestuft. Maismonokulturen für die Biogasproduktion verdrängten das artenreiche Grünland und erhöhten den Agrochemieeinsatz. Der Kritische Agrarbericht erscheint seit 1993 jedes Jahr. [mbu, mb]

- ▶ www.kritischer-agrarbericht.de
- ▶ Rezensionen: www.taz.de/!85662
www.fr-online.de/1472780,11465996
www.klimaretter.info/ernaehrung/-/10379

Gentechnikrisiken**Krank durch Gentechnik**

■ Die Gründerin des internationalen Netzwerks Aktion Gen-Klage, Christiane Lüst, hat einen Bericht über Menschenrechtsverletzungen bei der Anwendung von Agrogentechnik in Argentinien beim UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte in Genf eingereicht. Nach der Einführung von Gentechniksorten kam es laut dem Bericht zu zahlreichen Enteignungen und zu

gesundheitlichen Schäden durch verwendete Pestizide. Armut und Hunger hätten zugenommen und viele Kleinbauern ihre Existenz verloren. In dem Bericht fordert Lüst die argentinische Regierung auf, die Lebensbedingungen der durch Agrogentechnik benachteiligten Bevölkerung zu verbessern. [hv]

- ▶ Aktion GEN-Klage, Christiane Lüst, Gauting, Tel. +49 (0)89 / 89311054, E-Mail: christiane.luest@t-online.de, www.stopptgenahrungsmittel.de

Genehmigungsverfahren I**EFSA will sich entflechten**

■ Nachdem die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) wegen möglicher Verflechtungen mit der Industrie anhaltend kritisiert wurde, hat Direktorin Catherine Geslain-Lanéelle angekündigt, solche Interessenkonflikte künftig zu vermeiden. Die EFSA ist unter anderem für die Genehmigung gentechnisch veränderter Pflanzen zuständig. In der Vergangenheit war es immer wieder vorgekommen, dass Mitarbeiter der EFSA kurz nach ihrem Job in der Risikobewertung der Behörde in Biotechnologieunternehmen wechselten oder sogar gleichzeitig die wissenschaftliche und die wirtschaftliche Tätigkeit ausübten. Diese Verquickungen hat der Verein Testbiotech aufgelistet.

Anfang Dezember forderte der Europäische Bürgerbeauftragte Nikiforos Diamandouros die EFSA auf, ihre Regeln und Verfahren zu ändern, um potenzielle Interessenkonflikte durch sogenannte Drehtürfälle (siehe S. 22) künftig zu verhindern. Zuvor hatte Testbiotech eine Beschwerde beim Ombudsmann eingereicht. Der Verein bezweifelt die Unabhängigkeit der Kontrolle von Genpflanzen, wenn EFSA-Mitarbeiter gleichzeitig direkt oder indirekt für die Industrie arbeiten, die diese Pflanzen vermarkten. [mbu]

- ▶ www.efsa.europa.eu
- ▶ Liste: www.testbiotech.de/independence
- ▶ Empfehlungen des Ombudsmanns: www.kurzlink.de/recommend-efsa2011

Genehmigungsverfahren II**EU winkt neuen Genmais und Genbaumwolle durch**

■ Die EU-Kommission hat Ende 2011 vier neue gentechnisch veränderte Pflanzen für den EU-Markt zugelassen: eine Baumwoll- und drei Maissorten, die für Lebens- und Futtermittel verwendet, aber nicht angebaut werden dürfen. Zuvor hatte die Europäische Lebensmittelbehörde (EFSA) die Pflanzen als unbedenklich bewertet. Die EU-Agrarminister konnten sich Mitte Dezember nicht auf eine Zulassung einigen, deshalb ging die Entscheidung zurück an die EU-Kommission. Bisher sind in der EU etwa 40 Pflanzen für die Verwendung in Nahrung und Futter zugelassen. Wenn die Produkte mehr als 0,9 Prozent genmanipulierte Bestandteile enthalten, muss dies gekennzeichnet werden. [mbu]

- ▶ EU-Kommission zu gentechnisch veränderten Nahrungs- und Futtermitteln: www.ec.europa.eu/food/food/biotechnology

Genpflanzenanbau**Französisches Genmaisverbot infrage gestellt**

■ Das oberste Verwaltungsgericht in Frankreich hat Ende 2011 das Anbauverbot für den gentechnisch veränderten Mais MON 810 aufgehoben, das die Regierung in Paris 2008 erlassen hatte. Die Richter folgten damit der Argumentation des Europäischen Gerichtshofs (EuGH), der im September entschied, dass das Verbot auf einer falschen Rechtsgrundlage verhängt wurde. Das französische Agrarministerium habe nicht beweisen können, dass durch den Genmais ein Risiko für die Gesundheit und Natur bestehe. Die französische Regierung kündigte an, das Verbot dennoch aufrechtzuerhalten und alle Möglichkeiten für ein anhaltendes Verbot zu prüfen. Die zuständigen Ministerien für Landwirtschaft und für Umwelt berufen sich auf eine andere Schutzklausel als die vom EuGH mo-

LUST AUF NATUR & Wildnis?

Nationalpark

Wo Mensch und Wildnis sich begegnen



NEU
im oekom
verlag

PROBEABO jetzt anfordern!

Zwei Ausgaben für nur
9 Euro (inkl. Versand)
unter: kontakt@oekom.de

LESEPROBEN für alle, die gleich

mehr über Wildnis, Nationalparks und Großschutzgebiete lesen möchten:
www.oekom.de/nationalpark



oekom
verlag

nierte. Nach wie vor gilt der Anbau von MON 810 als unsicher. Die Maissorte des Gentechnikkonzerns Monsanto ist durch gentechnische Veränderungen besonders resistent gegen bestimmte Insekten, gefährdet aber Schmetterlinge und andere Tiere. Auch die Gesundheitsrisiken sind nicht ausreichend geklärt. Deshalb hatte Frankreich, wie auch Deutschland und andere Länder, den Genmais verboten. Allerdings berief sich Deutschland im Gegensatz zu Frankreich auf eine juristisch einwandfreie Verordnung. [mbu]

- ▶ Gentechnikkritische Organisation Inf'OGM
www.infogm.org/spip.php?article4957
- ▶ Hintergrundinformation MON 810:
www.keine-gentechnik.de

wie seine Kollegen aus den anderen EU-Mitgliedstaaten dafür ausgesprochen, die Landwirtschaft zum Schutz der Biodiversität stärker in die Pflicht zu nehmen. Konkrete Empfehlungen, die in früheren Versionen der Abschlussdokumente im EU-Umweltministerrat standen, seien aber wegen des Widerstands aus Deutschland nicht verabschiedet worden, kritisierte das Europäische Umweltbüro (EEB). NABU-Präsident Olaf Tschimpke appellierte an Bundesagrarministerin Ilse Aigner (CSU), sich 2012 deutlich stärker für eine ökologische EU-Agrarreform einzusetzen. [mbu]

- ▶ Umweltministerrat: www.consilium.europa.eu/media/1379139/st18862.en11.pdf
- ▶ www.eeb.org
- ▶ www.nabu.de

NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

Landwirtschaft

EU-Agrarreform vernachlässigt Artenschutz

■ Die EU-Umweltminister haben Ende 2011 der Biodiversitätsstrategie 2020 der EU-Kommission zugestimmt. Allerdings monieren Umweltverbände, dass darin Empfehlungen für die Reform der EU-Agrarpolitik fehlen. So lobte der Naturschutzbund Deutschland (NABU) zwar die Beschlüsse des Ministerrats zur Rettung der biologischen Vielfalt als wichtiges Signal für die laufenden Reformen in der Europäischen Union. Gleichzeitig habe die Bundesregierung aber verhindert, dass konkrete Maßnahmen zum Erhalt der Artenvielfalt in die Reform der Gemeinsamen europäischen Agrarpolitik (GAP) integriert würden.

Offenbar sind sich das Bundesumweltministerium und das Bundeslandwirtschaftsministerium nicht darüber einig, wie sehr sich der Agrarsektor bei der Bekämpfung des Verlusts der Artenvielfalt bemühen muss. Zwar hat sich Umweltminister Norbert Röttgen (CDU)

EU-Umweltförderung

Künftig etwas mehr Geld für LIFE-Umweltprogramm

■ Die EU-Kommission will für den Natur-, Umwelt- und Klimaschutz in Europa von 2014 bis 2020 jährlich 460 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Umweltverbände halten die Summe für zu gering.

So fordert der Naturschutzbund Deutschland (NABU), dass allein rund 1,5 Milliarden Euro im Jahr in das Umweltförderprogramm LIFE fließen sollen. Das entspricht etwa einem Prozent des EU-Budgets. Die von der Kommission im Dezember vorgeschlagene Summe sieht nur 0,3 Prozent vor. Zum Vergleich: Die Agrar-, Wirtschafts- und Infrastrukturförderung werden weiterhin mit dem Großteil des über eine Billion Euro umfassenden EU-Haushalts unterstützt. Ohne eine Aufstockung des LIFE-Programms bleibe es eine Illusion, das Artensterben in Europa bis 2020 stoppen zu können, hieß es beim NABU.

Gleichzeitig veröffentlichte die EU-Kommission ein Arbeitspapier zur besseren Finanzierung ihres Schutzgebietsnetzes Natura 2000. Der Entwurf enthalte wichtige Hinweise auf die bessere Nutzung

der Agrar- und Strukturfonds zur Erhaltung der biologischen Vielfalt als unserer Lebensgrundlage, sagte Claus Mayr vom NABU. [mbu]

- ▶ LIFE: www.ec.europa.eu/environment/life
- ▶ EU-Kommission zur Finanzierung von Natura 2000: www.kurzlink.de/finance-nat2000.pdf
- ▶ www.nabu.de

Gefährdete Arten

Besorgniserregender Artenschwund in Europa

■ Die Rote Liste der gefährdeten Arten in Europa ist länger geworden. Nach der jüngsten Untersuchung wird ein großer Teil der europäischen Flora und Fauna als gefährdet eingestuft. Die Forscher beobachteten etwa 6.000 Arten der Europäischen Roten Liste. Demnach sind 44 Prozent aller Süßwasserweichtiere vom Aussterben bedroht, ebenso 37 Prozent der Süßwasserfische und 23 Prozent der Amphibien. Ein Fünftel bestimmter terrestrischer Weichtiere fällt ebenso in diese Kategorie wie 19 Prozent der Reptilien, 15 Prozent der Säugetiere und Libellen, 13 Prozent der Vögel, elf Prozent ausgewählter xylobionter, also im Holz lebender, Käfer und neun Prozent der Schmetterlinge. Zudem gelten 467 Arten von Gefäßpflanzen als vom Aussterben bedroht.

„Wenn wir diesen Abwärtstrend nicht ergründen und umgehend handeln, wird der Preis, den wir dafür zahlen werden, möglicherweise sehr hoch sein“, sagte EU-Umweltkommissar Janez Potočnik. Die Europäische Rote Liste ist Teil der Roten Liste der Weltnaturschutzunion (IUCN). Darin werden Arten aufgeführt, die regional vom Aussterben bedroht sind.

Die EU hat im vergangenen Frühjahr eine Biodiversitätsstrategie verabschiedet, mit der der Verlust an biologischer Vielfalt und Ökosystemleistungen in der EU bis 2020 gestoppt werden soll. [mbu]

- ▶ Europäische Rote Liste und Rote Liste der IUCN: www.iucnredlist.org/initiatives/europe

Nationales Naturerbe

Fast 25.000 Hektar mehr

■ Mitte Dezember hat der Haushaltsausschuss des Bundestages beschlossen, gut 24.500 Hektar neue Flächen als Nationales Naturerbe zu sichern. Damit umfasst dessen gesamtes Areal nun 125.000 Hektar. Die aus Naturschutzsicht besonders wertvollen Bundesflächen dürfen nicht privatisiert werden. 2008 wurden bereits 100.000 Hektar gesichert. Bei den zusätzlichen Gebieten handelt es sich fast ausschließlich um ehemalige militärisch genutzte Standorte. Rund 14.000 Hektar davon sollen laut Bundestag der Deutschen Bundesstiftung Umwelt angeboten werden. Die restlichen 11.000 Hektar werden den Ländern, Naturschutzverbänden und Naturschutzstiftungen zur langfristigen Pflege und Entwicklung überlassen.

Zum Nationalen Naturerbe gehören Landschaften, für die Deutschland eine besondere Verantwortung besitzt. Sie sind gekennzeichnet durch Großflächigkeit, Unzerschnittenheit und in weiten Teilen auch unberührte Lebensräume. Mit dem Nationalen Naturerbe werden somit wertvolle Ökosysteme wie Buchen- und Auenwälder, Heidelandschaften sowie gefährdete Arten wie Wildkatze, Seeadler und Fischotter geschützt.

Die Strategieguppe „Naturschutzflächen“ des Deutschen Naturschutzrings (DNR) sieht in dem Beschluss einen Meilenstein. „Nun müssen auch noch die restlichen Flächen gesichert werden“, sagte DNR-Präsident Hubert Weinzierl. Das bisher vorgesehene Kontingent der Flächen, die der Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) unterstehen, ist fast vollständig gerettet. Aber es gebe noch rund 3.000 bis 5.000 Hektar wertvolle BVVG-Flächen in den neuen Bundesländern, die eigentumsrechtlich gesichert werden müssten, sagte DNR-Vizepräsident Leif Miller. Er forderte, auch diese für das Nationale Naturerbe zu berücksichtigen. [mbu]

- ▶ DNR-Strategieguppe Naturschutzflächen, Koordinator Adrian Johst, Erfurt, Tel. +49 (0)179 / 5110449, www.dnr.de

Natura 2000

Mehr Schutzgebiete in Europa

■ Das EU-Netzwerk geschützter Gebiete, Natura 2000, ist um gut 18.000 Quadratkilometer erweitert worden. Die Ausdehnung betrifft vor allem Meeresgebiete, wie die EU-Kommission Ende November mitteilte. 17.000 Quadratkilometer Meeresfläche fallen nun zusätzlich unter den Schutz von Natura 2000. Die Kommission hofft, dass dadurch viele bedrohte Meeresarten besser geschützt werden.

Zu der geschützten Fauna gehören unter anderem Korallen, Meeresschildkröten oder die Mittelmeer-Mönchsrobbe. Auch wertvolle Lebensräume an Land könnten von der Erweiterung des Netzes profitieren, zum Beispiel Torfmoore in Litauen, Salzmarschen in Ungarn und artenreiche Kalktrockenrasen in Italien und Zypern.

Das europäische Schutzgebietsnetz Natura 2000 umfasst rund 26.000 Gebiete, das sind fast 18 Prozent der Landfläche der EU und über 145.000 Quadratkilometer der Meeresfläche. Noch in diesem Jahr soll das Natura-2000-Netz vervollständigt sein. Das Netzwerk von Schutzgebieten nach der Vogelschutz- und der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie wurde aufgebaut, damit die wertvollsten und am stärksten bedrohten Arten und Lebensräume in Europa überleben können. [mbu]

- ▶ Website zur Naturschutzpolitik der EU: www.ec.europa.eu/environment/nature

Vogelschutz

Zugvogelrastplatz an der Adria soll bebaut werden

■ Mitte Januar sollte die Saline von Ulcinj in Montenegro für gut 258 Millionen Euro verkauft werden. Damit droht dem weltweit bedeutenden Feuchtgebiet das Aus. Die Naturschutzstiftung Euronatur befürchtet, dass viele Zugvögel ihren bis zu 5.000 Kilometer langen Flug von Eurasien nach Afrika nicht überleben, wenn sie nicht mehr in der Saline rasten können.

Der Salinenbetrieb gehört zu 75 Prozent der Firma Eurofond, die das 1.450 Hektar große Gelände verkaufen will.

Dies ist laut Euronatur möglich, weil in der aktuellen Version des Raumplans von Montenegro die Ausweisung neuer Schutzgebiete gestrichen wurde. Außerdem sieht der neue Raumplan, in dem ursprünglich eine nachhaltige Entwicklung festgeschrieben war, vor, dass das Salinenareal als Tourismusgebiet genutzt und Unterkünfte gebaut werden können.

Euronatur kritisiert diese Pläne und unterstützt die Petition der montenegrinischen Naturschutzverbände. Darin wird Premierminister Igor Lukšić aufgefordert, die Änderungen im Raumplan wieder zurückzunehmen. Die Saline müsse als wichtige Attraktion für den Tourismus und als bedeutendster Zugvogellandplatz des Landes unter Naturschutz gestellt werden. **[mbu]**

- ▶ www.euronatur.org
- ▶ Petition: www.kurzlink.de/saline-ulcinj-12.pdf

Bodenschutz

Ökoprodukte schonen Böden

■ Zum Weltbodentag am 5. Dezember hat die Verbraucher-Initiative einen sorgsameren Umgang mit Ressourcen angemahnt. Gegen die weltweite Verwüstung und Versalzung der Böden empfiehlt der Verband einen geringeren Fleischkonsum und den Kauf von mehr Produkten aus ökologischer Landwirtschaft. Diese trage durch die Fruchtfolge und den weitgehenden Verzicht auf Mineraldünger und Pestizide dazu bei, dass der Boden sich immer wieder erholen könne.

In der EU liegt der Entwurf einer Bodenrahmenrichtlinie seit fünf Jahren auf Eis, weil unter anderem Deutschland die Verabschiedung blockiert. **[mbu]**

- ▶ Verbraucher Initiative: www.verbraucher.org
- ▶ Argumente für eine Bodenrahmenrichtlinie: www.eu-koordination.de/PDF/arguments-soil-fd
- ▶ umwelt aktuell Spezial Bodenschutz: www.eu-koordination.de/PDF/ua2011-08-spezial

Waldschutz

Pakt gegen illegales Holz

■ Ab 2014 braucht Holz, das von der Zentralafrikanischen Republik in die EU eingeführt wird, einen Nachweis, dass es legal geschlagen wurde. Ende November unterschrieben Vertreter der EU und der Zentralafrikanischen Republik ein entsprechendes Abkommen. Mit dem freiwilligen Partnerschaftsabkommen im Rahmen des EU-Aktionsplans FLEGT sollen europäische VerbraucherInnen die Garantie erhalten, dass Holzprodukte nicht gesetzwidrig produziert wurden. Zudem soll die nachhaltige Holzwirtschaft vor Ort gefördert werden. Fast ein Drittel der Zentralafrikanischen Republik ist von Tropenwäldern bedeckt. Der Holzexport ist für das Land die zweitwichtigste Einnahmequelle. Auf die Holzwirtschaft, die auch der größte private Arbeitgeber des Landes ist, entfallen 40 Prozent der gesamten Exporterlöse. **[mbu]**

- ▶ Hintergrund: www.kurzlink.de/illegal-logging-eu
- ▶ FLEGT-Partnerschaftsabkommen: www.ec.europa.eu/environment/forests/flegt.htm

tel vor der ersten Wärmeschutzverordnung von 1977 gebaut worden.

Nach Angaben der Deutschen Energie-Agentur (Dena) ist der Staat für rund vier Prozent der deutschen Treibhausgasemissionen verantwortlich, wobei der höchste Ausstoß von 70 Prozent in den Kommunen anfällt, weil sie die meisten Gebäude haben. Die Sanierung ist Bestandteil der geplanten Energiewende des Bundes und der Energieeffizienzrichtlinie der EU. Da die kommunalen Kassen vielerorts leer sind, befürchten Experten, dass es lange dauern wird, bis die öffentlichen Immobilien energetisch auf dem neuesten Stand sind. So wurden im vergangenen Jahr Pläne aufgegeben, das Rathaus von Berlin-Zehlendorf zu einem Nullemissionsgebäude zu modernisieren, weil die ursprünglich veranschlagten Kosten von zwölf auf 35 Millionen Euro gestiegen waren. **[mbu]**

- ▶ www.kfw.de
- ▶ www.dena.de

STADT & REGION

Kommunale Energiewende

Gebäudesanierung wird teuer

■ In den kommenden acht Jahren sind etwa 75 Milliarden Euro an Investitionen erforderlich, damit kommunale Gebäude wie Rathäuser, Schulen oder Kindergärten energetisch saniert werden können. Das geht aus einer Studie hervor, die die staatliche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) im Januar veröffentlichte. Mit der Modernisierung soll in den Einrichtungen Energie gespart werden, wie es eine Verordnung aus dem Jahr 2009 vorsieht. 27 Milliarden Euro müssten allein in die Sanierung von Schulen fließen, errechnete die KfW. Insgesamt gebe es rund 300.000 Gebäude der öffentlichen Hand, davon seien drei Vier-

TIERSCHUTZ & ETHIK

Legehennen

Immer noch Hühner im Käfig

■ Seit dem 1. Januar ist es in der Europäischen Union verboten, Legehennen im Käfig zu halten. Aber nicht alle Mitgliedstaaten haben die EU-Richtlinie fristgerecht umgesetzt. Nach Angaben der EU-Kommission sind in zwölf EU-Ländern Betriebe mit Käfighaltung noch nicht umgerüstet, darunter Frankreich, das zu den größten Eierproduzenten Europas gehört.

Die Länder, denen es trotz Fristverlängerung nicht gelungen ist, ihre Legebatterien abzuschaffen, müssen nun mit einem Vertragsverletzungsverfahren rechnen. Die EU-Kommission erwartet von den Mitgliedstaaten, dass keine Eier und eihaltigen Produkte aus unerlaubter Haltung die nationalen Märkte verlassen. Der Deutsche Tierschutzbund bezweifelt stark, dass dies klappt. Es sei nicht abschließend geklärt,

wie mit den illegal erzeugten Eiern verfahren werden solle. Der Verband befürchtet, dass die verbotenen Eier aus den alten Käfigen über Fertigprodukte nach Deutschland gelangen. Die EU-Länder hatten sich nicht auf einen generellen Importstopp für solche Eier einigen können.

Deutschland hat die EU-Regelung bereits vor zwei Jahren umgesetzt und die sogenannte Kleingruppenhaltung eingeführt. Diese bietet zwar den Hühnern einige Zentimeter mehr Platz als der EU-Normkäfig, ist aber mit etwa 800 Quadratzentimetern aus Sicht des Tierschutzbundes keine deutliche Verbesserung für die Tiere, da die Fläche nur etwas größer als ein DIN-A4-Blatt ist. In den bisherigen Käfigen hatte ein Huhn 550 Quadratzentimeter Platz, die EU-Norm sieht 750 vor. [mbu]

- ▶ Richtlinie: www.kurzlink.de/legehennen-rl-eu-99
- ▶ www.tierschutzbund.de

Tierversuche

Studieren geht über sezieren

■ Die Universität Mainz schafft zum Sommersemester die Sezierpflicht im Fach Biologie ab. Die Entscheidung ist eine Reaktion auf den Protest von Studierenden. Diese können nun wählen, ob sie ein Tier präparieren wollen oder nicht. Entscheiden sie sich dagegen, wird dies allerdings im Zeugnis vermerkt.

Auch an anderen Hochschulen gibt es Alternativprogramme für das Studium. So wird an der Uni Hildesheim mit Fertigpräparaten und Gewebeschnitten gearbeitet. Karl-Herbert Schäfer, Professor für Biotechnologie an der Fachhochschule Kaiserslautern, sagte, man müsse kein Tier präparieren, um molekularbiologisch zu arbeiten. Der zuständige Professor für den zoologischen Teil der Lehramtsausbildung Michael Veith sieht dies jedoch kritisch. Lehrer müssten ihren Schülern vermitteln, wie Tiere aufgebaut sind, sagte Veith. Dafür sei es notwendig zu wissen, wie ein Tier im Innern aussehe. [hv]

- ▶ www.kurzlink.de/sezieren

UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

EU-Ratspräsidentschaft I

Gemischte Noten für Polen

■ Eine gemischte Bilanz der polnischen EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2011 hat das Europäische Umweltbüro (EEB) gezogen. Nach Auswertung der „zehn grünen Prüfsteine“ erhielt das Land ein „gut“ für die Verhandlungen zu Phosphaten in Reinigungsmitteln, Seveso III und der Richtlinie über Elektro- und Elektronikaltgeräte (WEEE). Ebenfalls gute oder befriedigende Noten bekam Polen für das Engagement in sogenannten horizontalen Dossiers wie den Vorbereitungen für ein 7. Umweltaktionsprogramm, der internationalen Quecksilberpolitik, den Klimaverhandlungen in Durban und für Rio+20. Sehr schlecht hat die polnische Ratspräsidentschaft laut EEB-Bewertung in den wichtigen Politikfeldern Energie und Landwirtschaft abgeschnitten, geschuldet den starken Eigeninteressen Polens in diesen Bereichen. Die schlechten Noten bei den Schlüsselmaßnahmen zum Schutz der Biodiversität, wie die Finanzierung durch LIFE und eine umweltfreundliche Gestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik, könnten nicht allein den Polen angelastet werden, so das EEB. Die Ratspräsidentschaft habe jedoch seinen Beitrag dazu geleistet, die Vorschläge zur Energieeffizienz- und zur Energiesteuerrichtlinie abzuschwächen und eine zweite Periode des Kyoto-Protokolls zu verhindern. [bv]

- ▶ EEB: www.kurzlink.de/10tests-pl-rating

EU-Ratspräsidentschaft II

Dänische Prioritäten

■ Die dänische Regierung hat im Dezember ihre Pläne für die EU-Ratspräsidentschaft ihres Landes im ersten Halbjahr 2012 vorgestellt. Angesichts der andauernden Finanz- und Schuldenkrise will Dänemark zur „bridge over troubled water“ wer-

den. Auf der Tagesordnung stehen langfristige Politikmaßnahmen: der Mehrjährige Finanzrahmen sowie die Reformen der Agrar-, Fischerei- und Kohäsionspolitik.

Zu den vier grundlegenden Prioritäten der dänischen Präsidentschaft gehört ein „grünes Europa“ mit „grünem Wachstum“, ohne mehr Energie zu verbrauchen. Energiesparen und Energieeffizienz sollen gefördert werden. Wenn die EU langfristig ihren hohen Lebensstandard erhalten wolle, müsse sie auch die Umweltperspektive beachten, sagte Europaminister Nicolai Wammen. Vor allem solle die EU darauf achten, dass die durch Umweltschutz entstehenden Jobs innerhalb ihrer Grenzen entstünden und nicht außerhalb. Außerdem will die dänische Regierung dafür sorgen, dass die EU eine starke Stimme auf dem Rio+20-Gipfel vertritt, der vom 20. bis 22. Juni im brasilianischen Rio de Janeiro stattfinden soll (siehe S 11). Der EU-Umweltministerrat tagt unter dänischer Präsidentschaft am 9. März und 14. Juni.

Die EU-Kommission hat ihren für 2012 geplanten Initiativen eine eigene Internetseite gewidmet. Für jedes einzelne Vorhaben gibt es ein englischsprachiges Dokument, das eine Problemdefinition, Ziele, Optionen, erste Bewertungen sowie geplante weitere Schritte enthält. [jj]

- ▶ Dänische Präsidentschaft: www.eu2012.dk
- ▶ EU-Kommission: www.kurzlink.de/ini-com-2012

EU-Ratspräsidentschaft III

Zehn grüne Prüfsteine für Dänemark

■ Das Europäische Umweltbüro (EEB) hat im Dezember der neuen dänischen EU-Präsidentschaft seine traditionellen grünen Prüfsteine, die 10 Green Tests, überreicht. Zum Ende der Präsidentschaft Ende Juni will die Umweltdachorganisation daran die Fortschritte in der EU-Umweltpolitik messen.

Das EEB fordert die dänische Regierung auf, sich für eine nachhaltige Überwindung der Finanzkrise einzusetzen. Dies ▶

soll durch eine „grünere“ Gestaltung des Europäischen Semesters zur Budgetkoordination sowie durch eine Umweltsteuerreform und den Stopp von umweltschädlichen Subventionen in den nationalen Reformprogrammen geschehen. Zudem soll sich die Präsidentschaft für eine stärkere finanzielle Ausstattung für Natura 2000 und LIFE im Mehrjährigen Finanzrahmen 2014–2020 sowie im Klimaschutz für ein 30-Prozent-Reduktionsziel bis 2020 und für ein verbindliches 20-Prozent-Energieeffizienzziel einsetzen.

Fortschritte erwartet das EEB auch bei der Reduktion von Schwefel in Schiffstreibstoffen, bei der Seveso-III-Richtlinie über Industrieunfälle, beim Geräuschpegel motorisierter Fahrzeuge und in der Luftreinhaltung. Im Chemiebereich sollen sich die Dänen für eine Substitution der besonders besorgniserregenden Stoffe einsetzen und Lösungen für Cocktaileffekte finden, während sie in der Gemeinsamen Agrarpolitik dafür sorgen sollen, dass öffentliche Gelder nur für öffentliche Güter gezahlt werden. Auch bei Ressourcennutzung und -indikatoren erwartet das EEB den Einsatz der dänischen PolitikerInnen für anspruchsvolle Ziele, ebenso für die rechtsverbindliche Umsetzung von EU-Umweltpolitik und für einen „Green-Economy“-Fahrplan im Rio+20-Prozess (siehe S. 11). [bv]

► EEB: www.kurzlink.de/10green-tests-dk

Mehrwertsteuer

Grundlage für EU-Reform

■ Die Europäische Kommission hat im Dezember ein Strategiepapier zu einer Reform der Mehrwertsteuern in der EU vorgelegt. Grenzüberschreitende Transaktionen innerhalb der EU sollen durch ein europaweites Mehrwertsteuersystem vereinfacht, Steuerbefreiungen und ermäßigte Steuersätze überprüft werden. Der Kommission geht es nach eigener Aussage vor allem darum, das Mehrwertsteuersystem „unternehmens- und wachstumsfreundlich“ zu machen. Das Papier enthält jedoch auch umweltpolitisch relevante Vorschläge.

Nach den Plänen der Kommission soll die Mehrwertsteuer im Bestimmungsland (dem Land, in dem der Kunde ansässig ist) beibehalten und auf dieser Basis ein EU-Mehrwertsteuersystem erarbeitet werden. Ermäßigte Mehrwertsteuersätze werden größtenteils abgeschafft – insbesondere bei Produkten und Leistungen mit umweltschädlichen Auswirkungen.

Die von Frankreich und Großbritannien propagierten Mehrwertsteuerermäßigungen für besonders umweltfreundliche Erzeugnisse strebt die Kommission aber offenbar nicht an, obwohl sich das Europäische Parlament im Oktober in einer Resolution dafür starkgemacht hatte.

Eine europaweite Angleichung der Mehrwertsteuersätze will die Kommission für den öffentlichen Personenverkehr herbeiführen. Die Möglichkeit, dass gemeinnützige Organisationen und Kleinunternehmer von der Mehrwertsteuer befreit werden, soll bestehen bleiben.

Das Strategiepapier basiert auf dem im Dezember 2010 veröffentlichten „Grünbuch über die Zukunft der Mehrwertsteuer – Wege zu einem einfacheren, robusteren und effizienteren MwSt-System“ und einer öffentlichen Konsultation dazu. [bv, mb]

► www.europa.eu/rapid (Reference IP/11/1508)

EU-Parlament

Neuer Verhaltenskodex

■ Das Europäische Parlament hat im Dezember mit großer Mehrheit einen neuen Verhaltenskodex für seine Abgeordneten angenommen. Der Kodex enthält Vorschriften und Grundsätze für den Umgang mit externen Kontakten und soll helfen, Interessenkonflikte zu vermeiden. Europaabgeordnete müssen ab diesem Jahr ihre Nebeneinkommen außerhalb des Parlaments sowie Funktionen mit potenziellem Interessenkonflikt in einer Erklärung offenlegen. Darüber hinaus müssen sie jede berufliche Tätigkeit und Mitgliedschaften in Verbänden der letzten drei Jahre vor ihrer Wahl angeben. Der Kodex beinhaltet zudem ein Verbot der Einflussnahme auf

parlamentarische Entscheidungen gegen Bezahlung oder für Gegenleistungen. Die Abgeordneten verlieren ihr Recht, ein Amt im Parlament auszuüben, wenn sie den Kodex nicht einhalten.

Eine neue Studie von Alter-EU, dem Bündnis für Transparenz und Ethikregulierung beim Lobbying in der Europäischen Union, zeigt, dass noch immer hochrangige EU-Beamte ohne Unterbrechung direkt in die Wirtschaft wechseln – trotz eines Verhaltenskodex der EU-Kommission, der das ausschließt. Die Studie beleuchtet die Konsequenzen dieses sogenannten Drehtüreffekts anhand von 15 solcher Wechsel aus den vergangenen Jahren. Alter-EU forderte die EU-Kommission auf, den existierenden Verhaltenskodex zu verschärfen. [bv, tg]

► www.kurzlink.de/ep-verhaltenskodexpm

► www.alter-eu.org/press-releases/2011/11/24/

Zugang zu Dokumenten

Mehr Transparenz gefordert

■ Im Dezember hat das EU-Parlament für mehr Transparenz und einen besseren Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten gestimmt. Die Abgeordneten fordern den Zugang zu Dokumenten auch für alle anderen EU-Institutionen und -Organe. Das Wissen darüber, wie die Mitgliedstaaten im Ministerrat abgestimmt haben, zerstöre auch den medialen Mythos, dass den nationalen Regierungen Entscheidungen aus Brüssel übergestülpt würden, sagte der Berichterstatter Michael Cashman von der britischen Labour Party. Die EU solle in Fragen der Transparenz Vorbild für die einzelnen Mitgliedstaaten werden.

Die EU-Abgeordneten wollen den Begriff „Dokument“ breiter auslegen und künftig Informationen mehr der Öffentlichkeit zugänglich machen. Alle Daten in jeglicher Form (Papier, elektronisch, Audio, Video), die irgendeine Angelegenheit betreffen, die in die Zuständigkeit einer EU-Institution fällt, sollen zukünftig ein „Dokument“ sein. Allerdings können für bestimmte Vorgänge Ausnahmen definiert werden, falls beispielsweise die öffentliche

„Junge Menschen müssen kritisch hinterfragen, was ihnen als ‚Wahrheit‘ suggeriert wird“

Er hat die Antiatombewegung mit begründet, Bücher über die Grenze geschmuggelt und zahlreiche Bürgerinitiativen unterstützt. Der langjährige Vorsitzende der Deutschen Umweltstiftung fordert die Umweltverbände auf, zusammenzurücken und auch öffentlich Druck zu machen. Anders ist die Energiewende nicht zu schaffen, sagt Hans Günter Schumacher.

umwelt aktuell: Herr Schumacher, im November sind Sie für Ihr Lebenswerk mit der Deutschen Naturschutzmedaille geehrt worden. Sie haben zahlreiche Umweltinitiativen mit angeschoben, ebenso die Antiatombewegung oder den „Blauen Engel“: Was ist Ihnen davon im Rückblick besonders wichtig?

Hans Günter Schumacher: Bereits im Jahr 1980 habe ich mich gegen die Nutzung der Atomenergie ausgesprochen und bin konsequenterweise aus einer Partei, deren Vorsitzender sich damals für die Kernenergie ausgesprochen hat, ausgetreten. Ich war mit meiner Entscheidung in guter Gesellschaft, zum Beispiel mit dem damaligen Erzbischof von München-Freising. Ganz wichtig war mir auch, ab Ende der 1980er-Jahre Umwelt- und Schülerbibliotheken in Ost und West mit Natur- und Umweltliteratur auszustatten, auch noch zu Zeiten der DDR. 1991 und 1996 führte die Deutsche Umweltstiftung zwei Schulwettbewerbe durch: „Modelle zur Erprobung, Demonstration und Anwendung alternativer Energietechniken an Schulen – Projekte zur Einsparung von Energie“. Besondere Erfahrungen machte ich in den zwölf Jahren als Mitglied in der Jury des Umweltzeichens Blauer Engel. Hier begegnete ich unter anderem auch Jurymitgliedern, die damals Lobbyarbeit über die Belange von Natur und Umwelt stellten. Das waren Erkenntnisse, die mir in der Folgezeit sehr zugutekamen.

Welcher Erfolg war denn am schwersten durchzusetzen?

Das ist schwer zu sagen – ganz sicher gehören aber unsere erfolgreichen Versuche dazu, auf Schleichwegen Umweltbücher in die ehemalige DDR an Umweltbibliotheken zu bringen.

Meist macht man sich mit Konsequenz nicht nur Freunde. Was war der größte Aufreger bei Ihrem langjährigen Engagement für die Umwelt?

Die unsäglichen öffentlichen Beschimpfungen, Verleumdungen und Diffamierungen meiner Person wie auch anderer Mitstreiter, die für mich unter anderem ein Disziplinarverfahren sowie gerichtliche Auseinandersetzungen zur Folge hatten. Den Namen des Oberstleutnants, der die Anzeige gegen mich wegen

angeblicher Teilnahme an einer Demonstration gegen den Schnellen Brüter in Kalkar erhoben hatte, habe ich nie erfahren. Ich war allerdings nicht bei der Demonstration dabei.

Die von Ihnen mit gegründete Deutsche Umweltstiftung ist von staatlichen Geldern unabhängig. Ist Ihnen das als ehemaligem Regierungsamtsrat besonders wichtig?

Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun. Mein Arbeitgeber hat zu keinem Zeitpunkt versucht, auf meine ehrenamtliche Arbeit Einfluss zu nehmen. Für die Deutsche Umweltstiftung und für mich war es von allem Anfang an sehr wichtig, auf öffentliche Gelder zu verzichten, um politisch, wirtschaftlich und unabhängig sowie ungebunden arbeiten zu können. Seit der Gründung 1982 haben bis heute fast 1.300 Menschen Geld gestiftet. Übrigens sind alle Umweltbewegten, die über Verbandsgrenzen hinweg denken, herzlich eingeladen, dem Stifterkreis mit einem beliebigen Betrag beizutreten.

Sie haben elf Geschwister. Kommt daher Ihr Faible für gemeinschaftliche Aktionen in Bürgerinitiativen?

„Faible“ ist kein Kriterium für Arbeit in Bürgerinitiativen. Was mir meine Familie und die Schulaufenthalte in Internaten mitgegeben haben, sind Selbstständigkeit, Durchsetzungsvermögen, persönliche und unabhängige Mobilität und die Fähigkeit, mich trotz Blindheit im Leben zurechtzufinden.

Aufgrund Ihrer langjährigen Erfahrungen im Umweltbereich: Was würden Sie einem jungen Menschen raten zu tun? Demonstrieren gehen? Geld spenden? Kartoffeln selbst anbauen?

Keiner der drei Vorschläge! Junge Menschen müssen mit offenen Augen durchs Leben gehen und sich unabhängig zu den Themen, die sie interessieren, informieren, kritisch hinterfragen, Erfahrungen sammeln und nicht das von vorneherein übernehmen, was ihnen von gesellschaftlichen Gruppen und Medien – welcher Art auch immer – als „Wahrheit“ suggeriert wird. Sprich: Junge Menschen müssen sich eine unabhängige, eigene Meinung bilden. Wenn sie das schaf-

fen, brauche ich der Jugend nicht zu raten, was sie tun soll, sondern kann sie als erwachsene Menschen akzeptieren und behandeln. Wenn sie sich dann noch dazu entschließen, im Dienste von Natur und Umwelt ehrenamtlich zu arbeiten – was wollen wir mehr?

Der Spiegel hat Sie 1995 als „blinden Seher“ bezeichnet. In diesem Jahr jährt sich der legendäre Rio-Erdgipfel zum 20. Mal. Was halten Sie für die wichtigsten Aufgaben der Umweltpolitik?

Diese Frage ist die schwierigste. Stichworte wie Energiepolitik, Klimawandel, ökologischer Landbau, Verkehr, Europa und so weiter sind zu plakativ als Antwort. Sie zu erläutern, würde zu weit führen. Viel wichtiger ist mir, dass die Naturschutz- und Umweltverbände noch enger zusammenrücken, ihre Stärke öffentlich demonstrieren und noch mehr Druck auf die Politik ausüben, insbesondere auf die derzeit zuständigen Minister wie Röttgen und Rösler. Wenn es diesen nicht gelingt – weil sie es in Wirklichkeit nicht wollen –, die Blockade der Energiekonzerne und der Wirtschaft zu brechen, neue Energietrassen und den Wechsel zu regenerativen Energien durchzusetzen, dann wird neben dem „Restrisiko Atomenergie“ unausweichlich ein weiteres hinzukommen: das „Restrisiko Mensch“.

[Interview: Juliane Grüning]

Hans Günter Schumacher wurde 1934 geboren und schlug nach dem Abitur eine Beamtenlaufbahn ein. Seit 1992 ist er im Ruhestand. Von 1977 bis 2011 war er ehrenamtlich für die Umwelt tätig. Dafür wurde er mit dem Bundesverdienstkreuz, dem Verdienstorden des Landes Rheinland-Pfalz und der DNR-Naturschutzmedaille geehrt.

Kontakt: Tel. +49
(0)6266 / 2379540-0,
E-Mail: info@deutscheumweltstiftung.de,
www.deutscheumweltstiftung.de,
www.umweltstifter.de



Sprit aus der Steckdose

Unsere Metropolen brauchen neue Verkehrskonzepte, unsere Fahrzeuge neue Antriebe. Klimawandel, Rohstoffknappheit und der drohende Verkehrsinfarkt erzwingen einen Wechsel hin zu post-fossilen Energieträgern. Die Lösung heißt: vernetzte Elektromobilität. Sie kann die Bewegungsfreiheit schaffen, die moderne Gesellschaften benötigen. Weert Canzler und Andreas Knie skizzieren den Einstieg in eine neue Mobilität, die eine Verknüpfung von öffentlichen und privaten Verkehrsmitteln erreicht – und das vollständig auf Basis erneuerbarer Energien.

W. Canzler, A. Knie
Einfach aufladen

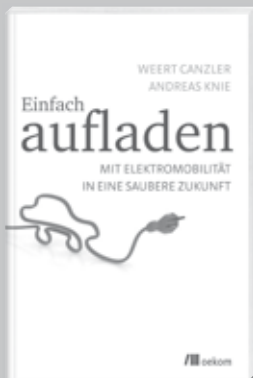
Mit Elektromobilität in eine saubere Zukunft

124 Seiten, Klappenbroschur,
9,95 EUR, ISBN 978-3-86581-270-4



Die guten Seiten der Zukunft

Erhältlich bei www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de



Sicherheit oder Rechte an geistigem Eigentum betroffen sind. Lobbydokumente zur Beeinflussung des Entscheidungsprozesses sollen aber nicht unter diese Ausnahmen fallen, betonten die Abgeordneten. Auch Mitgliedstaaten sollten – abgesehen von den genannten Ausnahmen – kein Vetorecht haben, von ihnen stammende Dokumente unter Verschluss zu halten. Des Weiteren sollen zukünftig neue Klassifikationen dafür gelten, was in der EU als „streng geheim“, „geheim“, „vertraulich“ oder „gesperrt“ bezeichnet werden darf und was nicht. [jg]

► www.kurzlink.de/dokumentenzugang-eu

Öffentliche Beschaffung

Reformprozess beginnt

■ Die EU-Kommission hat im Dezember neue Rechtsvorschriften für die Vergabe öffentlicher Aufträge vorgeschlagen. Die Reform der Gesetzgebung über die europaweite öffentliche Auftragsvergabe stellt eine der zwölf prioritären Maßnahmen der Binnenmarktakte vom April 2011 dar. Zu dem Paket gehört auch eine Richtlinie über Konzessionen. Eine wirksame öffentliche Auftragsvergabe hat für die Mitgliedstaaten in der momentanen wirtschaftlichen Situation Priorität, da öffentliche Auftraggeber jedes Jahr 18 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Dienstleistungen und Bauarbeiten ausgeben.

Die Kommission strebt ein flexibles und benutzerfreundliches Instrumentarium an, das den Behörden und Lieferanten in Europa eine einfache, transparente und wettbewerblich organisierte Auftragsvergabe zum besten Preis-Leistungs-Verhältnis ermöglicht. Die EU-Abgeordneten hatten bereits im Oktober über ihre Vorstellungen für neue EU-Regeln zur Vergabe öffentlicher Aufträge abgestimmt. Die Kommissionsvorschläge müssen nun in Ministerrat und Parlament verhandelt werden. Das soll bis Ende des Jahres im Rahmen der Binnenmarktakte geschehen. [bv]

► www.europa.eu/rapid (Reference: IP/11/1580)

Nachhaltigkeit

Negative Trends in der EU

■ Anfang Dezember hat das Europäische Statistikbüro Eurostat den Monitoringbericht zur Umsetzung der europäischen Nachhaltigkeitsstrategie aus dem Jahr 2001 veröffentlicht. Er visualisiert die Entwicklung durch Wettersymbole.

Insgesamt überwiegen die Regenwolken, also negative Trends, in dem Bericht. Als sehr negativ sind die gleichbleibenden Emissionen des Verkehrssektors sowie der eher steigende Stromverbrauch der Privathaushalte bewertet worden. Auch die Gelder für Entwicklungshilfe müssten wieder steigen, so der Bericht, um das für 2020 formulierte Ziel erreichen zu können. Jedoch gibt es auch einige Fortschritte. So wurde zum Beispiel der Ausbau der erneuerbaren Energien mit dem Sonnensymbol ausgezeichnet: Die EU kann ihr in der Nachhaltigkeitsstrategie festgelegtes Ziel eines 20-prozentigen Anteils von regenerativen Energien am Energiebedarf im Jahr 2020 erreichen, sofern die Steigerungsrate gleich bleibt. Auch das Ziel, den Treibhausgasausstoß bis 2020 um 20 Prozent zu verringern, kann bei anhaltender Entwicklung erreicht werden. Kleinere Verbesserungen wurden auch bei den Indikatoren Armutsrisiko und Langzeitarbeitslosigkeit festgestellt. [tg]

► www.kurzlink.de/monitoringbericht11

VERKEHR & TOURISMUS

EU-Parlament

Verkehr muss klimafreundlicher werden

■ Das Europäische Parlament hat im Dezember den sogenannten Grosch-Bericht verabschiedet. Der Bericht ist die Reaktion auf das Weißbuch Verkehr, in dem die EU-Kommission im März ihre Pläne für einen künftigen einheitlichen europäischen Ver-

kehrsraum vorgelegt hatte (umwelt aktuell 05.2011, S. 2).

„Schluss mit der Schonfrist für den Verkehrssektor – so lautet die zentrale Botschaft des Berichts“, sagte der verkehrspolitische Sprecher der Grünen im Europäischen Parlament Michael Cramer. Der Klimaschutz müsse sofort beginnen. Deshalb verlangte die große Mehrheit der Abgeordneten in Straßburg rechtlich verbindliche Treibhausgassenkungen des Verkehrssektors noch in diesem Jahrzehnt. Denn obwohl der Verkehr für ein Drittel der CO₂-Emissionen verantwortlich sei, habe man ihn im Kyoto-Protokoll ignoriert, monierte Cramer.

Die Kommission hatte bis 2030 lediglich eine Reduktion des Kohlendioxidausstoßes um 20 Prozent gegenüber dem Niveau von 2008 vorgesehen. Das Parlament will eine solche Minderung bereits bis 2020. Damit wäre die Reduktion nicht nur schneller, sondern auch stärker. Denn das Parlament legte Cramer zufolge das Niveau von 1990 zugrunde.

Die EU-Abgeordneten machten auch Vorschläge, wie das Reduktionsziel erreicht werden kann: Die Kommission solle bis 2014 einen Entwurf präsentieren, wie die externen Kosten aller Verkehrsträger in die Gesamtkosten miteinberechnet werden. Damit würde die Benachteiligung der umweltfreundlichen Verkehrsträger endlich beendet, so Cramer. Immer noch zahlt beispielsweise die klimaschonende Bahn Energiesteuern und im internationalen Verkehr auch Mehrwertsteuern, während der Luftverkehr von beiden Steuern ausgenommen ist. [mbu]

- ▶ „Fahrplan zu einem einheitlichen europäischen Verkehrsraum“:
www.kurzlink.de/grosch-bericht-2011
- ▶ www.michael-cramer.eu

Abgasnormen

Grenzwerte für Motorräder

■ Der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des EU-Parlaments hat sich im Dezember dafür ausgesprochen,

strengere Grenzwerte für den Schadstoffausstoß von Mopeds, Motorrädern und Quads einzuführen. Damit sie umweltfreundlicher fahren, soll für Mopeds und Motorroller ab 2016 die Euro-3-Abgasnorm gelten, sagte Berichterstatter Wim van de Camp (Konservative, Niederlande). 2016 treten auch die Euro-4- und die Euro-5-Norm für schwerere Motorräder in Kraft, die heute schon der Euro-3-Norm unterliegen. Für 2020 ist die noch strengere Euro-6-Norm geplant.

Zudem verabschiedete der Binnenmarktausschuss neue Regeln, um die Sicherheit von Zweirädern zu verbessern. Der Resolutionsentwurf wird nun dem EU-Ministerrat vorgelegt, bevor er zur ersten Lesung ins Europäische Parlament geht. [mbu]

- ▶ Resolutionsentwurf:
www.kurzlink.de/motorcycle-emissions

Verkehrsverlagerung

Mehr Waren auf die Schiene

■ Deutschland hat ein großes Potenzial zur Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene. Das ergaben Forschungen des EU-Projekts Flavia, das Transportstrukturen untersucht, damit die Logistik in Mittel- und Südosteuropa verbessert werden kann.

Während der Güterverkehr mit Zügen in Österreich und Schweden einen Marktanteil von mehr als 30 Prozent hat und die Schweiz sogar über 64 Prozent erreicht, kommt Deutschland lediglich auf 18 Prozent. In der Broschüre „Die Bahn bringt's“ sind für Deutschland Beispiele aufgelistet, wie Großunternehmen die Schiene in ihr Logistikkonzept eingebunden und wie viele Lkw-Fahrten sie damit gespart haben. Die Broschüre veröffentlichten Flavia und die Allianz pro Schiene im Dezember. Mitarbeiter des Flavia-Projekts sammeln solche Beispiele zurzeit in sieben europäischen Ländern.

Für EU-Verkehrskommissar Siim Kallas beweist dies, „dass die Eisenbahn bei den Verladern zunehmend als interessante

Alternative zum Lkw angesehen wird, die bei Qualität und Preis mithalten kann“. Im neuen EU-Weißbuch Verkehr ist daher auch eine deutliche Steigerung des Gütertransports mit der Bahn vorgesehen: Mehr als die Hälfte des Frachtverkehrs soll bis 2050 auf Strecken über 300 Kilometer von der Straße auf die Schiene sowie auf Wasserwege verlagert werden. [mbu]

- ▶ Broschüre: www.kurzlink.de/die-bahn-bringt.pdf
- ▶ EU-Projekt Flavia: www.flavia-online.de
- ▶ www.allianz-pro-schiene.de

Güterverkehr

Riesen-Lkws mindern Frachtlieferungen per Bahn

■ Die Einführung von überlangen Lkws in Europa hätte einen spürbaren Rückgang des Güterzugverkehrs zur Folge. Das ergab eine Studie von K+P Transport Consultants und dem Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung. Im Auftrag der Gemeinschaft der Europäischen Bahnen untersuchten die Autoren der Studie über ein Jahr lang den Frachtverkehr auf fünf europäischen Verkehrskorridoren.

Mehr als 35 Prozent der Verkehrsleistung des Eisenbahneinzelwagenverkehrs würden zurück auf die Straße verlagert. Auch der kombinierte Verkehr Straße – Schiene wäre von der Zulassung der überlangen Lkws betroffen. Er würde laut den Gutachtern mehr als zwölf Prozent seiner Transportleistung verlieren.

In einigen deutschen Bundesländern ist ab diesem Jahr ein Feldversuch mit den bis zu 25,5 Meter lang Riesen-Lkws erlaubt. Dagegen wollen die Bundestagsfraktionen von SPD und Grünen vor dem Bundesverfassungsgericht klagen. Während der deutsche Verband der Automobilindustrie (VDA) den Versuch befürwortet, sind Umwelt- und Verkehrsverbände dagegen. [mbu]

- ▶ Kurzfassung der Studie:
www.kurzlink.de/gigalinerstudie.pdf
- ▶ www.allianz-pro-schiene.de

Verborgene Beziehungen der Natur

Warum regnet es unter manchen Bäumen trotz wolkenlosem Himmel? Warum tragen Erlensamen »Schwimmwesten«? Josef H. Reichholf beantwortet diese und andere ungewöhnliche Fragen. Er erzählt vom ewigen Wandel der Natur und macht bekannt mit dem Kosmos unserer Wild- und Kulturpflanzen, in dem es so viel zu entdecken gibt: Orchideen, die durch filigrane Schönheit locken, Bruchwälder, in denen der Erbkönig sein Unwesen trieb. Ein Buch wie ein Sommerspaziergang, eine grandiose Hommage an die Natur.

J. H. Reichholf

Das Rätsel der grünen Rose und andere Überraschungen aus dem Leben der Pflanzen und Tiere

336 Seiten, Hardcover mit Schutzumschlag, 19,95 Euro, ISBN 978-3-86581-194-3



Die guten Seiten der Zukunft

Erhältlich bei www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de



WASSER & MEERE

EU-Fischereisubventionen I

Beihilfen künftig nachhaltig?

■ Die EU-Kommission hat Anfang Dezember ihren Vorschlag für den neuen Meeres- und Fischereifonds (EMFF) veröffentlicht. Der Fonds soll den bisherigen Fischereifonds ersetzen und für den Zeitraum von 2014 bis 2020 mit 6,5 Milliarden Euro ausgestattet werden. Er soll sowohl die Ziele der neuen Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) als auch der Integrierten Meerespolitik der EU umsetzen. Für die meerespolitischen Ziele sind allerdings nur knapp sieben Prozent des Fonds vorgesehen. Die Mittelvergabe soll künftig an die Ziele der neuen GFP gebunden sein, also nur noch bei Einhaltung der Regeln durch Mitgliedstaaten und Unternehmen erfolgen. Ziel des neuen Fonds ist laut Kommission die Förderung „intelligenter“, „grüner“ Fischerei und Aquakulturen sowie der Abbau der Überkapazitäten im Fischereisektor. Da sich die Förderung des Abwrackens von Schiffen zu diesem Zweck nicht bewährt habe (siehe die folgende Meldung), setze der Fonds nun auf andere Mittel. Darunter ist die Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen zur Einkommensdiversifizierung für EhepartnerInnen von FischerInnen.

Umweltverbände begrüßten die nachhaltigere Ausrichtung der Fischereisubventionen grundsätzlich. Das Bündnis Ocean2012 forderte, die Kopplung der Vergabe von Beihilfen an Nachhaltigkeitskriterien im nun folgenden Gesetzgebungsprozess nicht zu verwässern. Der Umweldachverband BirdLife Europe äußerte Besorgnis, dass unter dem Deckmantel von gut gemeinten Verbesserungen weiterhin umweltschädliche Praktiken mit EU-Geldern gefördert werden könnten. So sei die Förderung selektiverer Fischertechniken zwar zu begrüßen, sie dürfe aber nicht als Vorwand für die Modernisierung von Schiffen dienen, die Fischbestände zum kommerziellen Aussterben brächten.

Die Reform des Fischereifonds ist Teil

des Reformpakets zur GFP, das die Kommission im Sommer 2011 vorgelegt hat. Rat und EU-Parlament sind gleichberechtigt am Reformprozess beteiligt. [am]

- Kommission: www.kurzlink.de/com-fish-subs12
- OCEAN2012: www.kurzlink.de/ocean12duhpm
- DNR-Steckbrief zu den wichtigsten Inhalten der „neuen“ GFP: www.kurzlink.de/dnrgfpsteck.pdf

EU-Fischereisubventionen II

Unwirtschaftlicher Fischereifonds

■ Der Europäische Rechnungshof hat im Dezember einen Bericht veröffentlicht, in dem er untersucht, ob der EU-Fischereifonds dazu beiträgt, die Flottenkapazitäten zu reduzieren, sodass sie in einem Gleichgewicht mit den Fischbeständen stehen. Das Urteil der Studienautoren über die Wirtschaftlichkeit des Fonds ist vernichtend: Die Maßnahmen zur Verringerung der Fangkapazitäten hätten keinen Erfolg gezeigt. Flottenüberkapazitäten seien weiter einer der Hauptgründe für die Überfischung der europäischen Fischbestände. Der Fischereifonds soll die Gemeinsame Fischereipolitik (GFP) der EU finanziell unterstützen. Er umfasste von 2007 bis 2013 insgesamt 4,3 Milliarden Euro.

Der Rechnungshof kritisierte sowohl den Ordnungsrahmen als auch die Gestaltung der Maßnahmen zur Anpassung der Fangkapazitäten. Außerdem spiegelten die geltenden Definitionen der Fangkapazitäten nicht mehr das wirkliche Fangpotenzial der Fischereifahrzeuge wider. Die überschüssige Fangkapazität sei weder definiert noch quantifiziert. Als Konsequenz legten die Autoren Verbesserungsvorschläge vor, die die Effektivität des Fonds im Zuge der GFP-Reform steigern sollen. So solle etwa die Kommission effektive Grenzwerte für die Flottenkapazität festlegen. Die Mitgliedstaaten sollten darauf achten, dass Investitionen an Bord nicht die Fangkapazität von Schiffen erhöhen. [am]

- Bericht (engl.): www.kurzlink.de/erhfischber.pdf

Fangquoten

Unwissenschaftliche Fischereiminister

■ Die EU-FischereiministerInnen haben im Dezember die Fangquoten für EU-Gewässer für 2012 festgelegt. Zu 80 Prozent liegen die beschlossenen Quoten erneut – und zum Teil sehr deutlich – über dem Niveau, das von der EU-Kommission vorgeschlagen wurde. Unter anderem hatte die Kommission ein Fangverbot für den Kabeljau im Fanggebiet Kattegat in der Ostsee empfohlen, die MinisterInnen konnten sich aber nur auf eine 30-prozentige Verringerung der Fangquoten gegenüber 2011 einigen. In einigen Fällen votierten sie auch für Erhöhungen, zum Beispiel beim Eberfisch. Hier hatte die Kommission eine Verringerung der Fangquoten um 15 Prozent empfohlen – die MinisterInnen beschloßen hingegen eine Steigerung um ganze 148 Prozent.

Das Bündnis Seas At Risk kritisierte die Entscheidungen des Fischereiministerrats als Verhöhnung der offiziellen Bemühungen um eine nachhaltigere EU-Fischereipolitik. „Die MinisterInnen haben weiterhin die Illusion, dass Überfischung irgendwie Arbeitsplätze erhalten wird“, sagte Monica Verbeek, Geschäftsführerin bei Seas At Risk. „Diese Ignoranz gegenüber wissenschaftlichem Rat untergräbt die Zukunft der Fischereiindustrie und verheißt nichts Gutes für die Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik.“ [am]

- ▶ Fischereirat: www.kurzlink.de/pmfrat127031.pdf (vollständige Liste der Fangquoten ab S. 9)
- ▶ Seas At Risk: www.kurzlink.de/seas-risk-191211

Fischereiabkommen

Keine EU-Trawler vor Marokko

■ Das Europäische Parlament hat im Dezember in einer knappen Abstimmung gegen die Fortführung des Fischereiabkommens zwischen EU und Marokko gestimmt und die EU-Kommission aufgefordert, einen überarbeiteten Vorschlag vor-

zulegen. Unmittelbare Konsequenz aus der Ablehnung ist, dass mehr als 100 spanische Fischdampfer vorerst nicht mehr in marokkanischen Gewässern fischen dürfen.

Hintergrund der Ablehnung durch die EU-ParlamentarierInnen sind hohe Kosten für die EU, die jährlich 36 Millionen Euro an Marokko für Fanggenehmigungen zahlt. Außerdem, so die Abgeordneten, trage das Abkommen in seiner jetzigen Form stark zur Überfischung der lokalen Bestände bei. Weiterhin fehlten Anzeichen, dass die EU-Gelder der Bevölkerung der Westsahara zugutekämen. Die Europäischen Grünen forderten, dass ein neuer Vorschlag der Kommission die Gewässer der Westsahara ausschließen müsse, da Marokko keine Rechte über diese habe. Marokko hält die Westsahara seit 1976 besetzt.

Die Ablehnung eines Fischereiabkommens durch das EU-Parlament ist bisher noch nie vorgekommen. Die EU-Fischereiminister sprachen sich einige Tage nach dem Parlament ebenfalls für die Abschaffung des Abkommens in seiner bisherigen Form aus. [am]

- ▶ Parlament: www.kurzlink.de/ep-eu-mor-fish-1211
- ▶ EU-Grüne: www.kurzlink.de/efa-eu-mor-fish
- ▶ Rat: www.kurzlink.de/counc-morocco-1211

Wasserrahmenrichtlinie

Bundesregierung taucht ab

■ Die aus Sicht der EU-Kommission unvollständige Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) in Deutschland beschäftigt nun auch den Bundestag. In einer Kleinen Anfrage der Grünen ging es Ende November darum, wie die Bundesregierung auf ein Mahnschreiben der Kommission von Ende September reagieren will. Aus der Antwort geht hervor, dass es dazu noch keinen Beschluss gibt. Die Frist zur Reaktion auf das Schreiben der Kommission ist damit von der Bundesregierung überschritten worden. Die Grünen-Sprecherin für Verbraucherpolitik Nicole Maisch kritisierte die abwartende Haltung der Bundesregierung vor dem Hintergrund, dass voraussichtlich weniger

als 20 Prozent der Oberflächengewässer in Deutschland das Ziel der WRRL erreichen werden, bis 2015 einen guten ökologischen Zustand aufzuweisen.

Die Kommission hält die Umsetzung der WRRL in Deutschland für unvollständig, weil die Politik der Kostendeckung, die die Richtlinie für Wasserdienstleistungen vorschreibt, in Deutschland nur für die Trinkwasserversorgung und die Abwasserbehandlung gilt, nicht aber für die Wasserentnahme zur Kühlung von Industrieanlagen, die Bewässerung in der Landwirtschaft, die Einschränkung von Oberflächengewässern für die Schifffahrt, den Hochwasserschutz, die Stromerzeugung durch Wasserkraft sowie für den industriellen, landwirtschaftlichen und privaten Gebrauch von Brunnen. [am]

- ▶ Antwort der Bundesregierung: www.kurzlink.de/buregwrrlantw1111
- ▶ Nicole Maisch: www.kurzlink.de/maisch-wrrl1211

WIRTSCHAFT & RESSOURCEN

Ressourcenverbrauch

Europäisches Bündnis fordert Ressourcendeckel

■ Drei europäische Umweltorganisationen haben ein Bündnis für einen „Ressourcendeckel“ gegründet. Wenn die derzeitigen Muster der Ressourcennutzung nicht geändert würden, könnten die Staaten nicht auf einen Weg der Nachhaltigkeit finden, erklärten die Organisationen CEEweb, ANPED und Ecologistas en Acción bei der Vorstellung der Resource Cap Coalition (RCC) im Dezember in Brüssel. Hintergrund ist die von kritischen WissenschaftlerInnen und Umweltgruppen vertretene These, dass Maßnahmen zur Effizienzsteigerung nur Erfolg haben können, wenn der absolute Verbrauch beschränkt wird (umwelt aktuell 07.2011, S. 28).

Die Koalition sucht nun weitere Organisationen in Europa, die sich für eine ab-

solute Begrenzung der Ressourcennutzung einsetzen. Mit dieser Forderung will sich die Resource Cap Coalition auch an den Debatten zum Rio+20-Gipfel beteiligen (siehe S. 11). [mb]

► www.ceeweb.org/rcc

Rohstoffsituation

Wieder mehr Importe

■ Im Dezember hat die Deutsche Rohstoffagentur (Dera) den Rohstoffsituationsbericht 2010 vorgelegt. Er zeigt das Verhältnis zwischen importierten und selbst produzierten Rohstoffen. Der Rohstoffexport ist laut dem Bericht im Vergleich zu 2009 stark angestiegen und liegt damit etwa wieder auf dem Niveau von 2006 und 2007. Insgesamt hat Deutschland im Jahr 2010 Rohstoffe im Wert von 17,7 Milliarden Euro selbst produziert. Importiert wurden Rohstoffe im Wert von 109,3 Milliarden Euro. Hier fielen die höchsten Importausgaben für Energierohstoffe und Metalle an.

In dem Bericht heißt es weiter, dass Recycling mittlerweile einen wichtigen Platz bei der Versorgung mit Rohstoffen einnehme, da dadurch die Importabhän-

gigkeit gemindert werden könne. Das sei für Deutschland mit seiner 100-prozentigen Importabhängigkeit für Metallerze und -konzentrate wichtig. 2010 stammten in der deutschen Raffinade- und Rohstahlproduktion 43 Prozent des Kupfers und 44 Prozent des Rohstahls aus sekundären Rohstoffen. Bei Aluminium waren es 60 und bei Blei 69 Prozent. Die Dera sieht in der wachsenden Rohstoffnachfrage in Entwicklungs- und Schwellenländern eine „Herausforderung“. Die deutsche Industrie müsse sich deshalb um „besser abgesicherte Lieferketten bis in den primären Rohstoffsektor“ bemühen. [tg]

► Rohstoffsituationsbericht (PDF, 176 S., 18 MB):
www.kurzlink.de/dera-2010.pdf

Ressourceneffizienz

EU-Roadmap geht den Mitgliedstaaten zu weit

■ Die Umweltminister der EU-Mitgliedstaaten geben Umweltkommissar Janez Potočnik keine volle Unterstützung für den „Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa“. Das machten die Minister bei ihrem Ratstreffen im Dezember deutlich.

Die EU-Kommission hatte im September ihre Ressourceneffizienz-Roadmap vorgelegt, die eine „Vision“ für nachhaltiges, materialeffizientes Wirtschaften bis 2050 enthält. Nach den Vorstellungen Potočniks sollen bis 2013 Indikatoren entwickelt werden, um dann Effizienzziele vorschlagen zu können. Doch das geht den meisten Staaten schon zu weit. So sprachen sich Großbritannien und Bulgarien gegen konkrete Effizienzziele aus und auch Deutschland und die Niederlande äußerten sich kritisch. Das Schlussdokument des Umweltministerrats enthält vor allem unverbindliche Formulierungen. Potočnik zeigte sich enttäuscht.

Unternehmerverbände hatten vor höheren Kosten gewarnt, falls es zu verbindlichen Effizienzvorgaben komme. Demgegenüber betonte der rohstoffpolitische Sprecher der Grünen im EU-Parlament Reinhard Bütikofer, Ressourceneffizienz mache die Industrie wettbewerbsfähiger.

Umweltverbände halten bereits den Ressourceneffizienzfahrplan für zu schwach und befürchten, dass dieser nun noch weiter verwässert werden könnte. Der NABU hatte Bundesumweltminister Röttgen vor der Ratssitzung an sein erklärtes Ziel erinnert, Deutschland zum „Ressourceneffizienzweltmeister“ zu machen. Die Finanz- und Wirtschaftskrise biete auch umweltpolitische Chancen, sagte NABU-



Umfassende Informationen zur europäischen Umweltpolitik bietet die EU-Koordination des Deutschen Naturschutzinges:

EU-Tagespolitik, Hintergründe, Stellungnahmen, Termine und Kontakte.

Nutzen Sie unser Serviceangebot:

- Newsletter zur EU-Umweltpolitik
- Terminvorschau
- Brüsseler 1×1: Wie funktioniert die EU?
- Adressen von NGOs und ExpertInnen
- Themenhefte und Hintergrundpapiere
- Factsheets und Steckbriefe

Mehr Informationen:
Tel. +49 (0)30 / 678177570
E-Mail: eu-info@dnr.de
oder im Internet:
www.eu-koordination.de



Ressourcenexpertin Ulrike Meinel. Diese müssten aber auch ergriffen werden. Der NABU stellte eine Internetseite vor, die den „ökologischen Rucksack“ verschiedener Produkte errechnet.

Bereits im November hatte der Umweltausschuss im EU-Parlament die Diskussion über den Ressourceneffizienzfahrplan eröffnet. Parlamentsberichtersteller Jan Gerben Gerbrandy stellte einen ersten Berichtsentwurf vor. Darin begrüßt er den umfassenden Ansatz der Kommission, kritisiert aber die vorgesehenen Instrumente und Maßnahmen als vage und nicht ausreichend. Außerdem fordert der niederländische Linkliberale, bereits existierende Indikatoren für Abfall, Luftqualität, Wasser und Land zu nutzen, auch wenn für ein vollständiges Indikatorenset noch Arbeit notwendig sei. Der Umweltausschuss soll im März über Gerbrandys Bericht abstimmen, im Mai gefolgt vom Plenum.

Laut einer im Dezember veröffentlichten Untersuchung des Südwind-Instituts für Ökonomie und Ökumene entsprechen die Rohstoffstrategien der EU wie auch Deutschlands weitgehend „einem Forderungspapier der Industrie“. Der ungehinderte Zugang zu den Rohstoffen stehe im Vordergrund, während entwicklungspolitische Aspekte unter den Tisch fielen, sagte die Autorin der Studie, Irene Knoke. **[mb, am]**

- ▶ Ausführlicher Bericht, alle Dokumente: www.kurzlink.de/euractiv-5769
- ▶ Gebrandy-Report: www.kurzlink.de/gerbrandy.pdf
- ▶ Studie: www.kurzlink.de/suedwind-rohstoffe

Öko-Innovation

„Grünes“ Wachstum fördern

■ Die EU-Kommission hat im Dezember einen Aktionsplan für Öko-Innovationen veröffentlicht. Damit will sie Innovationen fördern und marktfähig machen, die die Umweltbelastungen verringern. Der Öko-Innovationsplan baut auf dem Aktionsplan für Umwelttechnologie (ETAP) von 2004 auf und ist der Leitinitiative Innovationsunion der Europa-2020-Strategie zugeord-

net. Er setzt bei Forschung und Industrie sowie bei politischen und finanziellen Instrumenten an. Gesetzliche Bestimmungen betrachtet der Plan als Triebfeder für Öko-Innovationen, deshalb sollen die Umweltrechtsvorschriften überprüft werden. Gezielte Aktivitäten in allen Wirtschaftszweigen sollen ebenso helfen wie Anreize für die private und öffentliche Beschaffung sowie durch Normung. **[bv]**

- ▶ www.europa.eu/rapid (Reference IP/11/1547)

Umweltsteuern

Gut für Umwelt und Bürger

■ Mit drei neuen Studien setzt sich die Europäische Umweltagentur EEA für die Einführung von Ökosteuern in den Mitgliedstaaten der EU ein. Dies könne – sofern die Steuereinnahmen richtig ausgegeben würden – nicht nur der Umwelt nützen, sondern auch neue Arbeitsplätze schaffen und den BürgerInnen höhere Einkommen bringen. Der EEA zufolge zeigte sich auch, dass die Verwendung der ökologischen Steuereinnahmen zur Reduzierung von Einkommensteuern und Sozialabgaben führen kann. **[UWD, mb]**

- ▶ www.kurzlink.de/eea-studien

Green Economy

Ohne Frauen ist schlecht wirtschaften

■ Fünf Frauenorganisationen haben ein „grundsätzliches Umdenken“ in der Wirtschaftspolitik gefordert. In einem Diskussionspapier rufen die Leitstelle Gender, Umwelt, Nachhaltigkeit (Genanet), der Deutsche Frauenrat, die Katholische Frauengemeinschaft, der Frauenpolitische Rat Brandenburg und der Verband deutscher Unternehmerinnen dazu auf, aktiv an einer Neuorientierung des Wirtschafts- und Lebensmodells mitzuarbeiten. Die „vielfältigen produktiven, überwiegend

von Frauen erbrachten Care-Leistungen“ müssten ebenso anerkannt werden wie die Produktivität der ökologischen Natur. Hier gebe es erhebliche Leerstellen in der Debatte um „grünes“ Wirtschaften – die gleichwohl im Grundsatz zu begrüßen sei. Das Projekt „Green Economy: Gender_Gerecht“ begleitet die Vorbereitungen für den Weltgipfel Rio+20 im Juni (siehe S. 11). **[jg]**

- ▶ www.genanet.de/greeneconomy.html

Nachhaltigkeitsberichte

Firmen verheimlichen Daten

■ Die Nachhaltigkeitsberichte einiger der weltgrößten Konzerne enthalten regelmäßig falsche Daten und unterschlagen wesentliche Informationen. Das ergab eine Studie der Universität Leeds und der Euronormed Management School in Marseille. Mehr als 4.000 Berichte wurden untersucht – nur ein Bruchteil enthielt korrekte Angaben. „Wenn man in Finanzberichten einfach einen Teil der unternehmerischen Aktivitäten geheim halten würde, wäre das ein Skandal. In Nachhaltigkeitsberichten dagegen ist das gängige Praxis“, sagte der an der Studie beteiligte Dozent für Unternehmensverantwortung an der Universität Leeds, Ralf Barkemeyer.

Die Wissenschaftler aus Leeds kündigten die Veröffentlichung einer weiteren Studie an, derzufolge zahlreiche europäische Unternehmen fehlerhaft über ihre Treibhausgasemissionen Bericht erstatten. Eon etwa habe, so Barkemeyer, „einen eleganten Weg gefunden, ein Kraftwerk mit einem Jahresausstoß von 2,5 Millionen Tonnen verschwinden zu lassen“.

Barkemeyer kritisierte CSR-Rankings wie die des Beratungsunternehmens KPMG: „Nur sehr wenige Kriterien, die in diesen Rankings verwendet werden, haben etwas mit den tatsächlichen Auswirkungen des Unternehmenshandelns auf Umwelt und Gesellschaft zu tun.“ **[em]**

- ▶ Dr. Ralf Barkemeyer, Tel. +44 (0)113 / 3437485, E-Mail: r.barkemeyer@leeds.ac.uk
- ▶ www.leeds.ac.uk/news/article/2696/

THEMA

Der Deutsche Nachhaltigkeitskodex – ein Appell an Unternehmen

Wie misst man die Fortschritte von Firmen, die sich für Nachhaltigkeit engagieren, und wie vergleicht man die Ergebnisse? Zwei Jahre hat es gedauert, bis 20 standardisierte Indikatoren für den Nachhaltigkeitskodex entwickelt waren. Nun können sich Unternehmen freiwillig einer Überprüfung unterziehen und ihre Erfolge und Entwicklungen auf einer Internetplattform zur Debatte stellen. Verbindlich ist das Ganze allerdings nicht.

■ Nach einem zweijährigen Dialogprozess mit diversen Akteuren hat der Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) im vergangenen Oktober den Deutschen Nachhaltigkeitskodex (DNK) verabschiedet. Auf Empfehlung der Bundesregierung können Unternehmen freiwillig mit den neuen Transparenzstandards ihre unternehmerische Nachhaltigkeit mess- und vergleichbar darstellen. Im Sinne des Drei-Säulen-Modells versteht der RNE Nachhaltigkeit als gleichrangige Berücksichtigung von ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten mit dem Ziel, die Umwelt und den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu erhalten und die wirtschaftliche Entwicklung im eigenen Land, aber auch international voranzubringen.

„Menschliche Bedürfnisse erfüllen“

Der Nachhaltigkeitskodex wurde auf Basis der 1987 von der Brundtland-Kommission geprägten Definition entwickelt: „Dauerhaft ist eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu

riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können. [...] Im Wesentlichen ist nachhaltige Entwicklung ein Wandlungsprozess, in dem die Nutzung von Ressourcen, das Ziel von Investitionen, die Richtung technologischer Entwicklung und institutioneller Wandel miteinander harmonisieren und das derzeitige und künftige Potenzial vergrößern, menschliche Bedürfnisse und Wünsche zu erfüllen.“

Global Compact als Vorbild

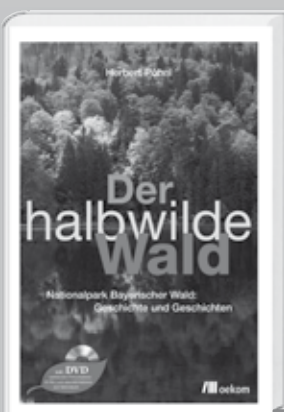
Voraussetzung für die Entwicklung des Nachhaltigkeitskodex war, dass die Bedeutung von Umwelt, Gesellschaft und Unternehmensführung für die Akteure in den Finanz- und Kapitalmärkten für ihre Unternehmensanalyse und die Finanzmarktentscheidungen wächst. Dadurch entwickelte sich ein Interesse an der Messbarkeit der Unternehmensperformance durch nicht finanzielle Indikatoren.

Der Nachhaltigkeitskodex soll durch die Standardisierung anhand ausgewähl-

ter Leistungsindikatoren (Key Performance Indicators) zu einer höheren Relevanz sowie einer besseren Bewertbarkeit und damit Vergleichbarkeit von Nachhaltigkeitsmanagement führen. Die standardisierten Mindestanforderungen des Nachhaltigkeitskodex beinhalten 20 grundsätzliche Kriterien, die sich in vier Bereiche – Strategie, Prozessmanagement, Umwelt, Gesellschaft – untergliedern lassen.

Inhaltlich knüpft der Kodex an die Prinzipien des UN Global Compact, die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen und den Leitfaden ISO 26000 an. Bei den Instrumenten orientiert er sich an den Berichterstattungsstandards G3 der Global Reporting Initiative und den Berichtsstandards des europäischen Analystenverbandes EFFAS.

Als Zielgruppen für den Nachhaltigkeitskodex sieht der RNE große wie kleine Unternehmen mit und ohne existierende Nachhaltigkeitsberichterstattungen, kapitalmarktorientierte Unternehmen und solche, die andere Anspruchsgruppen über



Wildnis im Bayerischen Wald

»Ja wie schaut denn das aus?« Quer verkeilt liegen silbergraue Fichten, undurchdringliche Astgerippe, dazwischen ragen junge Bäume heraus, ein neuer Wald entsteht. Das ist er, der Nationalpark Bayerischer Wald: Ein Wald im Umbau, im Werden. Ein halbwilder Wald – um den es seit über 40 Jahren Konflikte gibt. Herbert Pöhl berichtet von Kämpfen und Widerständen, von Erfolgen und Begeisterung – und von der Schönheit dieser wilden Waldnatur.

H. Pöhl

Der halbwilde Wald

Nationalpark Bayerischer Wald: Geschichte und Geschichten

272 Seiten, Hardcover, inkl. DVD: spektakulären Filmaufnahmen, weiterführende Artikel sowie Faltblätter zu Wanderungen und Angeboten im Park, 19,95 Euro, ISBN 978-3-86581-250-6
Erhältlich bei www.oekom.de, oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft



ihre unternehmerischen Nachhaltigkeitsleistungen informieren wollen.

Interesse an Nachhaltigkeit wächst

Die Berücksichtigung von Nachhaltigkeit auf dem Kapitalmarkt werde, so der RNE, durch den Kodex besonders begünstigt. So sollen Finanzanalysten und Investoren eine Impulsgeberfunktion mit Hebelwirkung durch den Nachhaltigkeitskodex erhalten, indem sie Nachhaltigkeitsinformationen in ihre Analyse von Chancen und Risiken einbeziehen. Der Deutsche Nachhaltigkeitskodex könne eine Bewertungsgrundlage für Portfoliomanagement, bei Unternehmensanleihen, in der Kreditvergabe und bei Anlegerinformationen anbieten. Damit stelle der Kodex eine Ergänzung der Berichterstattung nach nationalen und internationalen verbindlichen Rechnungslegungsstandards dar. Durch erhöhte Transparenz sollen Chancen und Risiken für Unternehmen besser erkennbar und damit proaktiv gemanagt werden. Kapitalflüsse könnten in zukunftsfähige Geschäftsmodelle gelenkt werden und somit zu Wettbewerbsvorteilen führen.

Jährliche Überprüfung der Wirksamkeit

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung will eine internationale Transparenzplattform errichten, auf der die Unternehmen ihre Entsprechungserklärungen zusammenfassen und Fortentwicklungen kommunizieren können. Außerdem wird der Nachhaltigkeitsrat eine jährliche Dialogveranstaltung zur Überprüfung des Nachhaltigkeitskodex und seiner Wirksamkeit auf dem Markt durchführen.

Insgesamt ist festzustellen, dass der Deutsche Nachhaltigkeitskodex auf der europäischen Ebene und den globalen Märkten zwar eine wichtige und bisher allein stehende Referenz für das nachhaltige Wirtschaften darstellt, aber durch seine Unverbindlichkeit bestenfalls als Appell an die Unternehmen zu betrachten ist.

[Ines Jentsch]

- ▶ Deutscher Naturschutzring, Projekt Nachhaltigkeitsstrategie/Ökologische Gerechtigkeit, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-84, E-Mail: ines.jentsch@dnr.de, www.nachhaltigkeits-check.de

AUS DEN VERBÄNDEN

Unterschriftenaktion

Initiative für nachhaltige europäische Ratingagentur

Die Deutsche Umweltstiftung hat eine Initiative für eine Europäische Nachhaltige Ratingagentur (ENRA) gestartet. Etwa 300 Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, gewerkschaftlichen und kirchlichen Kreisen sowie der Zivilgesellschaft unterstützen das Vorhaben, darunter der frühere Bundesminister Heiner Geißler, Ernst Ulrich von Weizsäcker, Vizechef des International Resource Panel der Vereinten Nationen, sowie der Präsident der österreichischen Bundesarbeitskammer Herbert Tumpel. Begleitet wird das ENRA-Projekt durch ein Steering Committee aus führenden ökologisch orientierten Finanzunternehmen: EthikBank, ForestFinance-Gruppe, MAMA AG, NFN AG und Triodos Bank.

Ratingagenturen bewerten die Kreditwürdigkeit von Staaten, Unternehmen, Banken und Wertpapieren. Je schlechter die Bewertung der Bonität ausfällt, desto teurer und schwieriger wird es für die Schuldner, am Kapitalmarkt neues Geld zu beschaffen. Die Einstufung der Agenturen ist jedoch nicht transparent. Fehler in der Einstufung haben zur Finanzmarktkrise beigetragen. Ratingagenturen bewerteten beispielsweise Ramschpapiere als sichere Geldanlage und überhörten Warnsignale bei der US-Immobilienkrise. Die drei führenden Ratingagenturen haben ihren Sitz in den USA und bilden ein intransparentes Monopol ohne Wettbewerb.

Die ENRA-Initiative bemängelt, dass die bisherigen Ratings weder nachhaltig noch fair oder transparent sind. „Sie haben falsche Maßstäbe, die die Armut steigern, die Natur zerstören und die Realwirtschaft wie Staaten ruinieren“, heißt es in der Erklärung, die im Internet unterschrieben werden kann.

[bv]

- ▶ www.enra.deutscheumweltstiftung.de

EHRENAMT

DNR-Ehrenamtsstatistik

Ihr Engagement 2011

Um die außerordentlichen Leistungen der vielen engagierten UmweltschützerInnen überall in Deutschland besser dokumentieren zu können, hat der Deutsche Naturschutzring (DNR) einen neuen Fragebogen ausgearbeitet. Wie viele Stunden waren Sie und Ihre Organisation im vergangenen Jahr für den Natur-, Arten- und Tierschutz, für Umweltbildung, Politik, Kampagnenorganisation und andere wichtige Bereiche tätig? Die Zahlen dienen dazu, den verantwortlichen EntscheidungsträgerInnen schwarz auf weiß vor Augen zu führen, wie viel Engagement die DNR-Mitgliedsverbände aufbringen, das letztlich der Solidargemeinschaft zugutekommt. Der Fragebogen kann im Internet heruntergeladen und von den Verbänden vervielfältigt und verteilt werden. Die gesammelten Ergebnisse sollen spätestens Ende Juni in der DNR-Geschäftsstelle eintreffen, damit sie dort ausgewertet werden können.

[jg]

- ▶ Deutscher Naturschutzring, Dr. Helmut Röscheisen, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-99, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de/downloads/fragebogen-ehrenamt.pdf

Neues Netzwerk

Bundesweit debattieren über Bürgerbeteiligung

Das von der Stiftung Mitarbeit initiierte Netzwerk Bürgerbeteiligung hat seine Internetaufbau- und Diskussionsplattform fertiggestellt. Eine Aufbaugruppe von 15 Personen unter Mitwirkung des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) entscheidet in der Anfangsphase über die thematischen Schwerpunktsetzungen. Grundlage sind die Anregungen von den NetzwerkerInnen und aus den Projekten, die unter

dem Dach des Netzwerks angesiedelt werden. Zurzeit gibt es drei Oberthemen:

- ▶ Kommunen – Länder – Bund
- ▶ Demokratieentwicklung von unten
- ▶ Strategieentwicklung

Diese gliedern sich jeweils in mehrere Unterthemen. [BBE, jg]

- ▶ www.netzwerk-buergerbeteiligung.de

Broschüre

Zivilgesellschaftliche Selbstorganisation im Verein

■ Das Vereins- und Verbandswesen hat sich in den letzten Jahren verändert, nachdem ExpertInnen vor zehn Jahren einen Strukturwandel des Ehrenamts diagnostiziert hatten. Auch der demografische Wandel und die neuen Möglichkeiten durch das interaktive Web 2.0 hatten dabei einen erheblichen Einfluss. Der Autor Thomas Röbbke analysiert aus dem Blickwinkel der historischen Vereinsforschung, ob in naher Zukunft weitere tiefgreifende Veränderungen zu erwarten sind. Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement empfiehlt den Grundsatztext auf seiner Internetseite. [jg]

- ▶ www.kurzlink.de/bbe-art-roebke (PDF, 42 S.)

Bundesfreiwilligendienst

Mehr Geld für Arbeitslose

■ Die Aufwandsentschädigung für Langzeitarbeitslose, die am Bundesfreiwilligendienst teilnehmen, ist angehoben worden. Bisher bekamen Arbeitslosengeld-II-Empfänger 60 Euro zusätzlich zu Wohn- und Heizkosten und dem Regelbedarf von 374 Euro, wenn sie als Bundesfreiwillige arbeiteten. Im Januar ist dieser Betrag auf 175 Euro gestiegen, was etwa dem Mehreinkommen durch sogenannte Ein-Euro-Jobs entspricht. Die Ein-Euro-Jobs sollen in diesem Jahr weiter zurückgefahren werden. [tg]

Europäisches Freiwilligenjahr

Was bleibt?

■ Die im Jahr 2011 für die nationale Koordination des Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit zuständigen Stellen haben bei einer EU-weiten Abschlussveranstaltung im Dezember in Warschau ein gemeinsames Papier zur Nachhaltigkeit der Aktivitäten und Maßnahmen des Freiwilligenjahres verabschiedet. Die „Warsaw Declaration for Sustainability of Action on Voluntary Activities and Active Citizenship“ kann im Internet heruntergeladen werden. [jg]

- ▶ www.ejf2011.de/fileadmin/media/EJF/eyv2011follow-up_NCBs.pdf

PREISE UND AUSSCHREIBUNGEN

Aufruf

Aktionstag Nachhaltigkeit

■ „Übernehmen wir Verantwortung für Nachhaltigkeit!“ Unter diesem Motto ruft der Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) zum Deutschen Aktionstag Nachhaltigkeit am 4. Juni auf. Anlass ist die Ende Juni in Rio de Janeiro stattfindende Weltkonferenz für nachhaltige Entwicklung „Rio+20“ (siehe S. 11). Mit dem 1992 in Rio de Janeiro entwickelten Konzept Agenda 21 entwickelten 172 Staaten ein Leitbild für Nachhaltigkeit, um die Ziele des Umweltschutzes und der wirtschaftlichen Entwicklung zusammenzuführen.

Die Projekte des deutschen Aktionstages sollen ein Zeichen für gelebte Nachhaltigkeit setzen. Die Bundesregierung will mit dem Aktionstag über ein extra berufenes Beratungsgremium vorbildliche Nachhaltigkeitsinitiativen ins Rampenlicht rücken und so eine „Botschaft nach Rio“ senden. „Es bedarf nicht der einen großen Idee, sondern Vielfalt und Entschlossenheit sind gefragt“, heißt es im Aufruf. „Lassen Sie uns gemeinsam beweisen, dass Nachhaltigkeit möglich ist und dass jeder dazu

beitragen kann.“ Eine zentrale Internetseite steht für Projektideen zur Verfügung. [ij]

- ▶ www.aktionstag-nachhaltigkeit.de
- ▶ RNE, Eike Meyer, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 408190-171, Fax -22171, E-Mail: eike.meyer@nachhaltigkeitsrat.de, www.nachhaltigkeitsrat.de

Ausschreibung

Nachhaltigkeitspreis

■ Für den Nachhaltigkeitspreis 2012 der Biobrauerei Neumarkter Lammsbräu werden Privatpersonen, Nonprofitorganisationen, Unternehmen und Medienschaffende gesucht, die sich für die Mitwelt, für faire Wirtschaftskreisläufe oder für Projekte zur Bewahrung und Förderung der (Ess-)Kultur einsetzen. Lammsbräu-Inhaber Franz Ehrnsperger gewann 2001 den Deutschen Umweltpreis. Das Preisgeld investierte das Unternehmen in eine wasser- und energiesparende Flaschenwaschmaschine. Die Einsparungen daraus in Höhe von 10.000 Euro jährlich werden als Preisgeld für den Nachhaltigkeitspreis ausgelobt. Der Preis wird in diesem Jahr bereits zum elften Mal vergeben. Bis zum 31. März werden Bewerbungen entgegengenommen. [tg]

- ▶ www.lammsbraeu.de

Fotowettbewerb

Natur pur gewinnt

■ Die Naturschutzstiftung EuroNatur veranstaltet zum 19. Mal einen Naturfotowettbewerb. Die schönsten oder aussagekräftigsten Fotos von Tieren, Pflanzen oder der Natur in Europa können bis zum 31. März an EuroNatur geschickt werden. Die Gewinnerfotos werden in einem Wandkalender, in der Zeitschrift Natur+Kosmos, dem EuroNatur-Magazin und auf den Internetseiten der Veranstalter veröffentlicht. [hv]

- ▶ EuroNatur, Angie Rother, Radolfzell, Tel. +49 (0)7732 / 9272-24, E-Mail: info@euronatur.org, www.euronatur.org/fotowettbewerb

REZENSIONEN

Gemeinsam leben – eine Kunst

Auf dem Festival „Über Lebenskunst“ haben sich KünstlerInnen aus aller Welt im letzten Sommer mit Utopien für die Zeit nach der Krise beschäftigt. Wie die jetzt erschienene Textsammlung zeigt, sind es oftmals gerade die Umwege, die in Krisenzeiten weiterführen.



■ Nachhaltigkeit ist ein Thema, das längst alle Grenzen sprengt, weil unser Lebensstil globale Auswirkungen hat. Der Klimawandel ist in vollem Gange, die Ressourcen schwinden, die USA und der reiche Norden

Europas sind für enorme Treibhausgasemissionen verantwortlich, die dem Planeten buchstäblich den Atem rauben.

Lebenskunst wird in den nächsten Jahrzehnten also Über-Lebenskunst. Ihr war im vergangenen Sommer im Haus der Kulturen der Welt in Berlin ein ganzes Festival gewidmet. Dabei ging es sowohl um die künstlerische Betrachtung des Themas als auch um unseren Alltag, der sich verändern muss. Die bunte Mischung reichte vom Flaschenpfand über Konsumverzicht, Ökolandbau und Bienenvölker, über Trinkwasser aus der Spree und Energiegewinnung per Fahrrad-„Disko“ bis zu einer regionalen Vorratskammer und holländischem Salat, der im Wasser wächst.

Die Anthologie „Über Lebenskunst: Utopien nach der Krise“ liefert dazu nun einen intellektuellen, philosophischen und literarischen Hintergrund. Die Zukunft unserer Zivilisation steht auf dem Spiel – welche Perspektiven hat der Mensch, um zu überleben? Autoren und Philosophen aus 19 Ländern suchen nach Antworten. Die Beiträge aus Russland und Afrika, Indonesien und Haiti, Frankreich, der Türkei und Australien, China und den USA zeigen sehr unterschiedliche Perspektiven und Betroffenheiten. Es geht um die ökonomischen und ökologischen Auswirkungen wachsender Naturzerstörung, die sozialen Folgen von Tsunamis und anderen Naturkatastrophen, um Korruption und soziale

Verantwortung, Ölpreis und Nahrungsmittelkrisen.

Die Prognosen sind manchmal düster: „Es wird weder Sieger noch Besiegte geben – die ganze Welt wird ins Verderben stürzen. Keine Arche mehr, kein Noah“, schreibt der französische Philosoph Michel Serres und sieht doch Chancen des Überlebens: in anderen Techniken, einer anderen Wirtschaftsweise und einer anderen Politik, die in einen „Naturvertrag“ münden könnte.

Der russische Autor Michail Schischkin weiß, dass Menschen keinen Sinn für Ökologie haben, wenn sie ums nackte Überleben kämpfen müssen: „Ökologische Probleme werden in Russland von existentielleren Sorgen verdrängt.“ Schischkin beklagt die Unfähigkeit zu aktiver Opposition: „In meinem Land sterben nicht nur Tier- und Pflanzenarten aus, sondern die menschliche Art selbst.“

Auf eine gemeinsame Nord-Süd-Ethik hofft der Schriftsteller Louis-Philippe Dalembert aus Haiti. Seine Kritik gilt der technologischen Dominanz des Nordens und einem Lebensstil in den Industrienationen, von dem die Menschen im Süden nur träumen können. Und der chinesische Dichter Liao Yiwu, dessen Werke in der Volksrepublik verboten sind, findet in der Weisheit des Laozi (Laotse) Perspektiven für die Zukunft.

Die Beiträge liefern rationale Erklärungen und historische Analysen, sie verbinden kulturelle Traditionen mit der Suche nach einer neuen Gemeinsamkeit des Zusammenlebens, die in ein kosmopolitisches Weltbewusstsein münden muss. Denn die Grenzen des Wachstums sind längst erreicht.

[Christiane Schwalbe]

► Narbutovic, K.; Stemmler, S. (Hrsg.): Über Lebenskunst. Utopien nach der Krise. Suhrkamp, Berlin 2011, 390 S., 11,95 €, ISBN 978-3-518-46273-7. www.ueber-lebenskunst.org

Eine andere Entwicklung

In der außergewöhnlichen Studie „Beyond Developmentality“ untersucht der Ökologe Debal Deb, worauf es beim Abschied vom industriellen Wachstum ankommt.



■ Die Industriegesellschaft ist uns längst nicht mehr selbstverständlich. Zu deutlich ist die ökologische und soziale Not. Kritik an unserer Lebensweise hat es dennoch schwer: Der

Fortschritt habe nun mal seinen Preis, heißt es. Und nur er befähige uns, die Not zu überwinden.

Dieses Vertrauen in den Fortschritt ist für Debal Deb Ausdruck der „developmentality“. Der indische Ökologe kennzeichnet dieses Entwicklungsdenken als Einstellung, „die Überfluss mit Entwicklung gleichsetzt, Entwicklung in Begriffen des Bruttonationaleinkommens-Wachstums misst und Entwicklung als Bestimmung der Kultur begreift“ (Übersetzungen: D. K.). Wer diese Maßstäbe infrage stelle, werde leicht verdächtigt, den Völkern ein besseres Leben vorenthalten zu wollen und insbesondere technische Errungenschaften zu verwerfen.

Diesem Missverständnis möchte Deb zuvorkommen. Sein Hauptargument lautet, das industrielle Wachstum sei geeignet, das vorzeitige Ende der Menschheit einzuleiten – durch Zerstörung der grundlegenden Ökosysteme des Planeten. Die Auseinandersetzung mit vorindustriellen Gesellschaften könne uns dagegen zu einer Kultur anregen, die den Wohlstand weltweit mehr, auf industrielles Wachstum aber verzichte. Dies erfordere einen Wandel auch in Wissenschaft und Technik, nicht jedoch deren Aufgabe.

Der Autor wurde 1961 im damaligen Kalkutta geboren. Er promovierte in Ökologie und arbeitet seit 15 Jahren freiberuflich. 1997 gründete er in Westbengalen eine unabhängige Tauschbank für altes

Reissaatgut. Die Eröffnung einer Farm folgte fünf Jahre später. Dort werden seitdem 700 bedrohte Reissorten bewahrt.

Die neun Kapitel des Buches zerlegen Entstehung und Wirkung des herrschenden Entwicklungsideals und entwerfen Alternativen. Der Autor prüft vor allem Beiträge aus Ökologie, Umweltgeschichte, Ethnologie und Ökologischer Ökonomie. Von seinen eigenen Forschungen profitieren die Passagen zur Forst- und Landwirtschaft und zum ökologischen Wissen indigener Gemeinschaften. Aufschlussreich sind Referate zum Eurozentrismus, zur technisch-militärischen Expansion des Westens und zu den Unzulänglichkeiten des ökonomischen Modells vom rationalen Nutzenmaximierer.

Deb untersucht zahlreiche Einrichtungen, mittels derer indigene Gemeinschaften die nachhaltige Nutzung ihrer Umwelt überliefern konnten, zum Beispiel Schonzeiten, Jagdtabus und heilige Haine. Charakteristisch sei, so der Autor, dass dieses „traditionelle ökologische Wissen“ auf gemeinschaftlichen Entscheidungen beruhe. Einer übermäßigen Bereicherung Einzelner auf Kosten von Umwelt und Gemeinschaft werde so vorgebeugt. Eindrucksvoll schildert Deb, wie die Industrialisierung diese Einrichtungen verdrängt – zugunsten einer profitorientierten Nutzung natürlicher Ressourcen.

Deb empfiehlt jedoch nicht, vorindustrielle Lebensweisen schlicht zu kopieren. Er prüft Institutionen, mit deren Hilfe eine „lebendige Demokratie“ traditionelle ökologische Einsichten umsetzen kann: Umweltbildung, ökologische Ethik, bürgerliche Verantwortung, Generationengerechtigkeit und die gemeinschaftliche Verwaltung der Ressourcen – ohne staatliche und private Einmischung.

Industrielle Modelle eines „nachhaltigen Wachstums“ weist Deb zurück. Im Mittelpunkt stehen stattdessen Überlegungen, den Verbrauch erneuerbarer Ressourcen an deren Wachstum zu koppeln, während nicht erneuerbare Ressourcen unangetastet bleiben müssen. Am Beispiel traditioneller Landwirtschaft zeigt Deb, wie eine solche „Nullwachstumswirtschaft“ möglich ist – bei Gewährleistung der Nahrungssicher-

heit. Er stellt weitere Schritte vor, um den Wandel einzuleiten, beispielsweise die Förderung „kleiner Wissenschaft“, die lokal arbeitet und mit geringen finanziellen und materiellen Mitteln auskommt.

Beeindruckend sind nicht in erster Linie die Befunde und Vorschläge, die uns teils geläufig sind. Wahrhaft originell ist, wie konsequent und detailliert Deb den „Mythen und Fehlentwürfen“ unseres Entwicklungsdenkens folgt. Dabei bleiben Fragen offen: Wohl zeichnet Deb vielversprechende Alternativen, und seine Beschreibung der Kräfteverhältnisse in Gesellschaft, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft ist ausgewogen. Sie eignet sich als Grundlage, um unseren Übergang in eine ökologische Gesellschaft näher zu besprechen. Doch diese Fragen stehen im Hintergrund. Dazu passt, dass Deb seinen eigenen Entwurf lediglich zwanglos „ökosozialistisch“ nennt. Das betont die Rolle der gemeinschaftlichen Ressourcenverwaltung; eine politische Zuordnung ist es nicht.

Deb hält fest, es gehe ihm „gewiss nicht“ darum, den „künftigen Kurs globaler Entwicklung“ umfassend vorzuzeichnen. Vielmehr wolle er eine begriffliche Grundlage schaffen für einen Wandel in der Developmentality. Diese Offenheit können wir als Einlösung seines demokratischen Anspruchs begrüßen. Denn wir haben gelernt, Prognosen zu misstrauen, die alle kulturelle Praxis unerbittlich ihren Imperativen unterzuordnen suchen. Der Philosoph Konrad Ott fordert für die Umweltethik, sie „sollte in analytischer, nicht in missionarischer Einstellung betrieben werden“. Wer diesen Anspruch teilt, findet in Debal Deb einen beeindruckenden, einen wichtigen Gesprächspartner. Er verfolgt sein Thema radikal und sachlich. Und mit tiefer Anteilnahme.

[Dino Kosjak]

► Deb, D.: Beyond Developmentality. Constructing Inclusive Freedom and Sustainability, Earthscan, London 2009, 605 S., 30,99 €, ISBN 978-1-84407-711-3. www.kurzlink.de/developmentality
Überarbeitete Auflage in Vorbereitung.

Eine Langfassung dieser Rezension ist unter www.kurzlink.de/kosjak zu finden.

Do it yourself



Alle Welt zeigt auf die Treibhausgasemissionen. Die Zukunft sieht düster aus. Von Umweltschutz reden viele, doch kaum jemand tut etwas. Viel zu bequem sind Fortschritt und Luxus der Er-

sten Welt. Von Menschen, die sich aufrufen und etwas Neues ausprobieren, handelt dieses Buch. Annette Jensen, frühere Wirtschafts- und Umweltredakteurin der Taz, berichtet von Einzelnen, Gruppen und Vereinen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz, die eine besondere Idee hatten – und den Mut, diese auch umzusetzen. Sie kommen aus den Bereichen Energie, Verkehr, Produktion, Landwirtschaft und Finanzen und haben unterschiedliche Motivationen: Die einen wollen lediglich ihre Idee verwirklichen, andere durch Energie-sparmaßnahmen Geld sparen oder sich Unabhängigkeit von Großkonzernen verschaffen und wieder andere haben tatsächlich den Umweltschutz und das Allgemeinwohl im Sinn.

So investierte ein Rentner viel Geld, um den Bau seines Hauses energieeffizient zu gestalten. Im Sommer produziert nun die Fotovoltaikanlage auf dem Dach so viel Strom, dass fast die Hälfte davon ins öffentliche Netz eingespeist werden kann. Eine Dorfgemeinschaft in Baden-Württemberg wollte nicht für jeden Einkauf zehn Kilometer weit zum nächsten Geschäft fahren und gründete einen genossenschaftlichen Laden mit Produkten aus der Region. Ein Agraringenieur beschreibt, wie er die nährstoffreiche Terra preta aus Küchenabfällen, Holzkohle und Fäkalien selbst herstellt. Das sind nur drei von über 90 Initiativen, die in dem Buch vorgestellt werden.

Jensen schreibt in einer Mischung aus Theorie mit vielen Informationen und praktischer Umsetzung. Die Autorin beeindruckt mit viel Wissen und genauen Recherchen, die im Quellenverzeichnis nachvollziehbar sind. Dabei ist das Buch

sehr verständlich formuliert. Zahlreiche Infokästen mit Links zu Do-it-yourself-Seiten, Kontakten, Hintergrundinformationen und Tipps ermöglichen es, sich über die Lektüre hinaus mit einem Thema zu beschäftigen.

Dieses Buch macht Mut für die Zukunft. Es kann doch anders gehen, als uns Politik und Großkonzerne weismachen wollen. Ökologisch richtig zu leben ist gar nicht so schwer. Das Buch liefert einige Ideen – für die Umsetzung ist jeder selbst verantwortlich. **[Hanna Vlasák]**

- ▶ Jensen, A.: *Wir steigern das Bruttosozialglück. Von Menschen, die anders wirtschaften und besser leben.* Herder, Freiburg 2011, 240 S., 16,95 €, ISBN 978-3-451-30404-0

„Klimakiller Kuh“ war gestern

Hohe Mobilität und große Anpassungsfähigkeit zeichnen die Familie der Rinderartigen aus. Indem sie ihre ökologischen Nischen behaupten, tragen sie erheblich zu den „Ökosystemdienstleistungen“ bei, die heute selbst von Ökonomen entdeckt werden – und langsam in die Gedankenwelten wirtschaftspolitischer Entscheidungsträger vordringen. **[ifak]**

- ▶ Goldau, A. u. a.: *Zur Natur- und Kulturgeschichte der Rinderartigen. Kritische Ökologie Spezial,* Göttingen 2011, 40 S., 10,- €, ISSN 0945-106X. Bezug: www.kurzlink.de/bovidae

Umweltökonomische Daten

Neue Daten und Analysen zu den Wechselwirkungen zwischen Wirtschaft und Umwelt enthält der Bericht des Statistischen Bundesamts zu den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen 2011. Das Werk sowie ein zugehöriger Tabellenband sollen Datengrundlagen für eine handlungsorientierte Umweltpolitik liefern. **[mb]**

- ▶ Statistisches Bundesamt (Hrsg.): *Umweltnutzung und Wirtschaft. Bericht zu den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen.* Wiesbaden 2011, 152 S. Download: www.kurzlink.de/ugr-2011

INTERNET

Europas Lärmpegel

Daten zu Lärmpegeln in Europa hat die Europäische Umweltagentur (EEA) zusammengestellt: Die neue Seite „Eye on Earth“ enthält neben lärmbezogenen Daten (NoiseWatch) auch Daten zu Wasser- und Luftverschmutzung (WaterWatch, AirWatch). Eye on Earth veröffentlicht soziale Daten, die sich auf die menschliche Gesundheit und auf die Umwelt beziehen. 164 europäische Städte sollen darin abgebildet werden. Da das Medium interaktiv ist, sind auch BürgerInnen aufgefordert, Daten zur Verfügung zu stellen. **[jg]**

- ▶ <http://network.eyearth.org>

Risiken von Gentech-Pflanzen

Das Münchener Institut Testbiotech führt die Datenbank PlantGeneRisk über Risiken von gentechnisch veränderten Nutzpflanzen, die in der EU zugelassen sind oder kurz vor der Zulassung stehen. Diese Datensammlung ist jetzt erstmals frei zugänglich. Sie bietet Informationen über bisher neun Genmais- und vier Gensojasorten. Bis jetzt haben 38 Gentechnipflanzen EU-Zulassungen als Lebens- und Futtermittel erhalten. **[mb]**

- ▶ www.testbiotech.de/database

Transparente Klimafinanzierung

Eine neue Website informiert über den deutschen Beitrag zur Finanzierung internationaler Klimaschutz- und -anpassungsmaßnahmen. Regelmäßig werden Artikel zur Klimafinanzierung und zu neuen Entwicklungen bei den UN-Klimaverhandlungen veröffentlicht, bei denen die finanzielle Unterstützung für die armen Länder eine wichtige Rolle spielt. Oxfam, Brot für die Welt, Germanwatch und die Heinrich-Böll-Stiftung wollen mit der gemeinsamen Seite zu mehr Transparenz beitragen. **[tg]**

- ▶ www.deutscheklimafinanzierung.de

Impressum

umwelt aktuell Februar 2012
ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e. V., Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177570, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de

Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich [hjh] (Deutschland, verantwortw.), Bjela Vossen [bv] (Europa und Internationales, verantwortw.). **Redaktion:** Matthias Bauer [mb], Juliane Grüning [jg], Marion Busch [mbu], Eric Janáček [ej], Stefanie Langkamp [sl], Antje Mensen [am]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Teresa Gross [tg], Hanna Vlasák [hv], Susanne Graf [sg], Franziska Lindner [fl], Eva Mahnke/klimaretter.info [em], Kristin Palitza/Inter Press Service [IPS]; Christiane Schwalbe/veggiday.de, EU-Umweltbüro des Umweltdachverbandes [UWD]. **Service:** Matthias Bauer. **ökopädNEWS:** siehe S. 40

Kontakt: Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-82, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

Schlusskorrektur: Gotlind Blechschmidt, Augsburg
Fotos: DLR (Titel), David Ausserhofer (S. 7). **Grafik/DTP:** Matthias Bauer, Juliane Grüning. **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Druck auf 100 % Altpapier

Erscheinungsweise: monatlich am Monatsanfang
Redaktionsschluss: 10. des vorhergehenden Monats

Abonnements/Bestellungen/Probeabos: Rhenus Medien Logistik GmbH & Co. KG, D-86899 Landsberg am Lech, Tel. +49 (0)8191 / 97000-608, Fax -405, E-Mail: oekom@de.rhenus.com, www.oekom.de

Anzeigen: oekom verlag, Stefanie Ott, München, Tel. +49 (0)89 / 54418435, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion beziehungsweise des Herausgebers wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.



TERMINE

FEBRUAR

04.02., Münster (D)
**Internationale
 Urankonferenz 2012**
 ► www.
 urankonferenz2012.de

06.02., Berlin (D)

Transformatives Wissen schaffen.

Auftaktveranstaltung Wissenschaftsjahr 2012

► Verbund für Nachhaltige Wissenschaft (NaWis),
 E-Mail: wissenschafts-jahr2012@wupperinst.org,
 www.kurzlink.de/veranstaltung-nawis

07.–08.02., Bonn (D)

**LIFE+. Das Förderprogramm für Umweltprojekte
 der Europäischen Union.** Tagung

► Bundesumweltministerium, Holger Galas,
 Tel. +49 (0)228 / 9930526-23,
 E-Mail: holger.galas@bmu.bund.de, www.bmu.de

07.–08.02., Berlin (D)

**Ökologisch verträglich, sozial gerecht und
 ökonomisch zukunftsfähig. Strukturwandel für
 eine Green Economy.** Kongress

► Forum Umwelt und Entwicklung, Claudia Kabel,
 Tel. +49 (0)30 / 6781775-74,
 E-Mail: c.kabel@forumue.de, www.forumue.de

08.02., Oranienburg bei Berlin (D)

**Biologische Vielfalt in Fluss- und
 Seenlandschaften.** Workshop

► NABU, Alexander von Schilling, Berlin,
 Tel. +49 (0)30 / 284984-1954, Fax -3954,
 E-Mail: alexander.vonschilling@nabu.de,
 www.kurzlink.de/lokale-biodiv.pdf

09.02., Berlin (D)

**Potenziale für Ressourcenschonung durch
 den Abbau umweltschädlicher Subventionen.**

Fachgespräch

► Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft,
 Tel. +49 (0)30 / 7623991-30, Fax -59,
 E-Mail: foes@foes.de, www.foes.de/veranstaltungen

10.–12.02., Bad Honnef (D)

**Geld, Finanzmärkte, Europas Zukunft: Zwischen
 Wunsch und Wirklichkeit.** Finanzmarkttagung

► Katholisch-Soziales Institut (KSI); Attac; Publik-
 Forum, Udo Huett, Tel. +49 (0)2224 / 955-405,
 E-Mail: huett@ksi.de, www.ksi.de

17.–19.02., Villach/Kärnten (A)

Solidarische Ökonomie. Winter School

► Kritische und Solidarische Universität (KriSU),
 Wien, Tel. +43 (0)650 / 6207013,
 E-Mail: krisu@riseup.net, www.krisu.noblogs.org

MÄRZ

01.–02.03., Dresden (D)

**Wiederkehrende Eingriffe und
 FFH-Verträglichkeit.** Tagung

► Leibniz-Institut für ökologische Raumentwick-
 lung, Sarah Strugale, Dresden, Tel. +49 (0)351 /
 4679287, E-Mail: s.strugale@ioer.de, www.ioer.de

02.03., Wiesbaden (D)

Die CO₂-neutrale Kommune: Praxis statt Theorie.
 Symposium

► Hochschule RheinMain, IWIB, Julia Guttmann,
 Tel. +49 (0)611 / 9495-3165, Fax -3146, E-Mail:
 julia.guttmann@hs-rm.de, www.iwib-wiesbaden.de

02.–04.03., Wittenberg (D)

**Die große Transformation. Wege zu sozialer und
 Klimagerechtigkeit**

► Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt, Tel.
 +49 (0)3491 / 4-9880, E-Mail: info@ev-akademie-
 wittenberg.de, www.ev-akademie-wittenberg.de

06.–07.03., Berlin (D)

Spender betreuen mit MS Access

► Bank für Sozialwirtschaft, www.sozialbank.de,
 www.bfs-service.de/kontaktformular.html

07.–09.03., Tutzing am Starnberger See (D)

Grenzen der Konsumentenouveränität. Tagung

► Ev. Akademie Tutzing, Tel. +49 (0)8158 / 251-0,
 Fax -137, E-Mail: info@ev-akademie-tutzing.de,
 www.ev-akademie-tutzing.de

09.–11.03., Langnau im Emmental (CH)

Forum Regiotop2. Regionale Selbstversorgung

► Verein Regiogeld, Tel. +41 (0)34 / 4024067,
 E-Mail: info@regiogeld.ch, www.regiotop2.ch

10.03., Wittenberg (D)

Der „Grüne Hahn“ in mitteldeutschen Kirchen.

Fachtag Kirchliches Umweltmanagement

► Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt,
 Tel. +49 (0)3491 / 4-9880, Fax -00706,
 E-Mail: info@ev-akademie-wittenberg.de,
 www.ev-akademie-wittenberg.de

10.–16.03., Köthen/Anhalt (D)

Macht Geld Sinn? Der Geldkongress 2012

► Global Change Now, www.macht-geld-sinn.de

10.–18.03., Marseille (F)

FAME – Forum Alternatif Mondial de l'Eau

► Alternatives Weltwasserforum, Christiane Hansen,
 E-Mail: contact@fame2012.org, www.fame2012.org

14.03., Magdeburg (D)

Biologische Vielfalt in Agrarlandschaften.

Workshop

► NABU, Alexander von Schilling, Berlin,
 Tel. +49 (0)30 / 284984-1954, Fax -3954,
 E-Mail: alexander.vonschilling@nabu.de,
 www.kurzlink.de/lokale-biodiv.pdf

15.–16.03., Frankfurt/M. (D)

**Neue Strategien zur Renaturierung von
 Fließgewässern.** Workshop

► Universität Duisburg-Essen, Veronica Dahm,
 Tel. +49 (0)201 / 1834724,
 E-Mail: veronica.dahm@uni-due.de,
 http://workshop2012.fliessgewaesserrenaturierung.de

17.03., Wittenberg (D)

**Von Moosgraffiti und Seedbombs. Einführung
 ins Guerilla-Gärtnern**

► Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt,
 Tel. +49 (0)3491 / 4-9880, Fax -00706,
 E-Mail: info@ev-akademie-wittenberg.de,
 www.ev-akademie-wittenberg.de

23.03., Berlin (D)

**Ressourceneffizienz durch ökonomische
 Instrumente. Welchen Rahmen braucht die
 Green Economy?** Fachkonferenz

► Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft,
 Tel. +49 (0)30 / 7623991-30, Fax -59,
 E-Mail: foes@foes.de, www.foes.de/veranstaltungen

Umweltbildungs-Termine: siehe S. 40

Weitere Termine: www.dnr.de/termine

17.–21. September 2012, Erfurt

31. Deutscher Naturschutztag (DNT)

► www.deutscher-naturschutztag.de
 ► Information: Deutscher Naturschutzring
 (DNR), Helga Inden-Heinrich, Berlin, Tel. +49
 (0)30 / 678177570, E-Mail: info@dnr.de

Biologische Vielfalt

Neue Dekade soll Umweltbewusstsein voranbringen

Die Vereinten Nationen haben für die Jahre 2011 bis 2020 eine UN-Dekade Biologische Vielfalt ausgerufen. Unter dem Motto „leben.natur.vielfalt“ sollen der Artenschwund in Deutschland gestoppt und das Bewusstsein für die Biodiversität gefördert werden. Eine Verknüpfung mit der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) wäre wünschenswert.

□ Der Auftakt zur neuen UN-Dekade der Biodiversität fand im November 2011 in Berlin im Rahmen des vierten Nationalen Forums zur biologischen Vielfalt statt. Die Federführung übernahm das Bundesumweltministerium. Es beauftragte das Zentrum für Umweltkommunikation der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) mit der Umsetzung der Dekade.

Bekannte Strukturen

Wie in der UN-Dekade BNE soll es auch hier jährliche Schwerpunktthemen geben, die die Aufmerksamkeit bündeln: 2012 heißt das Thema „Naturzeit ist Freizeit“.

Ebenfalls können herausragende Projekte, die das öffentliche Bewusstsein für die Biodiversität und ihren Wert sowie die gesellschaftliche Verantwortung für ihren Schutz und die nachhaltige Nutzung fördern, als „Offizielles Projekt der Weltdekade Biologische Vielfalt“ ausgezeichnet werden. Bewerben können sich nicht nur Institutionen wie Vereine und Stiftungen, sondern auch einzelne Ehrenamtliche. Entscheidungskriterien sind Innovation, ein nachweisbarer Beitrag zur Erhaltung oder Erforschung der biologischen Vielfalt, die Vermittlung von Wert und Nutzen der Biodiversität sowie kooperative und partizipative Ansätze. Bei Institutionen gelten Zusatzkriterien wie Fachkompetenz oder regionale Verankerung. Eine Bewerbung ist über das Internet schon jetzt möglich. Bereits im Frühjahr sollen die ersten Auszeichnungsurkunden vergeben und die Projekte im Internet vorgestellt werden.

Neu sind dagegen „BotschafterInnen“, die das Thema „aktiv und authentisch“ in die Öffentlichkeit tragen und neue Zielgruppen ansprechen sollen. Sie werden aus allen Altersgruppen und gesellschaftlichen Gruppen ausgewählt und von Bundesumweltminister Norbert Röttgen persönlich

berufen. Bislang gehören hierzu beispielsweise Radio- und TV-Moderatorin Anja Backhaus, TV-Moderator und Autor Ralph Caspers, Sängerin Cassandra Steen und Polarforscher Arved Fuchs.

Politischer Hintergrund

Hintergrund der neuen Dekade ist das UN-Übereinkommen über die biologische

THEMENHEFT: BIODIVERSITÄT

Vielfalt (Convention on Biological Diversity – CBD), das neben dem „Klimarahmenabkommen“ und der „Wüstenkonvention“ zu den drei internationalen Abkommen gehört, die von der Bundesregierung verbindlich unterzeichnet wurden. Oberstes Ziel ist dabei der Schutz der biologischen Vielfalt, zu dem auch Zugang und nachhaltige Nutzung unserer genetischen Ressourcen sowie die Förderung des gesellschaftlichen Bewusstseins gehören. Im November 2007 hatte das Bundeskabinett eine Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt beschlossen, deren Ziele bis ins Jahr 2020 reichen.

Das Bundesumweltministerium förderte bislang mit mehr als 400 Millionen Euro entsprechende Vorhaben. Die Mittelflossen zum Teil in 76 „Naturschutzgroßprojekte mit gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung“. Daneben wurden 125.000 Hektar bundeseigene Flächen zum Nationalen Naturerbe erklärt. Mit dem „Waldklimafonds“ werden Maßnahmen zur Anpassung der heimischen Wälder an den Klimawandel gefördert. Jährlich 15 Millionen Euro stehen für das Bundesprogramm Biologische Vielfalt bereit.

Der Deutsche Naturschutzring bezweifelt allerdings den Durchsetzungs-

willen der Bundesregierung, weil sie den Umweltminister allein in die Verantwortung nimmt, während andere Ressorts ihn blockieren. Auch erlaube das Landwirtschaftsministerium, weitaus mehr als nur fünf Prozent Holz aus dem Wald zu holen, was mit dem Schutz der Biodiversität in naturnahen Wäldern nicht vereinbar sei. Auf internationaler Ebene blockiere Entwicklungsminister Dirk Niebel trotz 120.000 Untersützerschreiben hartnäckig die vom Bundestag bereits beschlossenen Maßnahmen zum Schutz des ecuadorianischen Yasuní-Nationalparks.

Kommunikation, Bildung und Bewusstsein als Schlüssel

Dass Kommunikation, Bildung und öffentliches Bewusstsein (englisch: Communication, Education and Public Awareness – CEPA) wichtig sind, zeigt Artikel 13 „Public Education and Awareness“ der CBD auf. Darin wird gefordert, dass wissenschaftliche und technische Vorhaben so dargestellt werden müssen, dass sie allgemein verständlich sind.

Zwar findet seit 2002 jedes Jahr am 22. Mai ein Internationaler Tag der Biologischen Vielfalt statt, doch erst, wenn das Thema Biodiversität im Bildungssystem verankert ist, werden die Menschen die Bedeutung der biologischen Vielfalt für unseren Alltag verstehen.

Durch eine Zusammenarbeit mit der UN-Dekade BNE könnten erfolgversprechende Synergieeffekte entstehen, weil hier seit mehreren Jahren eine AG Biodiversität existiert, die bereits die viel beachtete Broschüre „Biologische Vielfalt und Bildung für nachhaltige Entwicklung“ herausgegeben hat. Weiterhin gibt es eine AG Informelles Lernen, die über Kenntnisse zum Einsatz dieser Methode verfügt, mit der neue Zielgruppen erschlossen wer-

den könnten. Nicht zuletzt könnte die AG Kommunen und BNE wegweisend auf lokaler Ebene vorangehen. Und es gibt über 1.400 Projekte mit vielen Akteuren, die man auch für die neue Dekade begeistern könnte. Wünschenswert wäre daher ein institutioneller Austausch beziehungsweise die Zusammenarbeit der Nationalkomitees beider Dekaden oder eine gemeinsame Weiterbildung von MultiplikatorInnen und Akteuren. Auch das Jahresthema Ernährung der UN-Dekade BNE für 2012 ließe sich nutzen, indem man zum Beispiel die Frage formuliert: Wie kann ich anhand meiner Ernährung etwas für die Biodiversität tun? **[Jürgen Forkel-Schubert]**

- ▷ www.un-dekade-biologische-vielfalt.de
- ▷ www.biologischevielfalt.de
- ▷ www.cbd.int/cepa

SCHWERPUNKT: BIODIVERSITÄT

UN-Dekade BNE

AG Biologische Vielfalt

□ Seit 2007 arbeitet im Rahmen des Runden Tisches der UN-Dekade BNE die Arbeitsgruppe „Biologische Vielfalt“. Ihre Mitglieder kommen aus verschiedenen Fachrichtungen und Institutionen, wodurch sie dem komplexen Thema besonders gut gerecht werden können. Die AG will gute Praxisbeispiele sammeln und eine Kommunikationsstrategie entwickeln, daneben aber auch Veranstaltungen und konkrete Projekte konzipieren und durchführen. Sie hat eine hervorragende Broschüre mit dem Titel „Biologische Vielfalt und Bildung für nachhaltige Entwicklung – Schlüsselthemen und Zugänge für Bildungsangebote“ erstellt, die sowohl auf Deutsch als auch auf Englisch gedruckt erschienen ist, aber auch aus dem Internet kostenlos heruntergeladen werden kann. Darin werden vier zentrale Schlüsselthemen genannt, bei denen die Wechselwirkungen zwischen dem Alltagshandeln der Menschen und der biologischen Vielfalt

besonders relevant sind: die Vielfalt der Lebensräume und die Leistungen der Natur, die Auswirkungen des Klimawandels sowie unser Konsum. Die Texte werden durch viele Infokästen mit praktischen Hinweisen ergänzt. Am Schluss stehen didaktische Zugänge und Herausforderungen. Die Publikation soll als Orientierungshilfe dienen und Verantwortlichen der Bildungspolitik Anregungen für die Gestaltung von Lehr- und Bildungsplänen geben.

- ▷ www.bne-portal.de/arbeitsgruppen

NABU-Workshops

Biologische Vielfalt vor Ort

□ Wer sich ganz konkret an der lokalen Umsetzung der Nationalen Strategie zur Biologischen Vielfalt (NBS) beteiligen möchte, sollte die vom Naturschutzbund (NABU) in ausgewählten Beispielregionen organisierten Workshops besuchen. Aus den Ergebnissen soll bis Mitte 2012 ein Praxisratgeber entstehen: aus der Region für die Region. Bereits 2011 führte der NABU gleichnamige Fachtagungen durch, deren Ergebnisse im Internet wiedergegeben sind.

- ▷ www.nabu.de/themen/biologischevielfalt/vielfaltvorort/veranstaltungen/tagungen
- ▷ www.nabu.de/vielfalt-vor-ort

Buch

Wildpflanzen zum Genießen

□ Wie lecker Natur schmecken kann, zeigt dieses Buch anhand von rund 200 Wildpflanzen, die in Deutschland häufig zu finden sind. Aber nicht nur zum Essen, sondern auch als Tee oder zum Heilen können viele heimische Pflanzen verwendet werden. Sortiert nach ihrem Lebensraum wird jede Pflanze mit Merkmalen, Standort und Wirkstoffen vorgestellt. Damit keine Unfälle passieren, sind auch einige giftige Pflanzen aufgeführt. Daneben informieren Hinweise über das richtige Sammeln und

den Naturschutz, aber auch über Gesundheit, Lebensraum oder Evolution. Vergleiche der Inhaltsstoffe von Wildgemüse und Kulturpflanzen und die ausführlichen Tabellen zu Verwendungszwecken und Heilwirkung sowie der Sammelkalender machen das Buch zu einem ausgezeichneten Praxiswerk und unverzichtbaren Ratgeber. Das Buch ist nicht im Buchhandel, sondern nur beim Ample-Verlag erhältlich.

- ▷ www.kurzlink.de/buch-luder-wildpfl

Buch/Mediendatenbank

Biodiversität ist Leben

□ Unterrichtsvorschläge für alle Stufen bietet ein Lehrbuch aus dem Schulverlag plus. Es ermöglicht den Einstieg in das Thema Biodiversität in kompakter, übersichtlicher, gut verständlicher Form. Neben einer Einführung ins Thema wird mit einer Mindmap zur Biodiversität eine Begriffsübersicht und -zuordnung vorgelegt. Planungshilfen und eine Anleitung zur Benutzung der Mediendatenbank lassen Unterrichtende Einstiegsbarrieren überwinden.

- ▷ www.umweltbildung.ch/cc/unterrichtsmedien/document/doc/567

AUS ANU UND UMWELTZENTREN

ANU-Bundesverband

Tagungsreihe Erneuerbare

□ Die Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung Bundesverband e.V. (ANU) veranstaltet Anfang 2012 gemeinsam mit weiteren Kooperationspartnern die Tagungsreihe „BNEE – Bildung für nachhaltige Entwicklung und Erneuerbare Energien“ für MultiplikatorInnen aus Hochschule, Schule, beruflicher und außerschulischer Bildung sowie an Bildung interessierte EnergieexpertInnen. Denn die Multiplikatorinnen und Multiplikatoren

in der Bildungsarbeit stehen mittendrin in den Diskussionen über die Energiewende und bereiten sie methodisch für verschiedene Zielgruppen auf. Die interdisziplinäre Tagungsreihe möchte aktuelle fachliche Orientierung geben und konkrete Bildungsbeispiele für verschiedene Zielgruppen vorstellen. Vorträge, Foren, ein Projektmarkt sowie Exkursionen und künstlerische Beiträge vermitteln viele Anregungen, wie die Energiewende in den Bildungsbereichen Schule, Hochschule, berufliche und außerschulische Bildung behandelt werden kann. Die erste der vier Tagungen mit dem Titel „Erneuerbare Energien in der beruflichen Praxis“ findet am 20. und 21. Februar in Hamburg-Harburg statt. Sie bietet Ansätze für Qualifizierungsmöglichkeiten im Bereich erneuerbare Energien und Bildung für nachhaltige Entwicklung. Auf der zweiten Tagung „Stromnetze und Energieinfrastruktur der Zukunft – ein Thema der Bildung für nachhaltige Entwicklung“ am 28. und 29. Februar in Leipzig erläutern Fachleute die Funktionsweise des Stromversorgungssystems und stellen Szenarien zur Energieinfrastruktur von morgen vor. Dabei werden Schulen, Hochschulen und Informelles Lernen in Bezug zu Energiefragen in der Bildung gesetzt.

▷ www.umweltbildung.de/5898.html

Leuchtpol-Fachtagung 2011

„Hier spielt die Zukunft“

□ Die Jahrestagung von Leuchtpol in Kooperation mit der ANU Bayern fand bei den 240 TeilnehmerInnen in Würzburg großen Anklang. Neben Vorträgen und Workshops zu den Fragen „Wie eignen sich Kinder ihre Umwelt an?“, „Wie kann BNE in der Kita- und Fortbildungsarbeit gelingen?“ und „Welche Bedeutung haben Kitas als Teil ihrer Kommune?“ fand die Preisverleihung für den Leuchtpol-Wettbewerb 2011 „Kitas geht raus – und macht was draus“ statt. Die vielen guten Wettbewerbsbeiträge zeigen, wie Kitas als Teil der Kommune funktionieren. Die Dokumentation der Leuchtpol-Tagung „Kinder – Werte – Klimaschutz“ 2010 in Potsdam kann im Internet heruntergeladen oder auch als Broschüre bezogen werden.

▷ www.leuchtpol.de/veroeffentlichungen

Wettbewerb und Magazin

Ernährung Dreipunkt null

□ „Was gibt's denn heute?“ – unter diesem Motto steht der Jugendwettbewerb des Netzwerks „Umweltbildung.Bayern“

und des oekom-Vereins. Bis zum 31. März können Jugendliche ab 14 Jahren noch ihre Meinung oder Geschichten zum Thema Ernährung einsenden. Die Beiträge können in Form von Reportagen, Fotoreihen, Zeichnungen oder Gedichten eingereicht werden, aber auch als Audio- und Videobeiträge – darunter fallen Kurzfilme, Videoclips, Hörspiele und Songs. Zu gewinnen gibt es 15 mal 150 Euro und die Teilnahme an einem Redaktions- und Layoutworkshop in München. Alle ausgezeichneten Beiträge werden außerdem im Jugendmagazin Dreipunkt null erscheinen, das im Juni an allen Schulen in Bayern kostenlos verteilt wird. Die Initiative wird vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit gefördert und vom oekom-Verein durchgeführt.

▷ www.dreipunkt null.org/wettbewerb.html

Umweltbildung.Bayern

„Gscheit essen – mit Genuss und Verantwortung“

□ „Gscheit essen – mit Genuss und Verantwortung“ lautet das Motto der diesjährigen bayerischen Ernährungskampa-



J wie jugendliche Visionen

Wie sieht die Welt in 20 Jahren aus? Ulrike Unterbruner schickte 700 Jugendliche auf eine Fantasiereise in die Zukunft – im Rahmen einer umfangreichen Studie. Ihr Befund: Nicht das neueste Smartphone gilt als entscheidend für die Lebensqualität, sondern geglückte Beziehungen und eine gesunde Umwelt. Die Autorin zeigt, wie sich die Wünsche und Ängste von Jugendlichen in die Umweltbildung einbeziehen lassen.

U. Unterbruner
Geschichten aus der Zukunft

Wie Jugendliche sich Natur, Technik und Menschen in 20 Jahren vorstellen

144 Seiten, mit vielen farbigen Abbildungen, 24,95 EUR,
ISBN 978-3-86581-233-9

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft



gne, die die Partner des Qualitätssiegels „Umweltbildung.Bayern“ anlässlich des Jahresthemas der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung in Deutschland organisieren. Die unter „Umweltbildung.Bayern“ versammelten bayerischen Umweltstationen, Umweltbildungseinrichtungen, Verbände und Umweltpädagogen bieten unter diesem Kampagnenthema Veranstaltungen, Aktionen, Ausstellungen und Vorträge an.

Der zentrale Startschuss zur Kampagne fällt am Sonntag, dem 18. März in Augsburg. Über das Jahr verteilt sind zahlreiche Komponenten der Kampagne, zum Beispiel eine Plakatausstellung und eine Aktionswoche zur nachhaltigen Ernährung an den bayerischen Schulen. Einen Jugendwettbewerb zum Thema Ernährung für Jugendliche ab zwölf Jahren führt der oekom-Verein von Dezember 2011 bis März 2012 durch.

▷ www.umweltbildung.bayern.de/qualitaetsiegel/aktionen

Ökostation Neugattersleben

Neuer Träger sichert Fortbestehen

□ Das weitere Bestehen der Ökostation in Neugattersleben in Sachsen-Anhalt ist gesichert. Die im Jugendsozialbereich tätige Stiftung Evangelische Jugendhilfe Sankt Johannes übernahm im Januar die Liegenschaft von der Bernburger Bildungs- und Strukturförderungsgesellschaft (BBS). Neben der Umweltbildung sollen in Neugattersleben Qualifizierung und Ausbildung sowie Hilfe zur Erziehung als weitere Säulen ihren Platz finden. Die Umweltbildung werde weiterhin ihren angestammten Platz in der Ökostation Neugattersleben haben, sagte der Vorsitzende der Stiftung Evangelische Jugendhilfe. Denkbar sei zum Beispiel die Qualifizierung von Erzieherinnen für die frühe Umweltbildung in der Ökostation.

▷ www.oekostation-neugattersleben.de

WISSENSWERT

Website

Rio+20

□ Vom 20. bis 22. Juni wird in Rio de Janeiro in Brasilien die Konferenz der Vereinten Nationen über Nachhaltige Entwicklung (UNCSD 2012) stattfinden. 20 Jahre nach dem Erdgipfel, der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung, die ebenfalls in Rio stattfand, nimmt die Weltgemeinschaft nun einen neuen Anlauf für eine global nachhaltige Entwicklung. Auf der Internetseite des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED) liegen zwei Publikationen zu Rio+20 zum Download bereit, die vornehmlich für die Bildungsarbeit geeignet sind. Neben einem kleinen Lexikon wichtiger Begriffe wird auch die Geschichte des Rio-Prozesses aufgezeigt.

▷ www.eed.de/rio

Rolle spielen außerschulische Lernorte? Antworten gibt es beim 1. Bildungsforum im Klimahaus Bremerhaven 8° Ost mit Fachvorträgen, Workshops und einem Ausstellerforum.

▷ www.klimahaus-bremerhaven.de

19.–20.03., Schneverdingen/Lüneburger Heide (D) Jugendliche und Kulturlandschaft. Aspekte ihrer Wahrnehmung, Methoden der Vermittlung, erfolgreiche Projektbeispiele

Die Naturschutzakademie in Schneverdingen richtet zusammen mit der Universität Hannover, dem Bund Heimat und Umwelt in Deutschland sowie dem Bildungszentrum für Natur, Umwelt und ländliche Entwicklung des Landes Schleswig-Holstein ein überregionales Seminar aus. Hier soll geklärt werden, wie Jugendliche Kulturlandschaft wahrnehmen, wie man ihr Interesse und Engagement fördern kann, mit welchen Methoden sich kulturlandschaftliche Themen ansprechend vermitteln lassen und ob es bereits ausbaufähige geeignete Bildungsansätze gibt.

▷ www.nna.niedersachsen.de (Veranstaltungen)

10.–12.05., Bonn (D)

5. internationale Living-Knowledge-Konferenz
Gleichberechtigte Partnerschaften zwischen Zivilgesellschaft und Wissenschaft sind das Thema der fünften internationalen Living-Knowledge-Konferenz. Die vom Wissenschaftsladen Bonn organisierte Veranstaltung bietet eine Plattform, um unterschiedliche Ansätze, Herangehensweisen und Erfahrungen auszutauschen und Strategien für die Weiterentwicklung zu erarbeiten. Es wird mit rund 300 TeilnehmerInnen aus Deutschland, Europa und Übersee gerechnet.

▷ www.livingknowledge.org/conference

UMWELTBILDUNGS-VERANSTALTUNGEN

Weitere aktuelle Termine finden Sie im Internet unter www.umweltbildung.de. Dort können Sie Ihre Termine auch selbst kostenlos einstellen.

23.–24.02., Osnabrück (D)

Neue Wege in der Bildung nachhaltiger Entwicklung?! – Potenziale und Grenzen digitaler Medien
Besteht tatsächlich ein Mehrwert durch den Einsatz neuer Medien wie Smartphones oder GPS-Geräten bei der Arbeit mit Jugendlichen oder schließen sich digitale Medien und Naturerkundung im Rahmen von BNE gegenseitig aus? Diese Fragen spielen gerade im Kontext einer Bildung nachhaltiger Entwicklung eine wichtige Rolle. Die Tagung richtet sich an Lehrende aus dem schulischen und außerschulischen Bildungsbe- reich sowie an Fachdidaktiker.

▷ www.contoo.de/c/neue_Wege

01.–02.03., Bremerhaven (D)

Bildungsforum im Klimahaus Bremerhaven 8° Ost
Wie sieht Wissensvermittlung im Sinne der Bildung für nachhaltige Entwicklung aus? Und wie setzen verschiedene Bildungseinrichtungen dies um? Welche

Impressum ökopädNEWS

Herausgeber

ANU

Arbeitsgemeinschaft
NATUR- UND UMWELTBILDUNG
Bundesverband e.V.

Redaktion

Lisa Hübner [lh] (verantw.), oekopaednews@anu.de;
Jürgen Forkel-Schubert [jfs], jfs@oekopaednews.de

ANU-Bundesverband Deutschland e. V.,
Robert-Mayer-Str. 48–50, D-60486 Frankfurt/M.,
Tel. +49 (0)69 / 310192-41, Fax -29,
bundesverband@anu.de, www.umweltbildung.de